



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Wegleitung über die Beiträge der Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen (WSN) in der AHV, IV und EO

Gültig ab 1. Januar 2008

Stand 1. Januar 2013

318.102.03 d WSN

11.12

Vorwort zur Neuauflage, gültig ab 1. Januar 2008

Die Wegleitung über die Beiträge der Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen in der AHV, IV und EO (WSN) wurde auf den 1. Januar 2008 redaktionell überarbeitet. Es sind insbesondere die Bestimmungen über die zeitliche Bemessung der Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen angepasst worden. Weiter enthält die Neuauflage eine detailliertere Regelung für das Verfahren zur Beurteilung des Beitragsstatuts der Selbstständigerwerbenden. In der Neuauflage werden auch Fehler korrigiert und die weitere höchstrichterliche Rechtsprechung nachgeführt (EVG-Urteile [Auswahl] BSV-Listen September 2006 bis Februar–August 2007 sowie weitere bedeutende Urteile, die zu den hier vorgenommenen Anpassungen führten).

Vorwort zum Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 2009

Mit dem vorliegenden Nachtrag sind die neuen Werte des Mindestbeitrages sowie der sinkenden Beitragsskala gemäss Verordnung 09 über die Anpassungen an die Lohn- und Preisentwicklung bei der AHV/IV/EO in die WSN aufgenommen worden. Weiter werden die Regelungen zur zeitlichen Bemessung der persönlichen Beiträge noch einmal leicht geändert und damit der auf 1. Januar in Kraft tretenden Formulierung der Artikel 22 und 29 AHVV angepasst. Wie üblich werden auch die Anpassungen an die neueste höchstrichterliche Rechtsprechung vorgenommen (Urteile bis EVG-Urteile [Auswahl] BSV-Liste Oktober 2008). Die Nachträge sind mit dem Vermerk 1/09 versehen.

Vorwort zum Nachtrag 2, gültig ab 1. Januar 2010

Mit dem vorliegenden Nachtrag sind kleinere Korrekturen sowie die Anpassungen an die neueste höchstrichterliche Rechtsprechung vorgenommen (Urteile bis EVG-Urteile [Auswahl] BSV-Liste bis Nr. 25 2009). Die Nachträge sind mit dem Vermerk 1/10 versehen.

Vorwort zum Nachtrag 3, gültig ab 1. Januar 2011

Mit dem vorliegenden Nachtrag werden in der WSN die Werte hinsichtlich Mindestbeitrag, Höchstbeitrag für die Nichterwerbstätigen und sinkender Skala geändert und diejenigen gemäss Verordnung 11 über Anpassungen an die Lohn- und Preisentwicklung bei der AHV/IV/EO übernommen. Im Übrigen wird der EO-Beitragssatzerhöhung auf den 01. Januar 2011 Rechnung getragen. Weiter wurden Änderungen im Zusammenhang mit dem neuen elektronischen Steuermeldeverfahren vorgenommen. Und schliesslich ist wie üblich die bundesgerichtliche Rechtsprechung nachgetragenen Urteile gemäss [Auswahl] BSV-Liste bis Nr. 29 2010) und sind ein paar kleine Fehler korrigiert worden. Die Nachträge sind mit dem Vermerk 1/11 versehen.

Vorwort zum Nachtrag 4, gültig ab 1. Januar 2012

Dieser Nachtrag trägt den Anpassungen, welche aufgrund der vom Parlament am 17. Juni 2011 angenommenen Änderungen des „Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (Verbesserung der Durchführung)“ erforderlich waren, Rechnung.

Es ist namentlich vorgesehen, dass Selbstständigerwerbende, deren Einkommen der untersten Stufe der sinkenden Beitragsskala entspricht oder diese sogar unterschreitet, verlangen können, dass die Beiträge zum niedrigsten Satz der Beitragsskala erhoben werden, dies sofern der Mindestbeitrag bereits auf dem Einkommen einer ebenfalls ausgeübten unselbständigen Erwerbstätigkeit erhoben worden ist. Die Kompetenz, Selbstständigerwerbenden AHV-/IV/-EO-Beiträge aufzurechnen, kommt erneut den Ausgleichskassen zu. Diese rechnen das Nettoeinkommen mittels vorgeschriebener Formel auf 100% auf, was erlaubt, der sinkenden Beitragsskala Rechnung zu tragen.

Ferner beträgt der Maximalbeitrag nichterwerbstätiger Personen neu den fünfzigfachen Minimalbeitrag. Die Beitragsskala für die Nichterwerbstätigen wird somit ebenfalls angepasst. Inskünftig werden nichterwerbstätige Studierende nur noch bis zum 31. Dezember des Jahres, in welchem sie das 25. Altersjahr erreicht haben, vom Minimalbeitrag profitieren können. Danach haben sie Beiträge gemäss wirtschaftlicher Situation zu entrichten.

Des Weiteren sind Versicherte, die in den vorzeitigen Ruhestand treten, ab dem Kalenderjahr, in welchem sie das 58. Altersjahr vollenden oder später und als Nichterwerbstätige gelten, weiterhin bei ihrer bisherigen Ausgleichskasse angeschlossen. Diese ist auch für den nichterwerbstätigen (Ehe)Partner/in zuständig.

Schliesslich wurden in diesem Nachtrag einige kleine Fehler korrigiert und die höchstrichterliche Rechtsprechung bis und mit Nr. 33 der Liste [„Rechtsprechung Beiträge, Auswahl des BSV“](#) berücksichtigt. Die Nachträge sind mit dem Vermerk 1/12 versehen.

Vorwort zum Nachtrag 5, gültig ab 1. Januar 2013

Dieser Nachtrag enthält gewisse Präzisierungen und Korrekturen betreffend die Beitragsaufrechnung. Die Anpassungen betreffen die Beitragsaufrechnung bei steuerlichem Abzug eines anderen als des von der Ausgleichskasse aufzurechnenden Betrags und die Beitragsaufrechnung im Falle von Nettoeinkommen aus einer Neben-erwerbstätigkeit von weniger als 2 300 Franken.

Ausserdem werden mit dem vorliegenden Nachtrag die neuen Werte des Mindest-, des der sinkenden Beitragsskala gemäss Verordnung 13 über die Anpassungen an die Lohn- und Preisentwicklung bei der AHV/IV/EO in die WSN aufgenommen.

Schliesslich werden mit diesem Nachtrag einige kleine Fehler korrigiert und die höchstrichterliche Rechtsprechung bis und mit Nr. 36 der Liste [„Rechtsprechung Beiträge, Auswahl des BSV“](#) berücksichtigt. Die Nachträge sind mit dem Vermerk 1/13 versehen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	15
1. Teil: Beiträge der Selbstständigerwerbenden	18
1. Versicherteneigenschaft, Beitragssubjekte, Anschluss Selbstständigerwerbender an eine Ausgleichskasse	18
1.1 Als Selbstständigerwerbende obligatorisch versicherte Personen	18
1.2 Selbstständigerwerbende	18
1.2.1 Begriff	18
1.2.2 Einzelfälle	18
1.2.2.1 Allgemeines	18
1.2.2.2 Eheleute bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen	21
1.2.2.3 Mitglieder von Personengesamtheiten	22
1.3 Anschluss der Selbstständigerwerbenden an eine Ausgleichskasse	29
2. Beitragspflicht	31
2.1 Dauer der Beitragspflicht als selbstständigerwerbende Person	31
2.2 Umwandlung von Einzelfirmen, Personengesellschaften oder juristischen Personen	31
3. Beitragsobjekt	33
3.1 Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	33
3.1.1 Begriff	33
3.1.2 Eingrenzungen	34
3.1.2.1 Örtliche Begrenzung	34
3.1.2.2 Zeitliche Begrenzung	36
3.2 Abgrenzungen	37
3.2.1 Gegenüber dem massgebenden Lohn	37
3.2.2 Gegenüber den übrigen Einkommensarten	37
3.3 Bestandteile des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	40
3.4 Ermittlung des reinen Erwerbseinkommens	41
3.4.1 Gewinnungskosten	42
3.4.2 Abschreibungen und Rückstellungen	44
3.4.3 Geschäftsverluste	44

3.4.4	Zuwendungen an Vorsorgeeinrichtungen zugunsten des eigenen Personals und für ausschliesslich gemeinnützige Zwecke	45
3.4.5	Persönliche Einlagen in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und der 3. Säule	45
3.4.6	Zinsen des im Betrieb investierten Eigenkapitals	46
3.4.6.1	Abgrenzung des Geschäfts- vom Privatvermögen	46
3.4.6.2	Bestandteile des im Betrieb investierten Eigenkapitals	47
3.5	Haupt- und Nebenerwerb	49
4.	Zeitliche Bemessung	49
4.1	Beitragsjahr	49
4.2	Massgebendes Erwerbseinkommen	50
4.3	Massgebendes Eigenkapital	50
4.4	Fehlender Geschäftsabschluss im Beitragsjahr der Tätigkeitsaufnahme	50
5.	Akontobeiträge	51
5.1	Grundsatz	51
5.2	Festsetzung der Akontobeiträge	52
5.3	Wesentliche Abweichung vom voraussichtlichen Einkommen	53
5.3.1	Im Verlauf des Beitragsjahres	54
5.3.2	Nach Ablauf des Beitragsjahres	54
5.4	Verfügung	54
6.	Definitive Festsetzung der Beiträge und Ausgleich	55
6.1	Festsetzung der Beiträge	55
6.1.1	Massgebendes Einkommen	55
6.1.2	Abzug des Zinses des im Betrieb investierten Eigenkapitals	57
6.1.3	Berechnung des AHV/IV/EO-Beitrages	57
6.1.4	Beitragsverfügung	59
6.2	Ausgleich	60
7.	Nachforderung von Beiträgen	61
7.1	Im Allgemeinen	61
7.2	Einzelne Tatbestände	62
7.2.1	Auf Steuermeldung beruhende Beitragsverfügung	62

7.2.1.1	Nachsteuermeldung, Rektifikat	62
7.2.1.2	Eigene Feststellungen der Ausgleichskasse	62
7.2.2	Auf kasseneigener Einschätzung beruhende Beitragsverfügung	62
7.2.2.1	Steuermeldung	62
7.2.2.2	Fehlende oder unbrauchbare Steuermeldung	63
8.	Einkommensermittlungsverfahren	63
8.1	Erwerbseinkommen	63
8.2	Investiertes Eigenkapital	64
8.3	Steuermeldungen	64
8.3.1	Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und den Steuerbehörden	64
8.3.2	Bestellung der Steuermeldungen durch die Ausgleichskassen	64
8.3.3	Mutationen nach erfolgter Bestellung	65
8.3.4	Nachfrage bei ausstehenden Steuermeldungen	66
8.4	Meldungen der Steuerbehörden	66
8.5	Einholen einer Sofortmeldung	67
8.6	Kennzeichnung der Steuermeldung	67
8.7	Verbindlichkeit der Meldungen	68
8.8	Unverbindliche Meldungen	69
8.9	Sonderfälle der Einkommensermittlung durch die Steuerbehörden	71
8.9.1	Zusätzliche Meldungen	71
8.9.2	Zusätzliche Meldungen über in einem Nachsterverfahren ermitteltes Einkommen	72
8.9.3	Behandlung der erstatteten Meldungen durch die Ausgleichskasse	72
8.9.4	Meldung über das Einkommen der Kommanditärinnen und Kommanditäre	73
8.10	Ermittlung durch die Ausgleichskasse bei fehlender oder unbrauchbarer Steuermeldung	73
8.10.1	Anwendungsfälle	73
8.10.2	Eheleute, eingetragene Partnerschaften und Gemeinschaft der Erbenden	74
8.10.3	Einschätzung durch die Ausgleichskasse	75

2. Teil: Beiträge der Nichterwerbstätigen	77
1. Kreis der Nichterwerbstätigen	77
1.1 Welche Personen sind als Nichterwerbstätige beitragspflichtig?	77
1.2 Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben	77
1.2.1 Allgemeines	77
1.2.2 Besondere Fälle	78
1.2.2.1 Im Konkubinat lebende Personen, die den gemeinsamen Haushalt führen	79
1.2.2.2 Studierende	79
1.2.2.3 Mitglieder religiöser Gemeinschaften	81
1.2.2.4 Beschränkt arbeitsfähige Versicherte	81
1.2.2.5 Inhaftierte und Internierte	83
1.3 Nicht dauernd voll erwerbstätige Versicherte	83
1.3.1 Wer gilt als nicht dauernd voll erwerbstätig?	83
1.3.2 Vergleichsrechnung	85
2. Kassenzugehörigkeit und Erfassung der Nichterwerbstätigen	87
2.1 Kassenzugehörigkeit	87
2.1.1 Grundsatz	87
2.1.2 Ausnahmen	87
2.2 Erfassung der Nichterwerbstätigen	89
2.2.1 Allgemeines	89
2.2.2 Nichterwerbstätige verheiratete bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen oder verwitwete Versicherte	90
3. Beitragspflicht	91
3.1 Beginn der Beitragspflicht	91
3.2 Ende der Beitragspflicht	92
3.3 Personen, deren Beiträge als bezahlt gelten	92
4. Berechnungsgrundlagen und Berechnung der Nichterwerbstätigenbeiträge	95
4.1 Grundsätze der Beitragsbemessung	95
4.1.1 Mindestbeitrag	95
4.1.2 Abgestufte Beiträge	96
4.1.3 Verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende Versicherte	96
4.2 Massgebendes Vermögen und Renteneinkommen	97

4.2.1	Was gehört zum massgebenden Vermögen?	97
4.2.2	Was gehört zum massgebenden Renteneinkommen?	98
4.3	Zeitliche Bemessung der Beiträge	102
4.3.1	Bei ganzjähriger Beitragspflicht	102
4.3.2	Bei unterjähriger Beitragspflicht	103
4.3.3	Sonderfall: Im Jahr der Verwitwung	104
4.4	Ermittlung des massgebenden Vermögens und Renteneinkommens	104
4.4.1	Allgemeines	104
4.4.2	Ermittlung des massgebenden Vermögens	105
4.4.3	Ermittlung des massgebenden Renteneinkommens	105
4.5	Berechnung der Beiträge	106
4.6	Beispiele zur zeitlichen Bemessung und zur Berechnung der Beiträge	108
4.6.1	Beispiele mit ganzjähriger Beitragspflicht	108
4.6.2	Beispiele mit unterjähriger Beitragspflicht (Wegzug, Zuzug, Erreichen Rentenalter, Todesfall)	110
4.6.3	Beispiel für die Berechnung der Beiträge im Jahr der Verwitwung	113
5.	Festsetzung der Beiträge (Beitragsverfügung)	114
6.	Bezug der Beiträge	114
6.1	Im Allgemeinen	114
6.2	Akontobeiträge	115
6.2.1	Grundsatz	115
6.2.2	Festsetzung der Akontobeiträge	115
6.2.3	Wesentliche Abweichung vom voraussichtlichen Renteneinkommen und Vermögen	116
6.3	Auszugleichende Beiträge	116
6.4	Anrechnung und Rückerstattung der vom Erwerbseinkommen entrichteten Beiträge	116
6.5	Besondere Bestimmungen für den Bezug der Beiträge von Lehranstalten und Studierenden	118
6.5.1	Begriff der Lehranstalt	118
6.5.2	Meldepflicht der Lehranstalten	118
6.5.3	Bezug der Beiträge im Allgemeinen	119
6.5.4	Bezug der Beiträge durch die Lehranstalten	119

6.5.5	Befreiung von der Beitragspflicht als Nichterwerbstätige	120
6.5.6	Volle oder teilweise Rückerstattung der entrichteten Beiträge	120
6.5.7	Verbuchung, Eintrag ins IK	121
6.5.8	Verlust des ehemaligen Markenhefts	121
6.6	Besondere Bestimmungen für den Bezug der Beiträge von Inhaftierten und Internierten	122
6.7	Besondere Bestimmungen für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung	123
3. Teil: Herabsetzung und Erlass der Beiträge		124
1.	Grundsätzliches	124
2.	Herabsetzung von Beiträgen	126
2.1	Formelle Voraussetzungen	126
2.1.1	Form und Inhalt des Herabsetzungsgesuches	126
2.1.2	Zeitpunkt der Gesuchseinreichung	127
2.2	Unzumutbarkeit (materielle Voraussetzung)	127
2.2.1	Begriff der Unzumutbarkeit	127
2.2.2	Betreibungsrechtlicher Notbedarf (Existenzminimum) gemäss Art. 93 SchKG	130
2.2.3	Anrechenbares Vermögen bzw. Schulden	130
2.2.4	Ausschliessungsgründe	131
2.2.5	Abklärung durch die Ausgleichskasse	132
2.3	Mass der Herabsetzung	133
2.3.1	Allgemeines	133
2.4	Festsetzung der herabgesetzten Beiträge	135
2.4.1	Berechnung der Beiträge	135
2.4.2	Herabsetzungsverfügung	135
2.5	Wirkungen der Herabsetzung von Beiträgen	137
2.5.1	Zeitlicher Geltungsbereich	137
2.5.2	Zu Unrecht verfügte Herabsetzung	137
3.	Erlass von Beiträgen	137
3.1	Formelle Voraussetzungen	137
3.2	Materielle Voraussetzungen	138
3.3	Abklärung durch die Ausgleichskassen	139
3.3.1	Prüfung des Gesuches und Wohnsitzkanton	139

3.3.2	Erlassverfügung	140
3.4	Vereinfachtes Erlassverfahren	140
4.	Teil: Anhänge	141
1.	Wegleitung für die Steuerbehörden über das elektronische Meldeverfahren mit den AHV-Ausgleichskassen	141
A.	Verzeichnis der im Meldeverfahren verwendeten Kennzahlen	155
B.	Von den Steuerbehörden zu meldende Daten	156
C.	Abgrenzung des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit vom massgebenden Lohn in besonderen Fällen	158
2.	Verzeichnis der Anstalten, die für ihre Insassinnen und Insassen mit der kantonalen Ausgleichskasse zentral abrechnen	164
3.	Von den Wohnsitzkantonen bezeichnete Behörden für die Prüfung der Erlassgesuche	166
4.	Bestimmung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (Notbedarf) nach den Richtlinien der Konferenz der Betriebs- und Konkursbeamten der Schweiz	168
5.	Beitragspflicht von Ehepaaren und in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen	173
6.	Beispiele zur Vergleichsrechnung	190
7.	Beispiel für die Berücksichtigung des ordentlich berechneten Beitrags für nichterwerbstätige EL-Bezüger anstelle des Mindestbeitrags (Art. 28 Abs. 6 AHVV)	195

Abkürzungen

AHI	AHI-Praxis, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherungen (von 1993 bis 2004)
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10)
AHVV	Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.101)
ATSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1)
BGE	Entscheide des Bundesgerichtes, Amtliche Sammlung
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
DBG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (SR 642.11)
EL	Ergänzungsleistungen
ELG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.30)
EO	Erwerbsersatzordnung für Dienstleistende und bei Mutterschaft
EOG	Bundesgesetz vom 25. September 1952 über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (SR 834.1)
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht, bis 31. Dezember 2006

EVGE	Amtliche Sammlung der Entscheide des Eidgenössischen Versicherungsgerichts (die Zahlen bedeuten Jahrgang und Seite). Ab 1970 erscheinen die Entscheide des EVG im V. Teil der Sammlung der Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts (BGE).
IK	Individuelles Konto
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (SR 831.20)
IVV	Verordnung vom 17. Januar 1961 über die Invalidenversicherung (SR 831.201)
KSR	Kreisschreiben über die Beitragspflicht der Erwerbstätigen im Rentenalter in der AHV, IV und EO (KSR)
OR	Schweizerisches Obligationenrecht vom 30. März 1911 (SR 220)
RWL	Wegleitung über die Renten
Rz	Randziffer
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311)
VA/IK	Wegleitung über Versicherungsausweis und individuelles Konto
Vo 574/72	Verordnung (EG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbstständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der

Gemeinschaft zu- und abwandern
(SR 0.831.109.268.11)

WBB	Wegleitung über den Bezug der Beiträge
WKB	Wegleitung über die Kassenzugehörigkeit der Beitragspflichtigen
WML	Wegleitung über den massgebenden Lohn
WSN	Wegleitung über die Beiträge der Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen
WVP	Wegleitung über die Versicherungspflicht
ZAK	Monatszeitschrift für die AHV-Ausgleichskassen (die Zahlen bedeuten Jahrgang und Seite), herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherungen (bis 1992)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)

1. Teil: Beiträge der Selbstständigerwerbenden

1. Versicherteneigenschaft, Beitragssubjekte, Anschluss Selbstständigerwerbender an eine Ausgleichskasse

1.1 Als Selbstständigerwerbende obligatorisch versicherte Personen

- 1001 Selbstständigerwerbende, die in der Schweiz ihren zivilrechtlichen Wohnsitz haben oder daselbst ihre Erwerbstätigkeit ausüben, sind obligatorisch versichert ([Art. 1a Abs. 1 Bst. a und b AHVG](#)).
- 1002 Vorbehalten bleiben die Ausnahmen von der Versicherung gemäss [Art. 1a Abs. 2 AHVG](#) sowie anders lautende zwischenstaatliche Vereinbarungen.
- 1003 Das Nähere wird in der WVP umschrieben.

1.2 Selbstständigerwerbende

1.2.1 Begriff

- 1004 1/09 Als selbstständigerwerbend gelten natürliche Personen, die ein Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit im Sinne von [Art. 9 Abs. 1 AHVG](#) erzielen. Zum Begriff des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit vgl Rz 1065 ff.

1.2.2 Einzelfälle

1.2.2.1 Allgemeines

- 1005 Als Selbstständigerwerbende gelten in erster Linie die (Mit-)Eigentümerinnen und (Mit-)Eigentümer von Unternehmen, Betrieben oder Geschäften¹.

¹ 2. Dezember 1949 ZAK 1950 S. 81 –
8. Januar 1996 AHI 1996 S. 212 BGE 122 V 1

- 1006 Bei Nutzniessung gilt die Nutzniesserin oder der Nutzniesser
1/11 als selbstständigerwerbend² (vgl. auch Rz 1039). Siehe aber
Rz 1026.
- 1007 Ist der Betrieb verpachtet, so gilt die Pächterin oder der
Pächter als selbstständigerwerbend³.
- 1008 Selbst wenn die gemäss den drei vorstehenden Randziffern
als selbstständigerwerbend geltenden Personen an der Be-
wirtschaftung nicht persönlich mitwirken, stellt das erzielte
Einkommen in der Regel nicht Ertragseinkommen, sondern
solches aus selbstständiger Erwerbstätigkeit dar⁴.
- 1009 Bleibt die Pachtsache im Geschäftsvermögen der verpach-
1/11 tenden Person, ist diese für die Einkünfte daraus weiterhin
als Selbstständigerwerbende beitragspflichtig (vgl. auch
[Art. 18a Abs. 2 DBG](#), wonach die Verpachtung eines Ge-
schäftsbetriebes nur auf Antrag der steuerpflichtigen Person
als Überführung in das Privatvermögen gilt). Als selbststän-
digerwerbend gelten ferner Personen, die für Kapitalgewinne
aus Veräusserung, Verwertung oder buchmässiger Aufwer-
tung von Geschäftsvermögen sowie die Überführung von
Geschäftsvermögen ins Privatvermögen besteuert werden.
- 1010 Für die Erfassung einer Person als selbstständigerwerbende
ist ohne Bedeutung, welche Funktionen diese in der Unter-
nehmung, im Betrieb oder Geschäft ausübt und in welchem
Masse sie von ihren rechtlichen Befugnissen als Betriebs-

²	21. Dezember	1949	ZAK 1950	S. 121	–
	13. April	1950	ZAK 1950	S. 269	–
	18. Februar	1952	ZAK 1952	S. 270	EVGE 1952 S. 47
	30. April	1963	ZAK 1963	S. 494	–
	29. Mai	1968	ZAK 1968	S. 624	–
³	5. September	1953	ZAK 1953	S. 421	EVGE 1953 S. 205
⁴	18. Juli	1951	ZAK 1951	S. 420	–
	25. August	1964	ZAK 1965	S. 275	EVGE 1964 S. 143
	8. Januar	1996	AHI 1996	S. 212	BGE 122 V 1

inhaberin Gebrauch macht⁵ (vgl. auch Rz 1008). Ausnahme siehe Rz 1016.

- 1011 Im Zweifel gilt als selbstständigerwerbend, wer für das in einer Unternehmung, einem Betrieb oder Geschäft erzielte Erwerbseinkommen steuerpflichtig ist⁶ oder, wenn keine Steuerpflicht besteht, wer die Unternehmung, den Betrieb oder das Geschäft auf eigene Rechnung führt.
- 1012 Ist für die Ausübung der selbstständigen Erwerbstätigkeit ein Patent notwendig (z.B. Wirtschafts- oder Apotheker/innenpatent usw.) und bestehen Zweifel darüber, wer für Unternehmung, Betrieb oder Geschäft das wirtschaftliche Risiko trägt, so bildet das Patent für die Feststellung der selbstständigerwerbenden Person ein Indiz.
- 1013 Ergibt sich jedoch bereits aus den unter Rz 1005 bis 1011 erwähnten Kriterien, wer als selbstständigerwerbend zu gelten hat, so ist der Einwand, eine andere Person sei Inhaberin des Patentes, ohne Bedeutung⁷.
- 1014 Von jeder im Handelsregister eingetragenen Einzelfirma wird vermutet, sie sei ein auf Erwerb gerichtetes Unternehmen, dessen Inhaberin oder Inhaber eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausübe. Von dieser Vermutung kann nur abgewichen werden, wenn der Handelsregistereintrag seit längerer Zeit offensichtlich nicht mehr den Tatsachen entspricht⁸.

5	31. Dezember	1949	ZAK 1950	S. 118	EVGE 1949	S. 149
	18. September	1959	ZAK 1959	S. 432	EVGE 1959	S. 180
6	27. Oktober	1967	ZAK 1968	S. 166	EVGE 1967	S. 225
7	29. April	1959	ZAK 1959	S. 332	–	
8	17. Januar	1975	ZAK 1975	S. 301	BGE 101	V 7
	18. August	1977	ZAK 1978	S. 214	–	
	21. Februar	1980	ZAK 1981	S. 383	–	
	16. August	1995	AHI 1996	S. 90	BGE 121	V 80

1.2.2.2 Eheleute bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen

- 1015 Als selbstständigerwerbend gilt bei Eheleuten bzw. in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen die Eigentümerin oder der Eigentümer der Unternehmung, des Betriebes oder Geschäftes (s. Rz 1005).
- 1016 Führen Eheleute bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen Unternehmung, Betrieb oder Geschäft gemeinsam, so ist aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse zu beurteilen, wer als selbstständigerwerbend zu betrachten ist⁹. Es bestehen keine Vermutungen zugunsten des Ehemannes oder der Ehefrau bzw. zugunsten einer eingetragenen Partnerin oder eines eingetragenen Partners.
- 1017 Für die Feststellung der Beitragspflicht kann aus [Art. 9 Abs. 1 und 1^{bis} DBG](#) (für die Steuerveranlagung wird das Einkommen von Eheleuten bzw. von in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe bzw. Partnerschaft leben, ohne Rücksicht auf den Güterstand zusammengerechnet; Faktorenaddition) nichts abgeleitet werden.
- 1018 Melden sich Ehefrau und Ehemann bzw. beide eingetragenen Partnerinnen oder beide eingetragenen Partner als Selbstständigerwerbende an, so hat die Ausgleichskasse vorgängig zu prüfen, ob beide die nach der Rechtsprechung massgebenden Voraussetzungen (vgl. Rz 1066) erfüllen. Die Tatsachen, dass beide selbstständig über ein gemeinsames Geschäftskonto verfügen können, die Aufgaben gegenseitig gleich verteilt sind, sowohl Ehefrau wie Ehemann bzw. beide eingetragenen Partnerinnen und Partner über gleichwertige Ausbildungen verfügen oder wesentliche finanzielle Eigenmittel eingebracht haben, können Hinweise auf einen gemeinsam geführten Betrieb sein.

⁹ 16. Oktober 1992 AHI 1993 S. 12 –

- 1019 Um die beitragsrechtliche Stellung von Bäuerinnen zu bestimmen, können die Ausgleichskassen den „Fragebogen zum Beitragsstatut der Ehegattin auf einem Landwirtschaftsbetrieb“ einsetzen (gilt gleichermaßen für eingetragene Partnerinnen und eingetragene Partner). Der Fragebogen kann beim Schweizerischen Bauernverband (www.sbv-treuhand.ch) bezogen werden.
- 1020 Wenn die Ausgleichskasse nach den Abklärungen sowohl die Ehefrau als auch den Ehemann bzw. beide eingetragenen Partnerinnen oder beide eingetragenen Partner als Selbstständigerwerbende betrachtet und die Steuerbehörde ausserstande ist, die Einkommen getrennt zu melden, so ist nach Rz 1262 vorzugehen.
- 1021 Besteht Unklarheit darüber, ob der Ehemann bzw. die Partnerin am Unternehmen, am Betrieb oder am Geschäft der Ehefrau bzw. der Frau, mit der sie in eingetragener Partnerschaft lebt, beteiligt ist, so gilt er bzw. sie als mitarbeitendes Familienmitglied. Dasselbe gilt für die Fälle, wo der Ehemann bzw. der Partner das Unternehmen, den Betrieb oder das Geschäft führt, und Ungewissheit über die beitragsrechtliche Qualifikation der Ehefrau bzw. des Mannes besteht, mit dem er in eingetragener Partnerschaft lebt (s. die WML).

1.2.2.3 Mitglieder von Personengesamtheiten

a) einfache Gesellschafterinnen und Gesellschafter

- 1022 Jede einfache Gesellschafterin und jeder einfache Gesellschafter gelten als selbstständigerwerbend, da sie mit dem Einsatz ihrer Person an der Personengesamtheit teilhaben, damit ein Unternehmerrisiko tragen und Dispositionsbefugnis besitzen, d.h. den Geschäftsgang mitbestimmen¹⁰.

¹⁰

13. Oktober	1969	ZAK 1970	S. 157	–
21. Februar	1980	ZAK 1981	S. 383	–
20. Februar	1984	ZAK 1984	S. 223	–
25. April	1988	ZAK 1988	S. 454	BGE 114 V 72

1023 Für die Aufteilung des Geschäftsergebnisses sind in erster Linie vertragliche Vereinbarungen massgebend. Liegen solche nicht vor, so gilt das Geschäftsergebnis als gleichmässig unter die Teilhaberinnen und Teilhaber verteilt¹¹.

b) Kollektivgesellschaftserinnen und Kollektivgesellschaftler

1024 Bei Kollektivgesellschaften wird vermutet, dass sie wirtschaftliche Ziele verfolgen und ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben¹². Der Nachweis des Gegenteils obliegt den Teilhaberinnen und Teilhabern.

1025 Teilhaberinnen und Teilhaber von Kollektivgesellschaften gelten ungeachtet des Ausmasses ihrer persönlichen Mitwirkung in der Gesellschaft als Selbstständigerwerbende¹³.

1026 Die Gesellschafterinnen und Gesellschafter haben Beiträge vom Gewinn, den die Kollektivgesellschaft erzielt, zu entrichten, auch wenn der Gewinn mit einer Nutzniessung belastet ist und einer Person zukommt, die nicht Gesellschafterin ist. Vorbehalten bleibt der Fall, in welchem die Nutzniesserin oder der Nutzniesser Dispositionsbefugnisse besitzt, d.h. betriebliche Anordnungen treffen kann.

11	21. Februar	1980	ZAK 1981	S. 383	–
	20. Februar	1984	ZAK 1984	S. 223	–
12	14. März	1959	ZAK 1959	S. 207	EVGE 1959 S. 39
	7. Juli	1964	ZAK 1965	S. 230	EVGE 1964 S. 147
	17. Januar	1975	ZAK 1975	S. 301	BGE 101 V 7
	15. März	1985	ZAK 1985	S. 316	–
	16. August	1995	AHI 1996	S. 90	BGE 121 V 80
13	14. Mai	1952	ZAK 1952	S. 266	EVGE 1952 S. 117
	29. April	1959	ZAK 1959	S. 332	–
	18. September	1959	ZAK 1959	S. 432	EVGE 1959 S. 180
	25. April	1988	ZAK 1988	S. 454	BGE 114 V 72
	16. August	1995	AHI 1996	S. 90	BGE 121 V 80

c) Kommanditgesellschafterinnen und Kommanditgesellschafter

- 1027 1/11 Bei der Kommanditgesellschaft gilt wie bei der Kollektivgesellschaft die Vermutung, dass sie wirtschaftliche Ziele verfolgt und ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreibt (s. Rz 1024)¹⁴.
- 1028 1/09 Das Einkommen der Komplementärinnen und Komplementäre besteht aus einem Anteil am Geschäftsergebnis (Gewinnanteil), einem Zins für den Gesellschaftsanteil und für allfällige weitere Kapitaleinlagen sowie einem Arbeitsentgelt (Honorar, Salär). Alle diese Bestandteile gelten als Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.
- 1029 Das Einkommen der Kommanditärinnen und Kommanditäre kann bestehen aus einem Anteil am Geschäftsergebnis (Gewinnanteil), einem Zins für die Kommandite und für allfällige weitere Kapitaleinlagen sowie einem Arbeitsentgelt, wenn die Kommanditärin oder der Kommanditär in der Gesellschaft mitarbeitet.
- 1030 1/11 Gewinnanteil und Zins, soweit dieser den Zins für das im Betrieb investierte Eigenkapital übersteigt, gehören zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit. Ohne Bedeutung ist, ob die Kommanditärin oder der Kommanditär in der Gesellschaft mitarbeitet¹⁵.
- 1031 Das Arbeitsentgelt der Kommanditärin oder des Kommanditärs gehört im Allgemeinen zum massgebenden Lohn (s. die WML).
- 1032 Zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit gehört das Arbeitsentgelt nur, wenn die Kommanditärin oder der

14	17. Mai	1963	ZAK 1963	S. 491	EVGE 1963	S. 99
	5. September	1974	ZAK 1975	S. 251	BGE 100 V	140
	15. März	1985	ZAK 1985	S. 316	–	
	16. August	1995	AHI 1996	S. 90	BGE 121 V	80
15	2. April	1979	ZAK 1979	S. 426	BGE 105 V	4
	25. April	1988	ZAK 1988	S. 454	BGE 114 V	72
	23. Juli	2010	9C_627/2009		BGE 136 V	258

Kommanditär nicht aufgrund eines Anstellungsverhältnisses, sondern in der Eigenschaft als Gesellschafterin oder Gesellschafter für die Gesellschaft tätig ist (z.B. als Geschäftsführerin oder als Geschäftsführer)¹⁶.

d) Stille Teilhaberinnen und Teilhaber

- 1033 Gegenüber Dritten nicht in Erscheinung tretende stille Teilhaberinnen oder Teilhaber sind als Selbstständigerwerbende beitragspflichtig, wenn sie im internen Gesellschaftsverhältnis den nach aussen hin auftretenden, eventuell im Handelsregister eingetragenen Partnerinnen und Partnern tatsächlich gleichgestellt sind¹⁷.
- 1034 Auch für stille Teilhaberinnen und Teilhaber sind die Anteile, welche sie als Mitglieder einer auf einen Erwerbzweck gerichteten Personengesamtheit ohne juristische Persönlichkeit an deren Reingewinn haben, Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit¹⁸.

e) Erbgemeinschaftserinnen und Erbgemeinschaftser

– Grundsätzliches

- 1035 Besteht eine Erbschaft aus einer Unternehmung, einem Betrieb oder einem Geschäft, die von den Erbinnen und Erben als Erbgemeinschaft geführt werden, so gilt dies als Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit, deren Ertrag der Beitragspflicht unterliegt. Die Mitglieder einer solchen Er-

¹⁶	27. Oktober	1967	ZAK 1968	S. 166	EVGE 1967	S. 225
¹⁷	4. Mai	1955	ZAK 1955	S. 355	–	
	21. Juli	1966	ZAK 1966	S. 560	–	
	26. Juni	1967	ZAK 1967	S. 543	EVGE 1967	S. 86
	25. April	1986	ZAK 1986	S. 459	–	
¹⁸	11. September	1972	ZAK 1973	S. 195	–	
	25. April	1986	ZAK 1986	S. 459	–	

erbengemeinschaft gelten als Selbstständigerwerbende und sind für daraus erzielte Einkommen beitragspflichtig¹⁹.

Dies gilt auch, wenn

- 1036 – die Erbengemeinschafterinnen und Erbengemeinschafter ihre Mitwirkung beim gemeinsamen Beschluss über die Weiterführung der Unternehmung, des Betriebes oder Geschäftes und über die massgebenden Dispositionen auf stillschweigende Zustimmung zu den geschäftlichen Vorgehen und Anträgen anderer beschränken²⁰;
- 1037 – die der Erbengemeinschaft gehörende Unternehmung, der 1/11 Betrieb oder das Geschäft von einem Teil der Erbengemeinschafterinnen und Erbengemeinschafter als Personengesellschaft geführt wird, soweit die Erbinnen und Erben betriebliche Anordnungen treffen können. Bei Personengesellschaften gilt dies auch, falls die Erbinnen und Erben einer verstorbenen Teilhaberin oder eines verstorbenen Teilhabers in die Rechte und Pflichten der bzw. des Verstorbenen eintreten und solange sie die Befugnis haben, betriebliche Anordnungen zu treffen. Wird die Gesellschaft aufgelöst oder tritt eine neue Teilhaberin oder ein neuer Teilhaber anstelle der bzw. des alten, so hört für sie die Beitragspflicht in Bezug auf die Gewinnanteile der Gesellschaft auf²¹. Das gilt im Falle des Besteuerungsaufschubs nach [Art. 18a Abs. 3 DBG](#) auch für die das Unternehmen, den Betrieb oder das Geschäft nicht fortführenden Erbinnen und Erben;
- 1038 – die Verfügungsmacht einzelner Erbengemeinschafterinnen 1/13 bzw. Erbengemeinschafter durch eine Beiständin, einen Beistand oder eine mit der testamentarischen Willensvoll-

¹⁹	20. Mai	1959	ZAK 1959	S. 334	–
	25. April	1988	ZAK 1988	S. 454	BGE 114 V 72
²⁰	5. Dezember	1950	–		EVGE 1950 S. 217
	25. April	1988	ZAK 1988	S. 454	BGE 114 V 72
²¹	19. März	1958	ZAK 1958	S. 228	EVGE 1958 S. 11
	30. April	1963	ZAK 1963	S. 494	–

streckung betraute Person zeitweise eingeschränkt oder aufgehoben ist²².

- 1039 Steht der überlebenden Ehefrau oder dem überlebenden Ehemann die Nutzniessung am ganzen Nachlass zu ([Art. 473 ZGB](#)) oder werden die Unternehmung, der Betrieb oder das Geschäft dieser, diesem, einer Erbin, mehreren Erbinen oder einem oder mehreren Erben zur Nutzung überlassen (Übernehmerin, Übernehmer), so gelten nur die nutzungsbe-rechtigte(n) Person(en) als Selbstständigerwerbende. Es ist unerheblich, ob die Nutzungsberechtigung auf einer letztwilligen Verfügung oder auf einer Vereinbarung zwischen den Erbinen und Erben beruht. Damit entspricht die Behandlung in der AHV in der Regel dem Vorgehen der Steuerbehörden.
- 1040 Bei rückwirkender Übernahme von Unternehmung, Betrieb oder Geschäft einer Erbengemeinschaft durch eine Erbin oder mehrere Erbinen, einen oder mehrere Erben oder Dritte auf deren Rechnung, scheiden alle Erbinen und Erben – mit Ausnahme der übernehmenden – vom tatsächlichen Übernahmezeitpunkt an (d.h. nicht rückwirkend) als Selbstständigerwerbende aus.
- 1041 Bezüge, die Erbinen und Erben für die Mitarbeit in Unternehmung, Betrieb oder Geschäft der Nutzniesserin oder der Nutzniesserinnen, des Nutzniessers oder der Nutzniesser oder Übernehmerinnen oder Übernehmer erhalten, gelten als massgebender Lohn²³.

– Ermittlung des beitragspflichtigen Einkommens

- 1042 Wird der Anteil der einzelnen Erbinen und Erben am Ertrag der im Eigentum einer Erbengemeinschaft stehenden Unternehmung, des Betriebes oder Geschäftes nicht durch die Steuerbehörde gemeldet, so ist zwecks Ermittlung der Bei-

²² 23. August 1954 ZAK 1954 S. 432 –

²³ 21. Dezember 1949 ZAK 1950 S. 121 –

träge der Erbinnen und Erben das Erwerbseinkommen wie folgt aufzuteilen:

- 1043 Vom Gesamteinkommen werden abgezogen:
1/11 – der Zins auf dem im Betrieb arbeitenden Eigenkapital sämtlicher Erbinnen und Erben (Rz 1119);
– die Bezüge in bar und natura (oder in Form von Gutschriften) jener Personen, die an der Erzielung des Ertrages mitgewirkt haben;
– die Bezüge der Nutzniesserin oder des Nutzniessers für deren bzw. dessen allfällige Mitarbeit.
- 1044 Werden für die Mitarbeit in Unternehmung, Betrieb oder Geschäft keine Bezüge vereinbart, so sind Abzüge nach Massgabe von [Art. 14 AHVV](#) vorzunehmen.
- 1045 Vom verbleibenden Reingewinn ist danach der der überlebenden Ehefrau oder dem überlebenden Ehemann laut Rechtsgeschäft von Todes wegen (letztwillige Verfügung, Erbvertrag) oder laut Gesetz zustehende Anteil am Reingewinn auszuscheiden (s. [Art. 462 ZGB](#)).
- 1046 Ist der Teil, auf den die überlebende Ehefrau oder der überlebende Ehemann als Eigentümerin oder Nutzniesserin bzw. als Eigentümer oder Nutzniesser Anspruch hat, vom Reingewinn ausgeschieden, so ist der verbleibende Rest den (übrigen) Erbinnen und Erben zu gleichen Teilen anzurechnen, wenn nicht etwas anderes vereinbart wurde. Hat z.B. die überlebende Ehefrau oder der überlebende Ehemann die Hälfte zu Eigentum, so wird die andere Hälfte den übrigen Erbinnen und Erben zu gleichen Teilen angerechnet.
- 1047 Bildet die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Erbenden (im
1/11 Sinne von [Art. 602 ff. ZGB](#)), die eine Unternehmung, einen Betrieb oder ein Geschäft führt, die Haupterwerbstätigkeit einer oder eines Versicherten, so schuldet sie bzw. er den jährlichen Mindestbeitrag, wenn ihr bzw. sein jährliches Einkommen unter die in Rz 1179 genannte untere Grenze sinkt; vorbehalten bleibt Rz 1039.

1048 In Bezug auf geringfügigen Nebenerwerb s. Rz 1132.
1/09

– Minderjährige Erbinnen und Erben

1049 Die vorstehenden Regeln gelten unter Vorbehalt von Rz 1058
1/11 auch für minderjährige Erbinnen und Erben.

1.3 Anschluss der Selbstständigerwerbenden an eine Ausgleichskasse

1050 Die versicherte Person, die sich der Versicherung als Selbstständigerwerbender oder als Selbstständigerwerbende anschliessen möchte, meldet sich bei der zuständigen Ausgleichskasse an. Der Anschluss setzt voraus, dass bereits konkrete Schritte für die Ausübung der Geschäftstätigkeit vorgenommen wurden.

1051 Ist das Beitragsstatut schwierig zu beurteilen, kann die Ausgleichskasse bei jener Ausgleichskasse, die bei Vorliegen einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit zum Beitragsbezug zuständig wäre, die notwendigen Informationen für den Abgrenzungsentscheid einholen. Die beiden Ausgleichskassen arbeiten für die Beurteilung des Beitragsstatuts zusammen.

1052 Die Ausgleichskasse teilt der versicherten Person mit, ob sie als Selbstständigerwerbende anerkannt wird oder nicht. Falls die Anmeldung abgelehnt wird, informiert die Ausgleichskasse auch den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin (vgl. Rz 1054).

1053 Falls bereits ein Einkommen realisiert wurde, erlässt die für den Beitragsbezug zuständige Ausgleichskasse anstelle einer Mitteilung sogleich eine Beitragsverfügung.

- 1054 1/11 Auf Anfrage der Betroffenen hin kann eine Verfügung über das Beitragsstatut erlassen werden²⁴. In Fällen, in denen eine grosse Anzahl Personen betroffen ist oder in denen die versicherte Person als unselbständig erwerbend betrachtet wird, kann stattdessen die Ausgleichskasse des Arbeitgebers verfügen.
- 1055 1/11 Wird jemand nicht als selbstständigerwerbend anerkannt, ist die Beitragsverfügung bzw. die Verfügung über das Beitragsstatut sowohl der betroffenen Person als auch dem Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin zu eröffnen. Die Verfügung ist einsprachefähig²⁵.
- 1056 1/09 In Bezug auf die Akkordanten ist die Ausgleichskasse an den Entscheid der SUVA gebunden (vgl. die WML).
- 1057 1/11 Hat eine Ausgleichskasse durch eine formell rechtskräftige Verfügung ein bestimmtes Beitragsobjekt als Einkommen aus selbständiger oder aus unselbständiger Erwerbstätigkeit qualifiziert, ist dieser Entscheid für jede andere Ausgleichskasse verbindlich. Über das gleiche Beitragsobjekt kann nur erneut verfügt werden, wenn die Voraussetzungen der Wiedererwägung oder der prozessualen Revision gegeben sind (vgl. Rz 3024 ff. WBB und das Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL). In Bezug auf ein Beitragsobjekt, über das noch nie formell rechtskräftig entschieden wurde, sind die Ausgleichskasse in der beitragsrechtlichen Qualifikation grundsätzlich frei (vgl. Rz 3026 f. WBB)²⁶.

²⁴	3. Mai	2006	H 47/05	BGE	132	V	257
²⁵	3. Mai	2006	H 47/05	BGE	132	V	257
²⁶	9. Februar	1995	AHI 1995 S. 138.	–			

2. Beitragspflicht

2.1 Dauer der Beitragspflicht als selbstständigerwerbende Person

- 1058 Die Beitragspflicht beginnt am Tage der Erwerbsaufnahme, frühestens jedoch am 1. Januar des Kalenderjahres, das auf die Vollendung des 17. Altersjahres folgt.
- 1059 Wird die Tätigkeit im Laufe des Monats aufgenommen, so kann die Ausgleichskasse den Beginn der Beitragspflicht auf den 1. des folgenden Kalendermonats legen.
- 1060 Die Beitragspflicht als Selbstständigerwerbende endet mit
1/11 der tatsächlichen Erwerbsaufgabe (z.B. Zeitpunkt der Beendigung der Liquidation, Todestag). Die Löschung im Handelsregister kann als Hinweis dienen. Die Ausgleichskasse kann das Ende der Beitragspflicht auf ein Monatsende legen. Auch nach Erwerbsaufgabe bleibt jedoch die generelle Beitragspflicht nach [Art. 3 AHVG](#) aufgrund des Wohnsitzes oder der Ausübung einer unselbst-ständigen Tätigkeit bestehen.

2.2 Umwandlung von Einzelfirmen, Personengesellschaften oder juristischen Personen

- 1061 Für Beginn, Ende oder Änderung in der Erfassung als Selbstständigerwerbende ist bei der Umwandlung von Einzelfirmen, Personengesellschaften (einfache Gesellschaft, Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft) oder juristischen Personen (Aktien- und Kommanditaktiengesellschaft, GmbH, Genossenschaft) massgebend:

- 1062 der Zeitpunkt des Eintrages im Handelsregister²⁷
 1/12 – bei der Übernahme einer Einzelfirma, einer Kollektiv- oder einer Kommanditgesellschaft durch eine zu gründende Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft, GmbH oder Genossenschaft.
 Massgebend ist der Tag, an dem die Anmeldung der neuen Gesellschaft in das Tagebuch durch das zuständige Handelsregisteramt eingeschrieben wird. Das Datum der Veröffentlichung im Schweizerischen Handelsamtsblatt ist nicht ausschlaggebend²⁸.
 Dies gilt auch, wenn die Übernahme von Aktiven und Passiven der alten Gesellschaft oder Einzelfirma durch die neue Gesellschaft rückwirkend erfolgt²⁹.
- 1063 der Zeitpunkt der Entstehung der neuen Firma bzw. der Gesellschaft
 – bei der Umwandlung einer Aktiengesellschaft, einer Kommanditaktiengesellschaft, einer GmbH oder einer Genossenschaft in eine einfache Gesellschaft, eine Kollektiv- oder eine Kommanditgesellschaft oder in eine Einzelfirma.
- 1064 der Zeitpunkt der Übernahme von Aktiven und Passiven
 – bei der Umwandlung einer Einzelfirma in eine Kollektiv- oder eine Kommanditgesellschaft oder umgekehrt³⁰.

²⁷	3. Mai	1950	ZAK 1950	S. 268	EVGE 1950	S. 96
	23. November	1950	ZAK 1951	S. 35	–	
	22. September	1966	ZAK 1967	S. 145	EVGE 1966	S. 163
	2. September	1969	ZAK 1970	S. 70	–	
	1. März	1974	ZAK 1974	S. 477	–	
	4. Juni	1976	ZAK 1976	S. 391	BGE 102 V	103
	29. März	1983	ZAK 1983	S. 530	–	
²⁸	4. Juni	1976	ZAK 1976	S. 391	BGE 102 V	103
²⁹	6. Mai	2002	AHI 2003	S. 66	–	
³⁰	7. März	1960	ZAK 1960	S. 349	EVGE 1960	S. 42

3. Beitragsobjekt

3.1 Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit

3.1.1 Begriff

- 1065 Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit ist jedes Erwerbseinkommen³¹, das nicht Entgelt für in unselbstständiger Stellung geleistete Arbeit darstellt ([Art. 9 Abs. 1 AHVG](#)).
- 1066 Das Vorliegen selbstständiger Erwerbstätigkeit wird indessen nicht vermutet. Was unter unselbstständiger und selbstständiger Stellung zu verstehen ist, wird in der WML umschrieben.
- 1067 Eine selbstständige Erwerbstätigkeit übt aus, wer das Geschäftsrisiko trägt und berechtigt ist, die betrieblichen Anordnungen zu treffen³². So insbesondere die Eigentümerinnen und Eigentümer, die sich nicht bloss auf die kapitalmässige Nutzung ihres Vermögens beschränken, sondern durch selbst organisierte unternehmerische, betriebliche oder geschäftliche Tätigkeit sowie eventuell durch die Tätigkeit, die Dritte auf ihre Rechnung und ihr Risiko ausüben, Einkommen erzielen und dadurch ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen³³.

³¹	15. Mai	1991	ZAK 1991	S. 312	–
³²	30. August	1952	ZAK 1952	S. 395	EVGE 1952 S. 169
	29. April	1959	ZAK 1959	S. 332	–
	3. Oktober	1960	ZAK 1961	S. 167	–
	13. Oktober	1969	ZAK 1970	S. 157	–
	18. August	1970	ZAK 1971	S. 163	–
³³	29. Oktober	1975	ZAK 1976	S. 219	–

3.1.2 Eingrenzungen

3.1.2.1 Örtliche Begrenzung

a) Allgemeines

- 1068 1/11 Beitragspflichtige mit Wohnsitz in der Schweiz haben Beiträge von ihrem gesamten im In- und Ausland erzielten Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit zu entrichten. Vorbehalten bleiben abweichende Regelungen im Abkommen mit der EU, dem EFTA-Abkommen und in Sozialversicherungsabkommen (namentlich das Erwerbortsprinzip) sowie die Rz 1070 bis 1074.
- 1069 Beitragspflichtige mit Wohnsitz im Ausland haben Beiträge nur von dem in der Schweiz erzielten Erwerbseinkommen zu entrichten. Vorbehalten bleiben abweichende Regelungen im Abkommen mit der EU und dem EFTA-Abkommen (vgl. dazu die WVP).

b) Einkommen aus Betrieben oder Betriebsstätten im Ausland

- 1070 Unter [Art. 6^{ter} Bst. a AHVV](#) fällt das Einkommen, das erzielt wird von
- Inhaberinnen oder Inhabern einer Einzelfirma mit Sitz in einem Nichtvertragsstaat;
 - unbeschränkt haftenden Teilhaberinnen und Teilhabern von Gesellschaften, die der einfachen Gesellschaft, der Kollektiv- und der Kommanditgesellschaft nach schweizerischem Recht entsprechen;
 - Inhaberinnen und Inhabern von Einzelfirmen und unbeschränkt haftenden Teilhaberinnen und Teilhabern von einfachen Gesellschaften, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften mit Sitz in der Schweiz aus einer Betriebsstätte, die in einem Nichtvertragsstaat gelegen ist³⁴;

³⁴

9. April

1984

ZAK 1984 S. 558

BGE

110 V

72

- beschränkt haftenden Teilhaberinnen und Teilhabern von den zuletzt aufgeführten Gesellschaften, soweit es sich um Gewinnanteile oder um Zinsen auf den Kapitalanlagen handelt. Nicht ausgenommen ist hingegen das Entgelt, das den beschränkt haftenden Teilhaberinnen und Teilhabern aus der Tätigkeit für diese Gesellschaften zufließt.
- 1071 Der Betriebsstättenbegriff gemäss [Art. 6^{ter} AHVV](#) ist mit dem bundessteuerrechtlichen identisch: Als Betriebsstätte gilt eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens oder ein freier Beruf ganz oder teilweise ausgeübt wird. Betriebsstätten sind insbesondere Zweigniederlassungen, Fabrikationsstätten, Werkstätten, Verkaufsstellen, ständige Vertretungen, Bergwerke und andere Stätten der Ausbeutung von Bodenschätzen sowie Bau- oder Montagestellen von mindestens zwölf Monaten Dauer (vgl. [Art. 4 Abs. 2 DBG](#)). Wird der Begriff der Betriebsstätte in einem Doppelbesteuerungsabkommen abweichend umschrieben, so ist diese Umschreibung massgebend.
- 1072 Der Begriff der Betriebsstätte im Sinne von [Art. 12 Abs. 2 AHVG](#) wird in der WBB umschrieben.
- 1073 Zu dem von der Beitragserhebung ausgenommenen Einkommen gehört deshalb z.B. auch das in einem nichtkaufmännischen Betrieb erzielte, also etwa das Einkommen einer Ärztin oder Tierärztin, die ihre Praxis im Ausland hat oder neben ihrer Praxis in der Schweiz Ordinationsräume – eine Betriebsstätte – im Ausland besitzt.
- 1074 Das in Betrieben oder Betriebsstätten im Ausland investierte
1/11 Eigenkapital darf zur Berechnung des Zinsabzuges für das im schweizerischen Betrieb arbeitende Eigenkapital (s. Rz 1118 f.) nicht berücksichtigt werden.

c) Einkommen der Personen, die nach dem Aufwand besteuert werden

([Art. 6^{ter} Bst. c AHVV](#))

- 1075 Nach [Art. 14 Abs. 1 und 2 DBG](#) können Ausländerinnen und Ausländer, die erstmals oder nach mindestens zehnjähriger Landesabwesenheit in der Schweiz Wohnsitz nehmen und hier keine Erwerbstätigkeit ausüben, anstelle der Einkommenssteuer eine Steuer nach dem Aufwand entrichten.
- 1076 Dasselbe Recht steht bis zum Ende der laufenden Steuerperiode auch Schweizerinnen und Schweizern zu.
- 1077 Das Einkommen der Personen, die nach dem Aufwand besteuert werden, unterliegt als solches nicht der Beitragserhebung, denn sie gelten als Nichterwerbstätige ([Art. 29 Abs. 5 AHVV](#) und Rz 2001 ff.). Vorbehalten bleiben die Sozialversicherungsabkommen, das Abkommen mit der EU und das EFTA-Abkommen. Nach dem in diesen Abkommen enthaltenen Grundsatz der Unterstellung am Erwerbort sind solche Personen möglicherweise gar nicht in der Schweiz versichert (vgl. dazu die WVP).

3.1.2.2 Zeitliche Begrenzung

- 1078 Ein Einkommensbestandteil ist erzielt, wenn die versicherte Person tatsächlich darüber verfügen kann, sei es, dass sie dieses Einkommen in bar realisiert, sei es, dass sie einen rechtlich vollstreckbaren Anspruch darauf erwirbt. Bei buchführenden Versicherten ist es in der Regel der Zeitpunkt der Verbuchung einer Einnahme³⁵.

³⁵ 17. März 1953 ZAK 1953 S. 223 EVGE 1953 S. 52

3.2 Abgrenzungen

3.2.1 Gegenüber dem massgebenden Lohn

1079 Die Abgrenzung des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit vom massgebenden Lohn wird in der WML dargestellt.

3.2.2 Gegenüber den übrigen Einkommensarten

1080 Die Abgrenzung der übrigen Einkommensarten vom Erwerbseinkommen hat aufgrund der Gesamtheit der konkreten Verhältnisse im Einzelfall zu erfolgen³⁶.

1081 Die aus der gelegentlichen Veräusserung von Gegenständen des privaten Vermögens erzielten Gewinne sind nicht Erwerbseinkommen³⁷.

1082 Die Verwaltung eigener Grundstücke gilt grundsätzlich nicht als eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit, sofern nicht Art und Nutzung der Grundstücke betrieblichen Charakter aufweist³⁸.

1083 Erwerbseinkommen liegt dagegen vor beim Einkommen aus 1/09 der Anlage, Nutzung oder Verwertung von Gegenständen des Geschäftsvermögens³⁹. Das gilt namentlich für Pachtzinsen.

³⁶	5. September	1953	ZAK 1953	S. 421	EVGE 1953	S. 205
³⁷	18. April	1951	ZAK 1951	S. 262	–	
	17. Januar	1952	ZAK 1952	S. 97	–	
	13. Mai	1957	ZAK 1957	S. 403	–	
	25. August	1960	ZAK 1961	S. 75	EVGE 1960	S. 196
	8. September	1969	ZAK 1970	S. 222	EVGE 1969	S. 135
	9. Januar	1979	ZAK 1979	S. 263	–	
	6. März	1979	ZAK 1979	S. 429	–	
	20. Februar	1984	ZAK 1984	S. 223	–	
	30. April	1987	ZAK 1987	S. 423	–	
³⁸	17. Januar	1952	ZAK 1952	S. 97	–	
	26. Juni	1964	ZAK 1965	S. 37	–	
	31. Mai	1965	ZAK 1965	S. 541	EVGE 1965	S. 63
	6. März	1973	ZAK 1974	S. 36	–	
	2. Dezember	1974	ZAK 1975	S. 248	–	

1084 1/09 Erwerbseinkommen liegt ferner vor beim Einkommen aus der planmässigen, über den Rahmen blosser Vermögensverwaltung hinausgehenden Anlage, Nutzung oder Verwertung von nicht ausdrücklich als Geschäftsvermögen bezeichneten Gegenständen oder Rechten⁴⁰.

1085 *Beispiele:*

- Eine Erfinderin befasst sich gewerbsmässig mit dieser Tätigkeit und schliesst laufend Lizenzverträge ab, deren Einhaltung sie überwacht⁴¹.
- Ein Erfinder wertet seine Erfindungen selber aus oder überträgt die Auswertung einer Kapitalgesellschaft, die er finanziell beherrscht oder in der er an der Auswertung massgebenden Einfluss ausübt⁴².
- Ein Inhaber von Markenschutzrechten im Gebiet chemischer Produkte befasst sich systematisch mit der Verwertung geheimer Rezepte und erzielt dadurch Lizenzeinnahmen⁴³.
- Der Gewinn aus gewerbsmässigem Liegenschaftshandel⁴⁴ sowie der (Liegenschafts-)Ertrag aus einer den Rahmen

³⁹	3. September	1968	ZAK 1969	S. 61	–			
	2. April	1969	ZAK 1969	S. 583	–			
	15. April	1988	ZAK 1988	S. 513	BGE	114	V	61
	28. April	1993	AHI 1993	S. 221	–			
	20. Oktober	1999	AHI 2000	S. 49	BGE	125	V	383
	28. April	2008	9C_538/2007		BGE	134	V	250
⁴⁰	29. Oktober	1975	ZAK 1976	S. 219	–			
	1. September	1986	ZAK 1987	S. 296	–			
	28. April	2008	9C_538/2007		BGE	134	V	250
⁴¹	18. September	1954	ZAK 1954	S. 430	–			
	1. Oktober	1962	ZAK 1963	S. 18	–			
	17. Mai	1963	ZAK 1963	S. 491	EVGE	1963	S.	99
	6. September	1978	ZAK 1979	S. 73	–			
	9. Oktober	1981	ZAK 1982	S. 183	–			
	11. Juli	1985	ZAK 1985	S. 613	–			
	1. Dezember	1987	ZAK 1988	S. 289	–			
⁴²	9. Juni	1952	ZAK 1953	S. 109	EVGE	1952	S.	103
	17. Januar	1953	ZAK 1953	S. 113	EVGE	1953	S.	39
	20. Oktober	1966	ZAK 1967	S. 331	EVGE	1966	S.	202
⁴³	1. April	1971	ZAK 1971	S. 503	–			
	1. Dezember	1987	ZAK 1988	S. 289	–			
⁴⁴	25. August	1960	ZAK 1961	S. 75	EVGE	1960	S.	196
	17. Februar	1962	ZAK 1962	S. 306	–			
	1. März	1963	ZAK 1963	S. 437	EVGE	1963	S.	24

blosser privater Vermögensverwaltung ohne Erwerbscharakter sprengenden Tätigkeit, was i.d.R. bei der Vermietung möblierter Zimmer und Wohnungen zutrifft, insbesondere, wenn den Mieterinnen und Mietern zusätzliche Dienstleistungen erbracht werden⁴⁵.

- Das Entgelt für Kiesabbau gilt jedenfalls immer dann als Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, wenn und soweit die Entschädigung den durch den Kiesabbau bedingten Wegfall der angestammten Nutzung abgilt⁴⁶.
- Der zu Gunsten von Selbstständigerwerbenden erklärte Schuldverzicht (Forderungsverzicht) stellt beitragspflichtiges Einkommen dar, wenn er eine Geschäftsschuld betrifft. Kein beitragspflichtiges Einkommen liegt dagegen vor, wenn es sich um eine Privatschuld handelt, die mit der selbstständigen Erwerbstätigkeit in keinem Zusammenhang steht⁴⁷.

1086 Nicht zum Erwerbseinkommen gehören für private Zwecke erbrachte Eigenleistungen, welche sich in der Einsparung von Auslagen erschöpfen und welche ausserhalb des Rahmens der beruflichen Tätigkeit der oder des Versicherten erfolgen.

1087 *Beispiele:*

- Der kaufmännische Angestellte oder der unselbstständig-erwerbende Maurer, der Arbeiten an der eigenen Liegenschaft ausführt, die üblicherweise an Dritte vergeben werden, erbringt damit eine nicht zum Erwerbseinkommen gehörende Eigenleistung⁴⁸.

	27. Juni	1968	ZAK 1969	S. 65	–			
	2. Mai	1972	ZAK 1973	S. 34	BGE	98	V	88
	1. September	1986	ZAK 1987	S. 296	–			
	30. April	1987	ZAK 1987	S. 423	–			
⁴⁵	26. Juni	1964	ZAK 1965	S. 37	–			
	1. Mai	1985	ZAK 1985	S. 455	BGE	111	V	81
	1. September	1986	ZAK 1987	S. 296	–			
⁴⁶	20. Oktober	1999	AHI 2000	S. 49	BGE	125	V	383
⁴⁷	6. Juli	2005	H 17/05		–			
⁴⁸	9. Juni	1969	ZAK 1969	S. 734	–			
	19. September	1980	ZAK 1981	S. 205	BGE	106	V	129
	29. Januar	1982	–		BGE	108	lb	227

- Der Wert der von der selbstständigerwerbenden Bauunternehmerin an einer ihr gehörenden Liegenschaft erbrachten Arbeiten stellt dann Erwerbseinkommen dar, wenn diese zulasten des Geschäftsergebnisses erfolgen (z.B. Materialeinkauf, Angestelltenlöhne)⁴⁹.

3.3 Bestandteile des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit

- 1088 Als Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit im Sinne von [Art. 9 Abs. 1 AHVG](#) und [Art. 17 AHVV](#) unterliegen der Beitragserhebung alle erzielten Einkünfte
- aus einem Handels-, Industrie-, Gewerbe-, Land- und Forstwirtschaftsbetrieb;
 - aus einem freien Beruf
 - und aus jeder anderen selbstständigen Erwerbstätigkeit.
- 1089 Im Weiteren gelten als Bestandteile des Einkommens aus
1/11 selbstständiger Erwerbstätigkeit
- alle Kapitalgewinne aus Veräusserung, Verwertung oder buchmässiger Aufwertung von Geschäftsvermögen; der Veräusserung gleichgestellt ist – unter Vorbehalt des Besteuerungsaufschubs nach [Art. 18a Abs. 1 DBG](#) – die Überführung von Geschäftsvermögen in das Privatvermögen oder in ausländische Betriebe oder Betriebsstätten ([Art. 18 Abs. 2 DBG](#));
 - die bei der Veräusserung einer vom Geschäfts- in das Privatvermögen überführten Liegenschaft realisierten übrigen stillen Reserven, deren Besteuerung nach [Art. 18a Abs. 1 DBG](#) aufgeschoben worden ist;
 - sowie Gewinne aus der Veräusserung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken bis zur Höhe der Anlagekosten ([Art. 18 Abs. 4 DBG](#)).
- 1089.1 Zuständig für die Erhebung der Beiträge auf den bei der Veräusserung einer vom Geschäfts- in das Privatvermögen über-

⁴⁹ 9. Juni 1969 ZAK 1969 S. 734 –
29. Januar 1982 – BGE 108 Ib 227

- 1/11 führten Liegenschaft realisierten übrigen stillen Reserven, deren Besteuerung nach [Art. 18a Abs. 1 DBG](#) aufgeschoben worden ist, ist diejenige Ausgleichskasse, bei welcher die versicherte Person für die selbstständige Erwerbstätigkeit, der die überführte Liegenschaft als Geschäftsvermögen diente, angeschlossen ist oder war.
1089. Im Erbfall ist für die Erhebung der Beiträge auf den bei der
2 Veräusserung einer vom Geschäfts- in das Privatvermögen
1/11 überführten Liegenschaft realisierten übrigen stillen Reserven, deren Besteuerung nach [Art. 18a Abs. 1 DBG](#) aufgeschoben worden ist, bei den Erbenden jene Ausgleichskasse zuständig, welcher die verstorbene Person zuletzt als selbstständigerwerbstätig angehörte.
1089. Einkünfte aus Beteiligungen des Geschäftsvermögens nach
3 [Art. 18b DBG](#) sind in vollem Umfang beitragspflichtig. Die
1/11 Steuerbehörden melden diese Einkünfte ohne steuerrechtliche Bemessungskorrekturen.
1089. Nach [Art. 37b DBG](#) besteuerte Liquidationsgewinne sind in
4 vollem Umfang beitragspflichtig und werden von den Steuer-
1/11 behörden zusammen mit dem übrigen Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit gemeldet.
- 1090 Die Einkünfte aus zu Geschäftsvermögen erklärten Beteiligungen nach [Art. 18 Abs. 2 DBG](#) und [Art. 8 Abs. 2 StHG](#) stellen hingegen kein Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit dar ([Art. 17 AHVV](#)).

3.4 Ermittlung des reinen Erwerbseinkommens

- 1091 Das reine Einkommen ist das gemäss [Art. 9 Abs. 1 und 2 AHVG](#) ermittelte und für die Festsetzung der Beiträge massgebende Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.
- 1092 Es kann haupt- oder nebenberuflich erzielt worden sein.

- 1093 Ausscheidung und Ausmass der Abzüge gemäss [Art. 9 Abs. 2 Bst. a–e AHVG](#) richten sich nach den Vorschriften über die direkte Bundessteuer ([Art. 18 Abs. 1 AHVV](#)).
- 1094 Die steuerlichen Abzüge nach [Art. 33](#), [212](#) und [213 DBG](#) dürfen mit Ausnahme desjenigen für die persönlichen Einlagen in die „2. Säule“ bei der Berechnung der AHV/IV/EO-Beiträge nicht vorgenommen werden (vgl. Rz 1113).
- 1095 Dies gilt namentlich für die persönlichen Beiträge an die AHV, die IV und die EO. Für die Bestimmung des steuerbaren Einkommens in der Steuerperiode gemäss [Art. 33 Abs. 1 Bst. d und f](#) i.V.m. [Art. 212 DBG](#) in Abzug gebrachte persönliche AHV/IV/EO-Beiträge sind deshalb von den Ausgleichskassen wieder aufzurechnen ([Art. 9 Abs. 4 AHVG](#); s. dazu Rz 1169).
- 1096 Ebenfalls nicht vorgenommen werden dürfen die Sozialabzüge nach [Art. 35 DBG](#).
- 1097 Vom rohen Einkommen abziehbar sind nur die in [Art. 9 Abs. 2 Bst. a–e AHVG](#) aufgezählten Aufwendungen.

3.4.1 Gewinnungskosten

([Art. 9 Abs. 2 Bst. a AHVG](#))

- 1098 Gewinnungskosten sind Aufwendungen, die nachweisbar innerhalb der Berechnungsperiode zur Erzielung des Erwerbseinkommens erforderlich sind ([Art. 9 Abs. 2 Bst. a AHVG](#); [Art. 27 DBG](#), ferner Rz 1102).
- 1099 Als Gewinnungskosten gelten nicht nur die Bar-, sondern auch die Naturalentschädigungen, selbst wenn diese an minderjährige mitarbeitende Familienmitglieder ausgerichtet wurden.
- 1100 Als Gewinnungskosten nicht anerkannt sind jedoch Aufwendungen, die dem Erwerb oder der Erweiterung der Einkommensquelle (Unternehmung, Betrieb oder Geschäft) dienen ([Art. 34 Bst. d DBG](#)).

- 1101 Desgleichen dürfen die Zinsen, die auf Beteiligungen nach 1/11 [Art. 18 Abs. 2 DBG](#) entfallen, nicht abgezogen werden (s. auch Rz 1090).
- 1102 Keine Gewinnungskosten sind z.B.
- 1103 – der von der Person, die einen Betrieb übernimmt, geschuldete und in Form einer wiederkehrenden Leistung (z.B. Abzahlungsrate, Rente, Leib- oder Pfrundrente usw.) abgetragene Kaufpreis. Soweit allerdings die wiederkehrende Leistung Zinsen für die verbleibende Kaufschuld enthält, ist der Abzug zulässig⁵⁰.
- 1104 – Renten, die für den Eintritt in eine Kollektivgesellschaft zugunsten der austretenden Personen oder für deren Angehörige ausgerichtet worden sind⁵¹.
- 1105 – Abfindungen sowie deren Verzinsung und Abzahlungsraten an austretende Gesellschafterinnen bzw. Gesellschafter, es sei denn, sie dienen nachweisbar der Erhaltung der Unternehmung (z.B. bei Gefährdung der Gesellschaft bei weiterem Verbleib des Ausgetretenen)⁵².
- 1106 – Elternunterstützungen in Form von Leibrenten oder Pfrundleistungen, solange nicht nachgewiesen ist, dass sie Entgelt für im Betrieb geleistete Arbeit darstellen⁵³.

⁵⁰	16. November	1951	ZAK 1952	S. 45	EVGE 1951	S. 233
	6. Juli	1954	ZAK 1954	S. 388	EVGE 1954	S. 189
	18. Februar	1975	ZAK 1975	S. 522	BGE 101	V 94
⁵¹	2. Februar	1954	ZAK 1954	S. 231	–	
	10. November	1959	ZAK 1960	S. 140	EVGE 1959	S. 236
⁵²	23. Dezember	1952	ZAK 1954	S. 232	EVGE 1953	S. 57
⁵³	19. Oktober	1949	ZAK 1949	S. 503	EVGE 1949	S. 166
	1. Dezember	1972	ZAK 1973	S. 503	BGE 98	V 245

3.4.2 Abschreibungen und Rückstellungen

([Art. 9 Abs. 2 Bst. b AHVG](#))

- 1107 Berücksichtigt werden dürfen nur Abschreibungen und Rückstellungen, die geschäftsmässig begründet sind; massgebend sind die Grundsätze gemäss [Art. 28](#) und [29 DBG](#)⁵⁴.
- 1108 Die Bildung einer Rückstellung im Hinblick auf zukünftig fällig werdende Sozialversicherungsbeiträge ist beitragsrechtlich nicht zulässig⁵⁵.

3.4.3 Geschäftsverluste

([Art. 9 Abs. 2 Bst. c AHVG](#) und [Art. 18 Abs. 1^{bis} AHVV](#); vgl. [Art. 27 Abs. 2 Bst. b DBG](#))

- 1109 Die geltend gemachten Verluste dürfen nicht Vermögenswerte betreffen, die nicht zum Geschäftsvermögen gehören.
- 1110 Abgezogen werden können nur die im jeweiligen Beitragsjahr und dem unmittelbar vorangegangenen Beitragsjahr eingetretenen und verbuchten Geschäftsverluste ([Art. 18 Abs. 1^{bis} AHVV](#)). Eine weiter gehende Verlustverrechnung ist ausgeschlossen.
1110. Die Steuerbehörde meldet der Ausgleichskasse das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit ohne Verrechnung
1 mit Vorjahresverlusten. Erleidet die oder der Beitragspflichtige im Beitragsjahr einen Verlust, wird ein Minuseinkommen gemeldet. Die Ausgleichskasse hat diesen Verlust mit dem im nachfolgenden Beitragsjahr erzielten Erwerbseinkommen zu verrechnen.
1/11

⁵⁴	6. Juli	1954	ZAK 1954	S. 388	EVGE 1954	S. 189
	26. Juni	1964	ZAK 1965	S. 37	–	
⁵⁵	4. September	2003	AHI 2004	S. 46	–	

1/12 **3.4.4 Zuwendungen an Vorsorgeeinrichtungen zugunsten des eigenen Personals und für ausschliesslich gemeinnützige Zwecke**

([Art. 9 Abs. 2 Bst. d AHVG](#); vgl. [Art. 27 Abs. 2 Bst. c DBG](#))

1111 Zum Abzug zugelassen sind die Zuwendungen an Vorsorgeeinrichtungen, die die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber zugunsten ihres bzw. seines Personals leistet, sofern dass jede spätere zweckwidrige Verwendung ausgeschlossen ist ([Art. 9 Abs. 2 Bst. d AHVG](#)).

1112 Abziehbar sind überdies Zuwendungen für ausschliesslich gemeinnützige Zwecke ([Art. 9 Abs. 2 Bst. d AHVG](#)).

3.4.5 Persönliche Einlagen in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und der 3. Säule

([Art. 9 Abs. 2 Bst. e AHVG](#); vgl. [Art. 27 Abs. 2 Bst. c DBG](#))

1113 Als persönliche Einlagen Selbstständigerwerbender in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sind grundsätzlich sowohl laufende Beiträge als auch Einkaufssummen zum Abzug zugelassen⁵⁶.

1114 Laufende Beiträge sind immer nur zur Hälfte abziehbar, und
1/11 zwar unabhängig davon, ob die versicherte Person Personal beschäftigt und ob sie aufgrund einer statutarischen oder reglementarischen Grundlage mehr als 50 Prozent der laufenden Beiträge ihrer Arbeitnehmenden übernimmt und/oder sich am Einkauf von Beitragsjahren beteiligt⁵⁷.

1115 Summen für den Einkauf in die reglementarischen Leistungen
1/09 ([Art. 79b BVG](#)) sind im Umfang von 50% abzugsfähig⁵⁸.

⁵⁶	13. Mai	2003	AHI 2003 S. 420	BGE	129	V	293
⁵⁷	8. Januar	2010	9C_572/2009	BGE	136	V	16
⁵⁸	11. Oktober	2007	9C 136/2007	BGE	133	V	563

- 1116 Die kantonalen Steuerbehörden ermitteln die nach [Art. 79b](#)
1/11 [BVG](#) und dem massgebenden Reglement zulässigen Einkaufssummen und führen diese in der Steuermeldung separat auf. Die Ausgleichskasse zieht die Hälfte der von der Steuerbehörde gemeldeten Einkaufssumme vom Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit ab.
- 1117 Einlagen von Selbstständigerwerbenden in Einrichtungen der Säule 3a (andere der beruflichen Vorsorge dienende anerkannte Vorsorgeformen) dürfen nicht vom Bruttoerwerbseinkommen abgezogen werden⁵⁹.

3.4.6 Zinsen des im Betrieb investierten Eigenkapitals ([Art. 9 Abs. 2 Bst. f AHVG](#))

- 1118 Vom rohen Einkommen ist der Zins des im Betrieb investierten Eigenkapitals abzuziehen.
- 1119 Das im Betrieb arbeitende Eigenkapital entspricht dem Saldo von Geschäftsvermögen und Geschäftsschulden.

3.4.6.1 Abgrenzung des Geschäfts- vom Privatvermögen

- 1120 Für die Abgrenzung des Privatvermögens vom Geschäftsvermögen sind im Wesentlichen die Grundsätze der direkten Bundessteuer massgebend⁶⁰.
- 1121 Nicht als Geschäftsvermögen gelten die gemäss [Art. 18 Abs. 2 DBG](#) und [Art. 8 Abs. 2 StHG](#) zu Geschäftsvermögen erklärten Beteiligungen (gewillkürtes Geschäftsvermögen; vgl. sinngemäss [Art. 17 AHVV](#)).
- 1122 Die Abgrenzung des Privatvermögens vom Geschäftsvermögen erfolgt grundsätzlich nach den gleichen Kriterien, wie sie in der Praxis und Rechtsprechung zur direkten Bundessteuer

⁵⁹ 22. November 1989 ZAK 1990 S. 96 BGE 115 V 337

⁶⁰ 6. März 1979 ZAK 1979 S. 429 –

1. September 1986 ZAK 1987 S. 296 –

entwickelt wurden. Entscheidend für die Zuordnung eines Vermögensgegenstands zum Geschäftsvermögen ist dabei, dass der Vermögensgegenstand für Geschäftszwecke erworben wurde oder dem Geschäft tatsächlich dient. Bei dieser Prüfung ist auf objektive Kriterien abzustellen. Der Wille der Beitragspflichtigen, wie er namentlich in der buchmässigen Behandlung des Vermögensgegenstandes zum Ausdruck kommen kann, stellt jedoch einen wichtigen Hinweis dar⁶¹.

- 1123 Gemischt genutzte Liegenschaften werden in ihrer Gesamtheit dem Geschäftsvermögen oder dem Privatvermögen zugeordnet. Sie gelten dann als vorwiegend der selbstständigen Erwerbstätigkeit dienend, wenn ihre geschäftliche Nutzung die private Nutzung überwiegt⁶².
- 1124 Dasselbe gilt für die Abgrenzung von Geschäfts- und Privatschulden⁶³.

3.4.6.2 Bestandteile des im Betrieb investierten Eigenkapitals

- 1125 Massgebend ist der Wert aufgrund der rechtskräftigen kantonalen Veranlagung unter Berücksichtigung der interkantonalen Repartitionswerte.
- 1126 Wertschriften gehören dann zum Geschäftsvermögen, wenn sie entweder unmittelbar durch ihren Wert notwendiges Betriebsvermögen oder Kapitalreserven darstellen. Sparhefte

⁶¹	8. September	1969	ZAK 1970	S. 222	EVGE 1969	S. 135
	20. April	1972	ZAK 1973	S. 35	BGE 98 V	91
	9. Januar	1979	ZAK 1979	S. 263	–	
	6. März	1979	ZAK 1979	S. 429	–	
	21. September	1949	ZAK 1949	S. 456	–	
	26. Juni	1964	ZAK 1965	S. 37	–	
	1. September	1986	ZAK 1987	S. 296	–	
	30. April	1998	AHI 1999	S. 41	–	
	15. Juni	1999	AHI 1999	S. 203	BGE 125 V	218
⁶²	15. Juni	1999	AHI 1999	S. 203	BGE 125 V	218
⁶³	25. April	1975	ZAK 1976	S. 32	–	

gehören zum Geschäftsvermögen, wenn ihnen die Funktion eines betrieblichen Kontokorrentkontos zukommt⁶⁴.

- 1127 Bargeld, Postkonto- und Kontokorrentguthaben, Giro- und Sichtgeld sind insoweit zum Geschäftsvermögen zu zählen, als sie üblicherweise nach Grösse und Art von Unternehmen, Betrieb oder Geschäft verfügbar sein müssen und für geschäftliche Zwecke benützt werden⁶⁵.
- 1128 Aus geschäftlichen Gründen gewährte Darlehen (z.B. an Kundinnen oder Kunden) gehören zum Geschäftsvermögen⁶⁶.
- 1129 Haben die Ehefrau oder der Ehemann bzw. die eingetragenen Partnerinnen oder Partner zinslos Vermögen in den Betrieb der Ehefrau oder des Ehemannes bzw. der Personen investiert, mit denen sie in eingetragener Partnerschaft leben, so ist der Zinsabzug gemäss Rz 1172 zu gewähren, gleichgültig, unter welchem Güterstand die Leute leben⁶⁷. Dieses Vermögen kann jedoch nur Bestandteil des Geschäftsvermögens sein, wenn die Ehefrau oder der Ehemann bzw. die Partnerin oder der Partner am Unternehmen beteiligt ist⁶⁸.
- 1130 Der käuflich erworbene Goodwill gehört zum Geschäftsvermögen⁶⁹.
- 1131 Nicht dazu gehört der von der Inhaberin oder vom Inhaber selbst geschaffene (originäre) Goodwill.

64	17. Juli	1951	ZAK 1951	S. 367	–
	27. März	1979	ZAK 1979	S. 497	–
65	21. Oktober	1952	ZAK 1952	S. 472	EVGE 1952 S. 250
	20. Oktober	1970	ZAK 1971	S. 209	–
66	15. Mai	1950	ZAK 1950	S. 353	EVGE 1950 S. 103
	1. September	1956	ZAK 1957	S. 33	EVGE 1956 S. 171
67	17. Februar	1951	ZAK 1951	S. 170	EVGE 1951 S. 20
68	9. Januar	1979	ZAK 1979	S. 263	–
69	4. Oktober	1974	ZAK 1975	S. 156	BGE 100 V 148

3.5 Haupt- und Nebenerwerb

- 1132 Bei Selbstständigerwerbenden ist das neben der Hauptbeschäftigung erzielte Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit dem hauptberuflichen Einkommen zuzuzählen⁷⁰.
- 1133 Hauptberuflich Unselbstständigerwerbende haben von ihrem
1/12 nebenher erzielten Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit nur persönliche Beiträge zu entrichten, wenn dieses im Jahr die Grenze gemäss Rz 1134 übersteigt ([Art. 14 Abs. 6 AHVG](#), [Art. 19 AHVV](#)). Arbeitslosenentschädigungen, welche die primäre beitragspflichtige Einkommensquelle einer versicherten Person darstellen, sind dem Erwerbseinkommen aus einer Haupterwerbstätigkeit gleichzusetzen. Desgleichen gilt die Führung des eigenen Familienhaushaltes bzw. des Haushalts der eigenen eingetragenen Partnerschaft als Haupterwerb⁷¹.
- 1134 Beträgt dieses Nebeneinkommen aus selbstständiger Er-
1/11 werbstätigkeit jährlich 2 300 Franken oder weniger, so ist der Beitrag nur auf Verlangen der versicherten Person zu erheben⁷².

4. Zeitliche Bemessung

([Art. 22 AHVV](#))

4.1 Beitragsjahr

- 1135 Die Beiträge werden für jedes Beitragsjahr festgesetzt. Das Beitragsjahr entspricht dem Kalenderjahr ([Art. 22 Abs. 1 AHVV](#)).

⁷⁰	24. Februar	1999	AHI 1999 S. 75	BGE	125	V	1
⁷¹	22. Juni	1995	AHI 1996 S. 126	–			
	29. November	1999	AHI 2000 S. 44	BGE	125	V	377
⁷²	14. Januar	1954	ZAK 1954 S. 112	–			
	14. Dezember	1987	ZAK 1988 S. 115	–			
	22. Juni	1995	AHI 1996 S. 126	–			

1/09 **4.2 Massgebendes Erwerbseinkommen**
([Art. 22 Abs. 2 bis 4 AHVV](#))

1136 Die Beiträge werden aufgrund des Einkommens nach dem
1/09 Ergebnis des oder der im Beitragsjahr abgeschlossenen Ge-
schäftsjahre festgesetzt (Geschäftsabschluss). Das Einkom-
men wird nicht in ein Jahreseinkommen umgerechnet.

1137 Stimmt das Geschäftsjahr nicht mit dem Beitragsjahr überein,
1/09 wird das Einkommen nicht zwischen den Beitragsjahren auf-
geteilt (vgl. auch [Art. 210 Abs. 2 DBG](#)). Von diesem Grund-
satz abgewichen wird nur im Fall eines fehlenden Geschäfts-
abschlusses im Jahr der Tätigkeitsaufnahme (vgl.
Rz 1141 f.).

1/09 **4.3 Massgebendes Eigenkapital**
([Art. 22 Abs. 2 AHVV](#))

1138 Für die Beitragsbemessung ist das am Ende des im Beitrags-
1/11 jahr abgeschlossenen Geschäftsjahres im Betrieb investierte
Eigenkapital massgebend (vgl. [Art. 66 Abs. 2 StHG](#);
Rz 1214).

1139 aufgehoben
1/09

**4.4 Fehlender Geschäftsabschluss im Beitragsjahr der
Tätigkeitsaufnahme**

1140 Die Selbstständigerwerbenden müssen grundsätzlich in je-
dem Kalenderjahr einen Geschäftsabschluss erstellen
([Art. 210 Abs. 3 DBG](#)).

1141 Wird die selbstständige Erwerbstätigkeit im letzten Quartal
1/09 eines Beitragsjahres aufgenommen, können die Selbstständigerwerbenden jedoch nach steuerrechtlicher Praxis im ersten Kalenderjahr auf einen Abschluss verzichten. Der erste Geschäftsabschluss wird sodann im folgenden Beitragsjahr erstellt. Um zu verhindern, dass dem Beitragsjahr der Tätig-

keitsaufnahme kein Erwerbseinkommen zugeschrieben wird, wird diesfalls das Ergebnis des ersten Geschäftsjahres pro rata temporis zwischen den beiden Kalenderjahren aufgeteilt ([Art. 22 Abs. 4 AHVV](#)). Für den Beitragssatz (Anwendung der sinkenden Beitragsskala) beider Kalenderjahre ist das Gesamteinkommen gemäss dem ersten Geschäftsabschluss – gegebenenfalls nach Abzug des Rentnerfreibetrags – massgebend. Es wird keine Umrechnung vorgenommen.

1142 *Beispiel:*

– Tätigkeitsaufnahme:	1.10.2009
– erster Geschäftsabschluss:	31.12.2010
– Erreichen Rentenalter:	15.01.2010
– Gesamteinkommen:	Fr. 150 000
– Gesamteinkommen nach Abzug Rentnerfreibetrag (11 x Fr. 1 400.–):	Fr. 134 600
– Aufteilung: Fr. 8 973.33/Monat → 2009:	Fr. 26 920
→ 2010:	Fr. 107 680
– massgebend für Beitragssatz:	Fr. 134 600

1143 Die Steuerbehörden senden in solchen Fällen das Meldebegehren für das Beitragsjahr der Tätigkeitsaufnahme an die Ausgleichskassen mit einem entsprechenden Vermerk zurück. Ausserdem werden Beginn und Ende der Erwerbstätigkeit gemeldet (s. auch Anhang 1).

5. Akontobeiträge

5.1 Grundsatz

1144 Im laufenden Beitragsjahr haben die Beitragspflichtigen periodisch (in der Regel quartalsweise; vgl. die WBB) Akontobeiträge zu leisten ([Art. 24 Abs. 1 AHVV](#); vgl. die WBB). Akontobeiträge sind von der Ausgleichskasse provisorisch festgesetzte Beiträge.

1145 Nach der definitiven Festsetzung der Beiträge nimmt die Ausgleichskasse den Ausgleich vor (s. Rz 1185; [Art. 25 AHVV](#)).

5.2 Festsetzung der Akontobeiträge

- 1146 Die Ausgleichskassen bestimmen die Akontobeiträge aufgrund des voraussichtlichen Einkommens des Beitragsjahres. Dabei stützen sie sich grundsätzlich auf das Einkommen, das der letzten Beitragsverfügung zu Grunde lag ([Art. 24 Abs. 2 AHVV](#)).
- 1147 Ferner berücksichtigen sie die Angaben der Beitragspflichtigen. Vom Einkommen nach Rz 1146 ist namentlich abzuweichen, wenn die Beitragspflichtigen glaubhaft machen, dieses entspreche offensichtlich nicht dem voraussichtlichen Einkommen ([Art. 24 Abs. 2 zweiter Satz AHVV](#)).
- 1148 Die Beitragspflichtigen haben den Ausgleichskassen die für
1/10 die Festsetzung der Akontobeiträge erforderlichen Auskünfte zu erteilen und auf Verlangen Unterlagen einzureichen ([Art. 24 Abs. 4 AHVV](#))⁷³.
- 1149 Die Ausgleichskassen setzen den Beitragspflichtigen eine angemessene Frist zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte an (zur Mahnung s. die WBB; zur Verfügung s. Rz 1162 ff.).
- 1150 Die Beitragspflichtigen haben den Ausgleichskassen von sich aus wesentliche Änderungen gegenüber den vorangehenden Jahren mitzuteilen.
- 1151 Verletzen die Beitragspflichtigen ihre Mitwirkungspflicht, so sind sie unter Androhung einer Verfügung und gegebenenfalls einer Ordnungsbusse zu mahnen ([Art. 205 AHVV](#); s.a. die WBB).
- 1152 Zum Bezug der Akontobeiträge vgl. die WBB. Für die definitive Beitragsfestsetzung und den Ausgleich s. Rz 1166 ff. Für die Nachforderung von Beiträgen s. Rz 1193 ff.

⁷³

29. August

2008

9C_738/2007

BGE

134 V 405

5.3 Wesentliche Abweichung vom voraussichtlichen Einkommen

- 1153 1/11 Zeigt sich während oder nach Ablauf des Beitragsjahres, dass das erzielte Einkommen wesentlich vom voraussichtlichen Einkommen abweicht, so passen die Ausgleichskassen die Akontobeiträge an ([Art. 24 Abs. 3 AHVV](#)). Sie passen es unverzüglich an, wenn aus der letzten Steuerveranlagung hervorgeht, dass das erzielte Einkommen im Verhältnis zum ursprünglich angenommenen wesentlich zu- oder abgenommen hat und mithin die derzeit bezahlten Akontobeiträge zu hoch oder zu tief sind.
- 1154 1/10 Die Beitragspflichtigen haben ihrer Ausgleichskasse die wesentliche Abweichung während oder nach Ablauf des Beitragsjahres zu melden und glaubhaft zu machen (z.B. nach Vorliegen des Geschäftsabschlusses; [Art. 24 Abs. 4 AHVV](#))⁷⁴.
- 1155 Als wesentlich gilt eine Abweichung des erzielten vom voraussichtlichen Jahreseinkommen von mindestens 25 Prozent.
- 1156 1/10 Bezüglich Verzugs- und Vergütungszinsen s. die Wegleitung über den Bezug der Beiträge (WBB) in der AHV, IV und EO sowie [Art. 41^{bis} Abs. 1 Bst. f](#) und [Art. 41^{ter} AHVV](#). Um Missverständnisse und Unstimmigkeiten zu vermeiden, haben die Ausgleichskassen die Selbstständigerwerbenden in geeigneter Weise (beispielsweise mit einem entsprechenden Hinweis auf den Beitragsrechnungen) darauf aufmerksam zu machen, dass wesentliche Abweichungen vom voraussichtlichen Einkommen gemeldet werden müssen und dass andernfalls nach [Art. 41^{bis} Abs. 1 Bst. f AHVV](#) Verzugszinsen anfallen können.

⁷⁴

5.3.1 Im Verlauf des Beitragsjahres

- 1157 Wird im Verlauf des Beitragsjahres eine erhebliche Einkommensänderung i.S. von Rz 1155 festgestellt, werden die Akontobeiträge für künftige Zahlungsperioden neu festgesetzt.
- 1158 Sind für vergangene Zahlungsperioden zu wenig Beiträge entrichtet worden, so kann die Ausgleichskasse entweder diese separat in Rechnung stellen oder die Akontobeiträge für die künftigen Zahlungsperioden entsprechend erhöhen.

5.3.2 Nach Ablauf des Beitragsjahres

- 1159 Stellt sich nach Ablauf des Beitragsjahres heraus, dass zu wenig Beiträge entrichtet worden sind, werden die Akontobeiträge nicht rückwirkend angepasst.
- 1160 Die Differenz wird so bald als möglich eingefordert, auch wenn noch keine Steuermeldung für das betreffende Beitragsjahr vorliegt.
- 1161 Wurden zu viele Beiträge entrichtet, wird die Differenz zurückerstattet.

5.4 Verfügung

- 1162 Werden innert Frist die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt,
1/11 die Unterlagen nicht eingereicht oder die Akontobeiträge nicht bezahlt, setzen die Ausgleichskassen die geschuldeten Beiträge in einer Verfügung fest ([Art. 24 Abs. 5 AHVV](#); s.a. Rz 1149 und Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL).
- 1163 Die Ausgleichskasse schätzt das voraussichtliche Einkommen
1/11 aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Angaben ein. Nötigenfalls geht sie von Erfahrungswerten aus (zur Einschätzung vgl. auch Rz 1260 ff.).

- 1164 In der Verfügung ist zu erklären, dass diese die Festsetzung von Akontobeiträgen zum Gegenstand hat, unter Vorbehalt der späteren definitiven Beitragsfestsetzung aufgrund der Steuermeldung und der Bereinigung im Rahmen des Ausgleichsverfahrens (vgl. Rz 1185 ff.).
- 1165 Für die Anforderungen an die Verfügung über die Akontobeiträge gilt Rz 1183 sinngemäss (s.a. Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL).

6. Definitive Festsetzung der Beiträge und Ausgleich

6.1 Festsetzung der Beiträge

6.1.1 Massgebendes Einkommen

- 1166 Massgebend für die definitive Beitragsfestsetzung ist das Einkommen nach dem Ergebnis des oder der im Beitragsjahr abgeschlossenen Geschäftsjahre ([Art. 22 Abs. 2 AHVV](#)). Das Einkommen wird nicht zwischen den verschiedenen Kalenderjahren aufgeteilt; Vorbehalten bleibt Rz 1141 ff.
- 1167 Im individuellen Konto ist immer die tatsächliche Erwerbsdauer im Beitragsjahr und nicht ein ganzes Jahr einzutragen (vgl. Regelung der Beitragsdauer in der VA/IK).
- 1168 Eine Umrechnung darf nicht vorgenommen werden.
- 1169 Die von den Steuerbehörden gemeldeten Einkommen sind als Nettoeinkommen zu betrachten, von denen die AHV/IV/EO-Beiträge bereits abgezogen wurden (vgl. [Art. 33 Abs. 1 Bst. d und f DBG](#)).

- 1170 Die Ausgleichskassen rechnen die AHV/IV/EO-Beiträge zum
1/12 gemeldeten Einkommen wieder hinzu (Art. 9 Abs. 4 AHVG).
Sie rechnen dieses auf 100 Prozent um nach der Formel:

$$\frac{\text{gemeldetes Nettoeinkommen} \times 100}{(100 - \text{in Abhängigkeit des gemeldeten Einkommens anwendbare Beitragssätze AHV/IV/EO})}$$

(100 – in Abhängigkeit des gemeldeten Einkommens anwendbare Beitragssätze AHV/IV/EO)

1170. *Beispiele :*

- 1 Für die Versicherte A. meldet die Steuerbehörde ein Einkommen von 150 000 Franken Die Ausgleichskasse rechnet dieses wie folgt auf 100 Prozent um:
1/13

$$\frac{150'000 \times 100}{(100 - 9,7)} = 166'112.95$$

Der Versicherte B. erzielte gemäss Steuermeldung ein Einkommen von 35'000 Franken; Umrechnung auf 100 Prozent:

$$\frac{35'000 \times 100}{(100 - 6,591)} = 37'469.60$$

1170. Die Ausgleichskassen rechnen die Beiträge selbst dann auf,
2 wenn steuerrechtlich keine Abzüge gewährt wurden oder die
1/13 steuerrechtlichen Abzüge höher oder tiefer waren als die von der Ausgleichskasse zugelassenen.

- 1171 Zum Beitragsobjekt s. Rz 1065. Zur Einkommensermittlung und zur Steuermeldung s. Rz 1203 ff.

1171. Die Ausgleichskassen rechnen die AHV/IV/EO-Beiträge zu
1 allen nach dem 01. Januar 2012 gemeldeten Einkommen
1/12 wieder hinzu.

1171. Die Ausgleichskassen rechnen keine Beiträge auf, wenn das
2 Einkommen aus einer selbstständigen Nebenerwerbstätigkeit
1/13 stammt und 2 300 Franken im Kalenderjahr nicht übersteigt.

6.1.2 Abzug des Zinses des im Betrieb investierten Eigenkapitals

- 1172 Vom Einkommen gemäss Rz 1166 und nach Aufrechnung
1/12 der AHV/IV/EO-Beiträge gemäss Rz 1170 f. ist der Zins von dem im Betrieb investierten Eigenkapital gemäss Rz 1174 abzuziehen.
- 1173 Der Kapitalbetrag ist auf die nächsten 1 000 Franken aufzu-
1/13 runden ([Art. 18 Abs. 2 AHVV](#)).
- 1174 Der Zins entspricht der jährlichen Durchschnittsrendite der
1/13 Anleihen in Schweizer Franken der nicht öffentlichen inländischen Schuldnerinnen bzw. Schuldner gemäss Statistik der Schweizerischen Nationalbank ([Art. 9 Abs. 2 Bst. f AHVG](#)). Der Zinssatz wird auf das nächste halbe Prozent auf- oder abgerundet ([Art. 18 Abs. 2 AHVV](#)). Das Bundesamt für Sozialversicherungen publiziert den Zinssatz regelmässig.
- 1175 Durch den Abzug des Zinses ergibt sich das massgebende reine Erwerbseinkommen, von dem die Beiträge zu berechnen sind.
- 1176 Dauert das Geschäftsjahr weniger als 12 Monate an, ist nicht der Jahres-, sondern der der Erwerbsdauer entsprechende Zins abzuziehen.

6.1.3 Berechnung des AHV/IV/EO-Beitrages

- 1177 Für die Berechnung des Beitrages ist das gemäss Rz 1166 ff. ermittelte Erwerbseinkommen auf die nächsten 100 Franken abzurunden ([Art. 8 Abs. 1 AHVG](#)).
- 1178 Der Beitrag kann aus den vom Bundesamt für Sozialversicherungen herausgegebenen „Beitragstabellen Selbstständigerwerbende und Nichterwerbstätige“ (Form. 318.114 dfi) abgelesen werden.

- 1179 1/13 Beträgt das massgebende Einkommen 9 400 Franken oder mehr, jedoch weniger als 56 200 Franken, so sind die Beiträge nach der in [Art. 21 AHVV](#) enthaltenen sinkenden Skala zu berechnen.
- 1180 1/13 Beträgt das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit im Beitragsjahr weniger als der untere Wert der sinkenden Skala oder ergibt sich ein Verlust, so ist der Mindestbeitrag von 480 Franken geschuldet.
Dies gilt grundsätzlich auch dann, wenn die oder der Versicherte zwar während dem ganzen Kalenderjahr versichert ist, aber nur während einem Teil davon eine selbstständige Erwerbstätigkeit ausübt (zum Beispiel bei *Aufgabe der selbstständigen Erwerbstätigkeit während dem Kalenderjahr*).
- 1181 1/13 Vorbehalten sind folgende Ausnahmen:
- Ist die oder der Versicherte nicht im ganzen Kalenderjahr versichert (infolge Wegzug ins Ausland, Zuzug aus dem Ausland oder Tod), ist der Mindestbeitrag entsprechend der Dauer der Versicherungsunterstellung zu proratisieren. Im individuellen Konto ist immer die tatsächliche Erwerbsdauer im Beitragsjahr und nicht ein ganzes Jahr einzutragen.
 - Für Personen im *Rentenalter* gilt der niedrigste Satz der sinkenden Beitragsskala, wenn ihr Einkommen nach Abzug des Freibetrages unter deren untersten Wert liegt ([Art. 21 Abs. 2 AHVV](#)). Das gleiche gilt im Jahr des Erreichens des Rentenalters, wobei aber mindestens der bis zum Ende des Monats, in dem das Rentenalter erreicht wird, geschuldete anteilmässige Mindestbeitrag zu erheben ist (s. dazu Rz 3007 und 3012 KSR).
 - Weist die versicherte Person nach, dass der Mindestbeitrag bereits auf dem massgebenden Lohn für eine im selben Jahr ausgeübte unselbstständige Erwerbstätigkeit erhoben wurde, kann sie verlangen, dass für Einkommen die 9300 Franken im Jahr nicht übersteigen, die geschuldeten Beiträge zum untersten Satz der sinkenden Skala erhoben werden ([Art. 8 Abs. 2 AHVG](#)).

- 1182 Übersteigt das reine Einkommen aus selbständiger Neben-
1/11 erwerbstätigkeit im Beitragsjahr nicht 2 300 Franken, so ist
der Mindestbeitrag nur auf Verlangen der Versicherten zu er-
heben (s. Rz 1134).

6.1.4 Beitragsverfügung

- 1183 Die AHV/IV/EO-Beiträge aus selbständiger Erwerbstätigkeit
1/11 sind in einer Beitragsverfügung festzusetzen. Diese ist deut-
lich als solche zu bezeichnen und muss enthalten:
- die Angabe der Berechnungsunterlagen (Steuerveranla-
gung, Einschätzung durch Ausgleichskasse);
 - die Bezeichnung des oder der Beitragsjahre;
 - das von der Steuerbehörde gemeldete Einkommen ohne
den steuerrechtlichen Abzug für die AHV/IV/EO-Beiträge;
 - die Höhe des im Betrieb investierten Eigenkapitals und den
Zinsabzug gemäss Rz 1172;
 - den Betrag des massgebenden reinen Erwerbseinkom-
mens nach Abzug des Zinses gemäss Rz 1174;
 - die Höhe des zu bezahlenden AHV/IV/EO-Beitrages und
eine kurze Erläuterung über dessen Berechnung und pro-
zentuale Zusammensetzung;
 - gegebenenfalls die Aufteilung des Einkommens auf zwei
Beitragsjahre, im Falle eines fehlenden Geschäftsab-
schlusses im Jahr der Tätigkeitsaufnahme ([Art. 22 Abs. 4
AHVV](#));
 - gegebenenfalls die berücksichtigte unterjährige Beitrags-
dauer;
 - gegebenenfalls den Hinweis auf eine mögliche Nachforde-
rung oder Rückerstattung von Beiträgen aufgrund einer
später eintreffenden Steuermeldung (siehe Rz 1164);
 - die Rechtsmittelbelehrung nach [Art. 52 Abs. 1 ATSG](#)
(s. Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der
IV, der EO und bei den EL).
- 1184 Es empfiehlt sich, in die Verfügung zusätzlich aufzunehmen:
- einen Hinweis auf die Möglichkeit von Herabsetzung und
Erlass der Beiträge;

- eine Tabelle über die Beiträge im Bereich der sinkenden Skala (in Prozenten oder absoluten Beträgen).

6.2 Ausgleich

- 1185 Die Ausgleichskassen nehmen gestützt auf die Beitragsverfügung den Ausgleich zwischen den geleisteten Akontobeiträgen und den tatsächlich geschuldeten Beiträgen vor ([Art. 25 Abs. 1 AHVV](#)).
- 1186 Die von den Beitragspflichtigen zu wenig entrichteten Beiträge sind innert 30 Tagen ab Rechnungsstellung zu bezahlen ([Art. 25 Abs. 2 AHVV](#)).
- 1187 Massgebend für die Rechnungsstellung ist das Datum der Ausstellung der Rechnung, nicht dasjenige der Zustellung an den Adressaten. Die Rechnung muss spätestens am Tag, dessen Datum sie trägt, versandt werden.
- 1188 Die Rechnung legt ausdrücklich fest, bis zu welchem Kalendertag die Zahlung spätestens eingehen muss.
- 1189 Zu viel entrichtete Beiträge haben die Ausgleichskassen zurückzuerstatten oder zu verrechnen.
- 1190 Wäre die Rückerstattung eines Bagatellbetrages mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden, können die Ausgleichskassen den zurückzuerstattenden Betrag auf Rechnung künftiger Beitragsschulden gutschreiben, sofern die beitragspflichtige Person nichts dagegen einwendet.
- 1191 Auf überschüssigen Beiträgen, die von der Ausgleichskasse
1/10 zurückerstattet werden, sind Vergütungszinsen auszurichten. Für die Erhebung von Verzugs- und die Ausrichtung von Vergütungszinsen s. ferner die WBB.
- 1192 Verspätete Steuermeldungen können für die Ausgleichs-
1/10 kasse Zinsfolgen haben (vgl. die WBB).

7. Nachforderung von Beiträgen

([Art. 39 AHVV](#))

7.1 Im Allgemeinen

- 1193 Eine Nachforderung von Beiträgen im Sinne von [Art. 39 AHVV](#) liegt vor, wenn die Ausgleichskasse zu wenig oder nicht entrichtete Beiträge für vergangene Zahlungsperioden nachträglich einfordert, namentlich wenn persönliche Beiträge zufolge einer rückwirkenden Erfassung der Beitragspflichtigen erstmals gefordert werden, oder wenn die tatsächlich geschuldeten Beiträge in einer ersten Verfügung zu tief festgesetzt worden sind.
- 1194 Bei zuwenig entrichteten Beiträgen ist die Nachzahlung geltend zu machen, indem die alte, formell rechtskräftige Beitragsverfügung in Wiedererwägung⁷⁵ gezogen und durch eine neue ersetzt wird, welche den gesamten für das entsprechende Beitragsjahr geschuldeten Beitrag festsetzt.
- 1195 Von der Nachforderung zu unterscheiden sind
- die Anpassung von persönlichen Beiträgen nach [Art. 24 Abs. 3 AHVV](#) (vgl. Rz 1153);
 - der Ausgleich der persönlichen Beiträge nach [Art. 25 Abs. 2 AHVV](#) (vgl. Rz 1185).
- 1196 Die Nachzahlung setzt kein Verschulden der oder des Beitragspflichtigen voraus.
- 1197 Verjährte Beiträge dürfen nicht mehr nachgezahlt werden ([Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#); s. auch die WBB).

⁷⁵ 19. Oktober 1988 ZAK 1989 S. 154 –
4. Februar 1991 – BGE 117 V 8

7.2 Einzelne Tatbestände

7.2.1 Auf Steuermeldung beruhende Beitragsverfügung

1/11 7.2.1.1 Nachsteuerermeldung, Rektifikat

- 1198 Erhält die Ausgleichskasse, nachdem die Beitragsverfügung
1/11 in Rechtskraft erwachsen ist, für dieselbe Periode eine Nachsteuerermeldung („Veranlagungsart 5“) oder eine rektifizierte Meldung („Meldeart 4“; siehe Rz 1229), so hat sie die Differenz zwischen den festgesetzten und den nach dieser Steuermeldung geschuldeten Beiträgen durch eine Nachzahlungsverfügung geltend zu machen (für das Vorgehen siehe Rz 1194).

7.2.1.2 Eigene Feststellungen der Ausgleichskasse

- 1199 Entdeckt die Ausgleichskasse ein Erwerbseinkommen, welches in der Steuermeldung nicht enthalten war (z.B. weil es aus einer durch die Steuerveranlagung nicht erfassten Quelle fliesst), so hat sie die entsprechenden Beiträge durch eine Nachzahlungsverfügung geltend zu machen (für das Vorgehen siehe Rz 1194).

7.2.2 Auf kasseneigener Einschätzung beruhende Beitragsverfügung

7.2.2.1 Steuermeldung

- 1200 Erhält die Ausgleichskasse, nachdem die Beitragsverfügung in Rechtskraft erwachsen ist, eine Meldung der Steuerbehörde über das nämliche Beitragsjahr und ergibt sich daraus ein höheres Einkommen, als sie ihrer eigenen Einschätzung zugrunde gelegt hat, so hat sie die entsprechenden Beiträge gemäss Rz 1194 mittels Nachzahlungsverfügung geltend zu machen.

7.2.2.2 Fehlende oder unbrauchbare Steuermeldung

- 1201 Erhält die Ausgleichskasse keine oder eine unbrauchbare Steuermeldung, so hat sie ebenso zu verfahren, sofern sie nachträglich feststellt, dass sie in der Beitragsverfügung zu niedrige Beiträge festgesetzt hatte.
- 1202 Die unrichtige Beitragsfestsetzung kann ihren Grund in unrichtigen oder unvollständigen Angaben der oder des Beitragspflichtigen im Einschätzungsverfahren (s. Rz 1260 ff.) oder in einer falschen Beurteilung des Tatbestandes durch die Ausgleichskasse haben.
- 1/11

8. Einkommensermittlungsverfahren

- 1203 Das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit und das im Betrieb investierte Eigenkapital werden von den kantonalen Steuerbehörden ermittelt und den Ausgleichskassen gemeldet ([Art. 9 Abs. 3 AHVG](#)).
- 1/11

8.1 Erwerbseinkommen

- 1204 Das massgebende Erwerbseinkommen wird aufgrund der rechtskräftigen Veranlagung für die direkte Bundessteuer ermittelt ([Art. 9 Abs. 3 AHVG](#); [Art. 23 Abs. 1 AHVV](#)).
- 1205 Liegt keine rechtskräftige Veranlagung für die direkte Bundessteuer vor, werden die Angaben der rechtskräftigen Veranlagung für die kantonale Einkommenssteuer entnommen ([Art. 23 Abs. 2 AHVV](#)).
- 1206 Fehlt auch eine kantonale Veranlagung, wird das Erwerbseinkommen aufgrund der überprüften Erklärung für die direkte Bundessteuer ermittelt ([Art. 23 Abs. 2 AHVV](#)).
- 1/11

8.2 Investiertes Eigenkapital

1207 Das im Betrieb investierte Eigenkapital wird aufgrund der ent-
1/11 sprechenden rechtskräftigen kantonalen Veranlagung ermit-
telt. Die für die Steuern massgebliche Bewertung gilt auch für
die AHV. Bei Liegenschaften sind die interkantonalen Repar-
titionswerte zu berücksichtigen ([Art. 23 Abs. 1 AHVV](#)).

1/11 8.3 Steuermeldungen

1/11 8.3.1 Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und den Steuerbehörden

1208 Der Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und
1/11 den Steuerbehörden (Bestellungen und Steuermeldungen)
erfolgt ausschliesslich elektronisch.

1209 Die Daten werden einheitlich über die elektronische Daten-
1/11 austauschplattform (DAP) basierend auf Sedex ausge-
tauscht.

1210 Die Übermittlung von Daten über eine andere Datenaus-
1/11 tauschplattform, auf Datenträgern oder auf Papier ist ausge-
schlossen.

1/11 8.3.2 Bestellung der Steuermeldungen durch die Aus- gleichskassen

1211 Die Ausgleichskassen haben für jede ihnen angeschlossene
1/11 selbstständigerwerbstätige Person eine Steuermeldung zu
bestellen.

1212 Die Bestellungen sind bis Ende Februar des Kalenderjahres,
1/11 welches auf das Beitragsjahr folgt, für das die Steuermeldun-
gen bestellt werden, aufzugeben.

1213 Bei der Bestellung sind die folgenden Felder auszufüllen:
1/11 – Bestellungsumfang (Angabe der bestellten Daten):
„1“ = SE, selbstständigerwerbstätig inklusive zu meldender

- Daten (s. Anhang 1, Buchstabe B);
- steuerpflichtige Person (Personalien der steuerpflichtigen Person; bei Ehepaaren der Mann; bei eingetragenen Partnerschaften die Partnerin bzw. der Partner, deren bzw. dessen Name in alphabetischer Sortierung an erster Stelle kommt) sowie
 - Ehepartner bzw. eingetragener Partner (Personalien; bei Ehepaaren die Frau; bei eingetragenen Partnerschaften die Partnerin bzw. der Partner, deren bzw. dessen Name in alphabetischer Sortierung an zweiter Stelle kommt; bei ledigen Personen keine Angaben).
- 1214 Die Ausgleichskasse verlangt die Angabe des erzielten Er-
1/11 werbseinkommens und des im Betrieb investierten Eigenkapitals. Das Beitragsjahr entspricht der Steuerperiode der direkten Steuern ([Art. 22 Abs. 1 AHVV](#), [Art. 209 Abs. 2 DBG](#) und [Art. 63 Abs. 2 StHG](#); s. Rz 1135 ff. und Anhang 1).
- 1215 Die Ausgleichskassen können mit den zuständigen Steuer-
1/11 behörden vereinbaren, dass nebst den für die Beitragsfestsetzung zwingend notwendigen Angaben (s. dazu Anhang 1, Buchstabe B) weitere „optionale“ Daten geliefert werden. Der Austausch dieser Daten erfolgt analog demjenigen der zwingend notwendigen Daten.
- 1216 Die ausgefüllten Bestellungen sind an die zuständige Steuer-
1/11 behörde zu senden. Bestellungen, die nicht vollständig ausgefüllt sind (s. Rz 1213), können nicht übermittelt werden.
- 1/11 **8.3.3 Mutationen nach erfolgter Bestellung**
- 1217 Wechselt eine beitragspflichtige Person die Ausgleichskasse,
1/11 nachdem die Kasse, der sie bisher angeschlossen war die Steuermeldung bestellt hat, so hat die bisherige Kasse die Bestellung zu annullieren. Es ist dann Sache der Kasse, welcher die oder der Beitragspflichtige angeschlossen wird, eine neue Bestellung aufzugeben.

1/11 **8.3.4 Nachfrage bei ausstehenden Steuermeldungen**

- 1218 Die Ausgleichskasse kann bei der Steuerbehörde nachfragen, wenn vor einer gewissen Zeit bestellte Steuermeldungen noch nicht geliefert worden sind. Liegt noch keine rechtskräftige Steuerveranlagung vor, teilt dies die Steuerbehörde der Ausgleichskasse mit („Veranlagungsart 11“).

1/11 **8.4 Meldungen der Steuerbehörden**

- 1219 Die Entgegennahme der Bestellungen und die Übermittlung der Steuermeldungen durch die kantonalen Steuerbehörden sind in der „Wegleitung für die Steuerbehörden über das elektronische Meldeverfahren mit den AHV-Ausgleichskassen“ geregelt. Sie ist in Anhang 1 wiedergegeben.
- 1220 Weist die Steuerbehörde die Bestellung zurück, weil
- 1/11 – sie für die Veranlagung der betreffenden Steuerperiode nicht zuständig ist, so hat die Ausgleichskasse zu prüfen, welche andere Steuerbehörde zuständig ist;
- Pflichtige nicht zu eruieren sind, so hat die Kasse zu prüfen, ob die Personalien der Beitragspflichtigen in der Bestellung richtig und vollständig angegeben worden sind;
- Versicherte nicht steuerpflichtig sind oder sonstige Voraussetzungen für eine Steuerveranlagung fehlen, so wird die Kasse selber einschätzen (s. Rz 1251 ff.).
- 1221 Die von den Steuerbehörden übermittelten Daten werden von den Ausgleichskassen automatisch bis zum Erlass einer Beitragsverfügung verarbeitet. Hat jedoch die zuständige Sachbearbeiterin bzw. der zuständige Sachbearbeiter der Steuerbehörde im Feld „Bemerkungen“ einen Eintrag gemacht, haben die Ausgleichskassen die gemeldeten Daten nach Kenntnisnahme der Bemerkungen manuell weiterzuverarbeiten.
- 1222 Auf der Datenaustauschplattform werden keine Daten gespeichert. Die Ausgleichskassen haben dafür zu sorgen,

dass die ihnen von den Steuerbehörden gemeldeten Daten bei ihnen abgelegt werden und abrufbar bleiben.

1/11 **8.5 Einholen einer Sofortmeldung**

- 1223 Ist bei einer Beitragsschuldnerin oder einem Beitragsschuldner ein Nachlass- oder Konkursverfahren zu erwarten oder 1/11 läuft die Ausgleichskasse Gefahr, wegen Zahlungsschwierigkeiten der Schuldnerin bzw. des Schuldners ihren Rechtsanspruch auf die Beitragsleistung zu verlieren, so bestellt sie bei der zuständigen Steuerbehörde eine Sofortmeldung.
- 1224 Aufgrund einer solchen Meldung ist unverzüglich eine Beitragsverfügung zu erlassen ([Art. 25 Abs. 1 AHVV](#)). Für den 1/11 Fall, dass die Sofortmeldung nicht rechtzeitig erhältlich ist, siehe Rz 1254 und 1255.

1/11 **8.6 Kennzeichnung der Steuermeldung**

(s. das Verzeichnis im Anhang 1, Buchstabe A)

- 1225 Die aufgrund der Veranlagung für die direkte Bundessteuer erstellten Meldungen sind mit „Veranlagungsart 1“ gekennzeichnet. 1/11
- 1226 Meldungen, die aufgrund kantonaler Steuerveranlagungen 1/11 erstellt werden, sind mit „Veranlagungsart 2“ bezeichnet, diejenigen aufgrund einer überprüften Steuerdeklaration mit „Veranlagungsart 3“.
- 1227 Meldungen aufgrund von Ermessensveranlagungen hat die 1/11 Steuerbehörde mit „Veranlagungsart 4“ bezeichnet.
- 1228 Meldungen über im Nachsteuerverfahren festgestelltes Erwerbseinkommen sind mit „Veranlagungsart 5“ gekennzeichnet. Diese Meldungen sind gemäss Rz 1241 ff. zu behandeln. 1/11
- 1229 Meldungen über Einkommen, die auf Rückfrage der Ausgleichskasse, Veranlagung der Beitragspflichtigen oder durch 1/11 eigene Feststellung der Steuerverwaltung früher erstattete

Meldungen richtig stellen, sind mit „Meldeart 4“ gekennzeichnet.

1/11 8.7 Verbindlichkeit der Meldungen

1230 Die Angaben der Steuerbehörden sind für die Ausgleichskassen verbindlich ([Art. 23 Abs. 4 AHVV](#)). Die Verbindlichkeit beschränkt sich jedoch auf die gemeldeten Beträge des massgebenden Einkommens und des im Betrieb investierten Eigenkapitals.

1231 Hingegen ist aufgrund des AHV-Rechts und nicht aufgrund
1/11 des Steuerrechts zu beurteilen, wer für ein von der Steuerbehörde gemeldetes Einkommen beitragspflichtig ist und ob davon Beiträge geschuldet sind. Desgleichen sind die Ausgleichskassen für die beitragsrechtliche Qualifikation eines Einkommens- oder Vermögensbestandteils bzw. für die Qualifikation der Einkommensbezügerin oder des -bezügers nicht an die Steuermeldungen gebunden⁷⁶.

1232 Als Grundlage für die Beitragsberechnung sind für die Ausgleichskasse in Bezug auf die Höhe des Einkommens verbindlich ([Art. 23 Abs. 4 AHVV](#))⁷⁷:

- die aufgrund der rechtskräftigen Veranlagung für die direkte Bundessteuer abgegebenen Meldungen ([Art. 23 Abs. 1 AHVV](#))⁷⁸;
- die Meldungen aufgrund rechtskräftiger kantonaler Veranlagungen, sofern die kantonale Veranlagung nach gleichen oder ähnlichen Bewertungsgrundsätzen erfolgt wie die

⁷⁶	6. Februar	1976	ZAK 1976	S. 265	BGE	102	V	27
	19. November	1984	ZAK 1985	S. 120	BGE	110	V	369
	13. April	1984	ZAK 1985	S. 44	BGE	110	V	83
	11. August	1987	ZAK 1987	S. 517	–			
	25. April	1988	ZAK 1988	S. 454	BGE	114	V	75
	28. April	1993	AHI 1993	S. 221	–			
⁷⁷	9. Juni	1952	ZAK 1952	S. 303	EVGE	52	S.	124
	20. März	1968	ZAK 1968	S. 401	BGE	68	V	40
	10. Februar	1972	ZAK 1972	S. 577	BGE	98	V	18
⁷⁸	19. November	1984	ZAK 1985	S. 120	BGE	110	V	369

Veranlagung für die direkte Bundessteuer ([Art. 23 Abs. 2 AHVV](#));

- die aufgrund der überprüften Erklärung für die direkte Bundessteuer erstellten Meldungen für nicht der direkten Bundessteuer unterliegende Personen ([Art. 23 Abs. 2 AHVV](#)).

1233 Die Steuermeldungen sind auch dann verbindlich, wenn die
1/11 rechtskräftige Steuerveranlagung bei rechtzeitiger Rechtsmit-
telergreifung wahrscheinlich korrigiert worden wäre⁷⁹.

1234 In Bezug auf die Höhe des im Betrieb investierten Eigenkapi-
1/12 tals ist für die Ausgleichskasse die entsprechend der rechts-
kräftigen kantonalen Veranlagung unter Berücksichtigung der
interkantonalen Repartitionswerte erstattete Meldung ver-
bindlich ([Art. 23 Abs. 1 und 4 AHVV](#)).

1235 Die Grundsätze betreffend die Verbindlichkeit von Steuermel-
1/11 dungen gelten auch hinsichtlich einer steuerlichen Ermes-
senstaxation⁸⁰.

1/11 8.8 Unverbindliche Meldungen

1236 Nicht verbindlich für die Ausgleichskassen sind Meldungen
1/11 – von Einkommensteilen, die nach dem AHVG nicht zum
Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit gehö-
ren⁸¹;
– über den Zeitpunkt der Aufnahme der Erwerbstätigkeit
während der Beitragsperiode oder darüber, ob eine Versi-
cherte oder ein Versicherter erwerbstätig sei oder nicht⁸²;
– über Erwerbseinkommen, das von den Eheleuten bzw. von
in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen ge-
meinsam erzielt wurde (Rz 1257 und 1258). Vorbehalten
bleibt der Fall, in welchem die Steuerbehörde selbst aus-

⁷⁹ 19. November 1984 ZAK 1985 S. 120 BGE 110 V 369

⁸⁰ 25. Februar 1988 ZAK 1988 S. 298 –
27. Juni 1991 ZAK 1992 S. 32 –

⁸¹ 6. Februar 1976 ZAK 1976 S. 265 BGE 102 V 27
9. August 1985 ZAK 1986 S. 50 –

⁸² 11. Dezember 1967 ZAK 1968 S. 303 –

nahmsweise eine Aufteilung des Einkommens unter den Eheleuten bzw. den in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen vornimmt⁸³;

- wenn die Steuerbehörde bei der Veranlagung die näheren Umstände nicht kannte, unter denen eine Liegenschaft verkauft wurde⁸⁴;
- für die Beitragsfestsetzung auf dem Einkommen der Ehefrau oder des Ehemannes bzw. einer in eingetragener Partnerschaft lebenden Person, wenn die Steuermeldung auf einer Ermessenseinschätzung der aus selbstständiger Erwerbstätigkeit erzielten Einkommen des Ehepaares bzw. beider eingetragenen Partnerinnen oder Partner beruht⁸⁵;
- die aufgrund eines Übermittlungsfehlers inhaltlich unrichtig sind. Stellt die Ausgleichskasse fest, dass eine Steuermeldung einen Übermittlungsfehler enthält, so ist sie gehalten, bei der Steuerverwaltung eine berichtigte Meldung einzuholen und gestützt darauf wiedererwägungsweise⁸⁶ eine neue Verfügung zu erlassen. Hingegen ist sie nicht befugt, in einem solchen Fall eine kasseneigene Verfügung mangels Steuermeldung zu erlassen⁸⁷.

1237 Ist die Steuermeldung offensichtlich falsch, nimmt die Ausgleichskasse mit der zuständigen Steuerbehörde Kontakt auf. 1/11 Erfolgt keine Richtigstellung durch die Steuerbehörde, darf die Ausgleichskasse von der Steuermeldung nicht abweichen.

1238 Die Ausgleichskasse kann überdies unter den in Rz 1199 1/11 genannten Voraussetzungen von der Steuermeldung abweichen.

⁸³	9. August	1985	ZAK 1986	S. 50	–			
⁸⁴	2. Dezember	1974	ZAK 1975	S. 248	–			
	3. Februar	1988	ZAK 1988	S. 237	BGE	114	V	6
⁸⁵	3. Februar	1988	ZAK 1988	S. 237	BGE	114	V	6
⁸⁶	4. Februar	1991	–		BGE	117	V	8
	8. März	1993	–		BGE	119	V	180
⁸⁷	15. August	1988	ZAK 1988	S. 562	–			

- 1239 Die RichterIn oder der Richter sind an die Steuermeldung
1/11 nicht gebunden. Sie weichen indessen von rechtskräftigen
Steuertaxationen bloss dann ab, wenn diese klar ausgewie-
sene Irrtümer enthalten, die ohne weiteres richtig gestellt
werden können, oder wenn sachliche Umstände gewürdigt
werden müssen, die steuerrechtlich belanglos, sozialversi-
cherungsrechtlich aber bedeutsam sind⁸⁸.
- 1240 Wenn das Einkommen von einer Steuerrekurskommission
1/11 überprüft und definitiv ermittelt ist, dürfen die Ausgleichskas-
sen von der entsprechenden Meldung selbst mit Einverständ-
nis der zuständigen Steuerbehörde nicht abweichen, es sei
denn, die Abweichung betreffe nur Fragen, welche die Steu-
erveranlagung nicht berühren (vgl. Rz 1231).
- 1/11 **8.9 Sonderfälle der Einkommensermittlung durch die
Steuerbehörden**
- 1/11 **8.9.1 Zusätzliche Meldungen**
- 1241 Alle zusätzlichen Meldungen der Steuerbehörde sind mit
1/11 „Meldeart 2“ gekennzeichnet.
- 1242 Es handelt sich dabei um regelmässig erzieltetes Einkommen,
1/11 das von der Steuerbehörde ordnungsgemäss veranlagt ist,
dessen Meldung aber von der Ausgleichskasse nicht verlangt
wurde.

⁸⁸

6. Februar	1976	ZAK	1976	S. 265	BGE	102	V	27
9. September	1980	ZAK	1981	S. 205	BGE	106	V	130
13. April	1984	ZAK	1985	S. 44	BGE	110	V	86
19. November	1984	ZAK	1985	S. 120	BGE	110	V	370
25. Februar	1988	ZAK	1988	S. 298	–			
27. Juni	1991	ZAK	1992	S. 32	–			
28. April	1993	AHI	1993	S. 221	–			

1/11 **8.9.2 Zusätzliche Meldungen über in einem Nachsteuer-
verfahren ermitteltes Einkommen**

- 1243 Eine Meldung über das Einkommen, das in einem Nach-
1/11 steuerverfahren ermittelt wurde, ist mit „Veranlagungsart 5“
gekennzeichnet.
- 1244 Es handelt sich dabei um Einkommen aus haupt- oder
1/11 nebenberuflich ausgeübter selbstständiger Erwerbstätigkeit,
das bisher durch die Steuerbehörde nicht erfasst wurde.
- 1245 Die Beiträge sind ohne Rücksicht darauf, für welche Zeit die
1/11 Steuerbehörde die Nachsteuer fordert, für jenes Beitragsjahr
zu erheben, in dem das von der Nachsteuer erfasste Ein-
kommen erzielt wurde. Die Beiträge des betreffenden Bei-
tragsjahres sind aufgrund des durch die Nachsteuerveranla-
gung erhöhten Einkommens neu zu berechnen und die Diffe-
renz ist nachzufordern.
- 1246 Für Beiträge, die aufgrund einer Nachsteuerveranlagung fest-
1/11 gesetzt werden, endet die einjährige Verwirkungsfrist erst mit
dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Nachsteuer
rechtskräftig veranlagt wurde ([Art. 16 Abs. 1 zweiter Satz
AHVG](#)).

1/11 **8.9.3 Behandlung der erstatteten Meldungen durch die
Ausgleichskasse**

- 1247 Zusatzmeldungen („Meldeart 2“) und Nachsteuermeldungen
1/11 („Veranlagungsart 5“) werden der Ausgleichskasse des Kan-
tons, in dem die betreffenden Pflichtigen ihren Wohnsitz ha-
ben, zugestellt. Sofern die Selbstständigerwerbenden, für die
solche Meldungen erstattet werden, nicht der empfangenden
kantonalen Ausgleichskasse angeschlossen sind, leitet diese
die Meldung an die zuständige Ausgleichskasse weiter.
- 1248 Die aufgrund rechtskräftiger Steuerveranlagung von den
1/11 Steuerbehörden abgegebenen zusätzlichen Meldungen sind
für die Ausgleichskassen verbindlich, soweit sie überhaupt

verwendbar sind; dies gilt auch für Nachsteuerermeldungen. Im Übrigen gelten die Verfahrensregeln für die Ermittlung des Einkommens aufgrund ordentlicher Steuerermeldungen.

1/11 **8.9.4 Meldung über das Einkommen der Kommanditärinnen und Kommanditäre**

1249 Das Einkommen der Kommanditärinnen und Kommanditäre
1/11 aus der Gesellschaft ist von den Steuerbehörden nach selbstständigem Erwerbseinkommen und allfälligem Arbeitsentgelt aufzuteilen.

1250 Haben die Steuerbehörden keine Aufteilung vorgenommen,
1/11 haben die Ausgleichskassen zur Ermittlung des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit vom gemeldeten Einkommen den Betrag abzuziehen, von dem die Gesellschaft in der Berechnungsperiode Lohnbeiträge entrichtet hat.

1/11 **8.10 Ermittlung durch die Ausgleichskasse bei fehlender oder unbrauchbarer Steuerermeldung** ([Art. 23 Abs. 5 AHVV](#))

1/11 **8.10.1 Anwendungsfälle**

1251 Die Ausgleichskasse hat das Einkommen und das im Betrieb
1/11 investierte Eigenkapital in den folgenden Fällen selbst zu ermitteln:

1252 – Die Steuerbehörde kann keine Meldung erstatten, weil die
1/11 Beitragspflichtigen weder für die direkte Bundessteuer noch für die kantonale Steuer veranlagt wurden und auch keine überprüfte Deklaration für die direkte Bundessteuer vorliegt⁸⁹.

1253 – Die erstattete Steuerermeldung ist unbrauchbar, weil im ge-
1/11 meldeten Einkommen auch Lohn enthalten ist, oder weil dieses Einkommen gemeinsam von Ehefrau und Ehemann

⁸⁹ 29. Oktober 1990 ZAK 1991 S. 32 –

oder eingetragenen Partnerinnen bzw. Partnern erzielt wurde (s. Rz 1257 ff.)⁹⁰.

- 1254 – Der Eingang der Steuermeldung kann nicht abgewartet
1/11 werden, weil
- die Zahlungsunfähigkeit der Beitragspflichtigen droht;
 - die Beitragsforderung in einem Konkurs- oder Nachlassvertragsverfahren eingegeben werden muss (s. die WBB);
 - die Beitragspflichtigen Anstalten treffen, die Schweiz zu verlassen und deshalb der Bezug der Beiträge gefährdet ist.
- 1255 – Wenn der in Rz 1199 umschriebene Sachverhalt gegeben
1/11 ist.
- 1256 Die Ausgleichskasse hat darauf zu achten, das Einkommen
1/11 nicht zu tief einzuschätzen, weil damit gerechnet werden muss, dass eine Nachforderung nicht mehr geltend gemacht werden kann oder ergebnislos bleibt. Für das Einholen einer Sofortmeldung siehe Rz 1223 f.

1/11 **8.10.2 Eheleute, eingetragene Partnerschaften und Gemeinschaft der Erbenden**

- 1257 Üben bei Eheleuten und eingetragenen Partnerinnen oder
1/11 eingetragenen Partnern beide eine selbstständige Erwerbstätigkeit aus und ist die Steuerbehörde trotz ausdrücklichem Begehren der Ausgleichskasse nicht in der Lage, das Einkommen der Ehefrau oder des Ehemannes bzw. der Partnerinnen oder Partner getrennt zu melden, so hat die Ausgleichskasse die Aufteilung des gesamthaft gemeldeten reinen Einkommens grundsätzlich nach den Angaben der Versicherten vorzunehmen.

⁹⁰ 12. Dezember 1972 ZAK 1973 S. 572 BGE 98 V 244
9. August 1985 ZAK 1986 S. 50 –

1258 Nimmt die Steuerbehörde ausnahmsweise eine Aufteilung
1/11 der Einkommen der Eheleute bzw. der eingetragenen Partnerinnen oder Partner vor und teilt dies der Ausgleichskasse mit, so wartet diese das Ergebnis der Steuerauscheidung ab, bevor sie die Beiträge festsetzt⁹¹.

1259 Meldet die Steuerbehörde trotz ausdrücklichem Begehren der
1/11 Ausgleichskasse das Erwerbseinkommen von der Gemeinschaft der Erbenden (im Sinne von [Art. 602 ff. ZGB](#)) gesamthaft, so kann die Ausgleichskasse von der Steuermeldung abweichen und die Aufteilung von sich aus nach den Regeln von Rz 1042 ff. vornehmen. Zum Beitragsjahr siehe Rz 1135 bis 1143.

1/11 **8.10.3 Einschätzung durch die Ausgleichskasse**
([Art. 23 Abs. 5 AHVV](#))

1260 Können die Steuerbehörden keine Meldung erstatten, so
1/11 haben die Ausgleichskassen das für die Beitragsfestsetzung massgebende Erwerbseinkommen und das im Betrieb investierte Eigenkapital selbst einzuschätzen.

1261 Die Ausgleichskasse schätzt das reine Erwerbseinkommen
1/11 aufgrund aller ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen. Im Falle einer Ermessenstaxation kann sich die Ausgleichskasse auch auf Erfahrungszahlen stützen.

1262 Die Beitragspflichtigen haben der Ausgleichskasse die er-
1/11 forderlichen Auskünfte zu erteilen und auf Verlangen Unterlagen einzureichen. Sie kann zusätzliche Erhebungen durchführen ([Art. 23 Abs. 5 zweiter Satz](#) und [Art. 209 Abs. 2 AHVV](#)).

1263 Verweigern die Beitragspflichtigen ihre Mitwirkung, so sind
1/11 sie unter Androhung einer Ermessenstaxation zu mahnen.

⁹¹ 22. März 1972 ZAK 1973 S. 76 –

1264–
1268 aufgehoben
1/11

2. Teil: Beiträge der Nichterwerbstätigen

1. Kreis der Nichterwerbstätigen

1.1 Welche Personen sind als Nichterwerbstätige beitragspflichtig?

- 2001 Als Nichterwerbstätige sind beitragspflichtig:
- Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben ([Art. 10 Abs. 1 AHVG](#); siehe Rz 2003 ff.);
 - unter bestimmten Umständen Personen, die zwar erwerbstätig sind, aber die Erwerbstätigkeit nicht „dauernd voll“ ausüben ([Art. 28^{bis} AHVV](#); siehe Rz 2033 ff.).
- 2002 Als nichterwerbstätig gilt eine Person immer für das ganze Kalenderjahr. Die nicht dauernd voll erwerbstätigen Personen gelten gemäss der Vergleichsrechnung (siehe Rz 2041 ff.) entweder für das ganze Kalenderjahr als erwerbstätig oder für das ganze Kalenderjahr als nichterwerbstätig.

1.2 Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben

1.2.1 Allgemeines

- 2003 Als nichterwerbstätig im Sinne von [Art. 10 Abs. 1 AHVG](#) gelten Personen, die keine Erwerbstätigkeit gemäss Rz 2004 ff. ausüben.
- 2004 Als Erwerbstätigkeit gilt eine Tätigkeit, die auf Erzielung von Einkommen gerichtet ist und zu einer Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit führt⁹².
- 2005 Ob eine Erwerbstätigkeit vorliegt oder nicht, bestimmt sich nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen und

⁹²

8. Mai	1987	ZAK 1987	S. 417	–
23. Juni	1989	ZAK 1989	S. 492	BGE 115 V 161
15. Mai	1991	ZAK 1991	S. 312	–

Gegebenheiten. Es ist nicht von Belang, wie sich die Versicherten selber qualifizieren⁹³.

- 2006 Nicht als Erwerbstätigkeit gelten Liebhabertätigkeiten⁹⁴ sowie Tätigkeiten, die nur zum Schein ausgeübt werden.
- 2007 Wer während Jahren eine Tätigkeit von geringer wirtschaftlicher Bedeutung ausübt und aus dieser kein Einkommen erzielt, gilt als nichterwerbstätig⁹⁵.
- 2008 Wer während längerer Zeit in grossem Umfang eigene oder fremde Arbeitskräfte einsetzt und erhebliche finanzielle Mittel investiert, um ein Produkt zur Marktreife zu entwickeln, übt eine Erwerbstätigkeit aus. Dies gilt selbst dann, wenn die Geschäftsverluste die Gewinne übersteigen⁹⁶.
- 2009 Die Direktorin oder der Direktor einer Aktiengesellschaft, die oder der zwar in der Gesellschaft arbeitete, aufgrund der schlechten finanziellen Lage aber während eines Jahres auf jegliche Entlohnung verzichtete, gilt als nichterwerbstätig⁹⁷.

1.2.2 Besondere Fälle

- 2010 Besondere Bestimmungen gelten für die folgenden Personengruppen:
- verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende Versicherte (besondere Regeln betreffend die Beitragspflicht, Erfassung sowie Bemessung der Beiträge; siehe Rz 2071 ff.; 2062 ff.; 2078 f. sowie die tabellarische Übersicht über die Beitragspflicht bei Ehepaaren und in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen in Anhang 5);

93	8. Mai	1987	ZAK 1987	S. 417	–
	15. Mai	1991	ZAK 1991	S. 312	–
94	16. Juli	2003	AHI 2003	S. 416	–
95	28. Mai	1986	ZAK 1986	S. 514	–
	8. Mai	1987	ZAK 1987	S. 417	–
	10. August	1988	ZAK 1988	S. 554	–
96	23. Juni	1989	ZAK 1989	S. 492	BGE 115 V 161
97	26. Februar	1953	ZAK 1954	S. 63	EVGE 1953 S. 35

- im Konkubinat lebende Versicherte, die den gemeinsamen Haushalt führen (siehe Rz 2011);
- Studierende (siehe Rz 2012 ff.);
- Mitglieder religiöser Gemeinschaften (siehe Rz 2020 ff.);
- beschränkt arbeitsfähige Versicherte (siehe Rz 2024 ff.);
- Inhaftierte und Internierte (siehe Rz 2031 f.);
- Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung (besondere Regeln betreffend den Beitragsbezug, siehe Rz 2172 ff.).

1.2.2.1 Im Konkubinat lebende Personen, die den gemeinsamen Haushalt führen

2011 Eine Person, die in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebt, ausschliesslich den gemeinsamen Haushalt führt und dafür von der Partnerin oder dem Partner Naturalleistungen in Form von Kost und Logis sowie allenfalls ein Taschengeld erhält, gilt beitragsrechtlich als nichterwerbstätig⁹⁸. Für die Bemessung der Beiträge sind die Bestimmungen für unverheiratete Personen massgebend.

1.2.2.2 Studierende

2012 Studierende, welche die Voraussetzungen von Rz 2013 ff. erfüllen, gelten beitragsrechtlich als nichterwerbstätig.

2013 Als Studierende im Sinne des AHVG ([Art. 10 Abs. 2 Bst. a](#) 1/12 [AHVG](#)) gelten Schülerinnen und Schüler mittlerer und höherer Lehranstalten, die sich regelmässig und vorwiegend ihrer Ausbildung widmen⁹⁹.

Als höhere und mittlere Lehranstalten gelten beispielsweise Gymnasien, Lehrerseminare, Ingenieurschulen, Handelsschulen, Hochschulen, Fachhochschulen, Gewerbeschulen, Konservatorien, Schulen für Sozialarbeit, landwirtschaftliche

⁹⁸	18. Juni	1999	AHI 1999 S. 155	BGE	125	V	205
⁹⁹	20. Februar	1984	ZAK 1984 S. 539	–			
	30. Mai	1989	ZAK 1989 S. 503	BGE	115	V	65

Schulen, aber auch Kurse mit Schulcharakter (Kurse zur Umschulung auf den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers oder der Pfarrerin oder des Pfarrers).

- 2014 Die Ausbildung muss auf ein berufliches Ziel gerichtet sein. Personen, die ein Studium nicht zur Vorbereitung auf eine berufliche Tätigkeit, sondern aus anderen Motiven (z.B. aus wissenschaftlichem Interesse, zur sinnvollen Lebensgestaltung oder zur Umgehung einer grösseren Beitragslast) aufnehmen, gelten beitragsrechtlich nicht als Studierende¹⁰⁰.
- 2015 Personen, die eine Ausbildung absolvieren, welche auf ein berufliches Ziel nach Erreichen des Rentenalters ausgerichtet ist, gelten beitragsrechtlich nicht als Studierende¹⁰¹.
- 2016 Versicherte, die Zuwendungen des Schweizerischen Nationalfonds beziehen, gelten als Studierende, wenn der gewährte Beitrag überwiegend für die berufliche Aus- und Weiterbildung ausgerichtet wird.
Wird die Zuwendung dagegen primär als Forschungsbeitrag gewährt, gelten sie nicht als Studierende, sondern als Selbstständigerwerbende. Dies ist beispielsweise anzunehmen, wenn sich der Bezüger oder die Bezügerin einem konkreten Forschungsprojekt widmet, das mit seiner bzw. ihrer beruflichen Weiterbildung in keinem Zusammenhang steht¹⁰².
- 2017 Ob ein Beitrag überwiegend für die berufliche Weiterbildung oder primär zu Forschungszwecken ausgerichtet wird, muss in jedem einzelnen Fall geprüft werden¹⁰³.
- 2018 aufgehoben
1/09
- 2019 Ausländische oder Schweizer Studierende ohne Wohnsitz in der Schweiz sind nicht versichert und damit nicht beitrags-

¹⁰⁰	20. Februar	1984	ZAK 1984	S. 539	–			
	30. Mai	1989	ZAK 1989	S. 503	BGE	115	V	65
¹⁰¹	20. Dezember	1999	AHI 2000	S. 139	–			
¹⁰²	30. November	1993	AHI 1994	S. 84	–			
¹⁰³	30. November	1993	AHI 1994	S. 84	–			

pflichtig. Dies gilt namentlich für Studierende, die sich ausschliesslich zu Studien- und Ausbildungszwecken in der Schweiz aufhalten und in der Schweiz auch keine Erwerbstätigkeit ausüben (siehe die WVP).

1.2.2.3 Mitglieder religiöser Gemeinschaften

- 2020 Religiöse Gemeinschaften sind Vereinigungen, deren Mitglieder aus religiösen Gründen ein gemeinschaftliches Leben führen, ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Gemeinschaft stellen und auf persönliches Einkommen verzichten. Dazu zählen die Diakonissenanstalten, die römisch-katholischen Orden, Kongregationen und ähnliche Vereinigungen¹⁰⁴.
- 2021 Als Nichterwerbstätige gelten grundsätzlich die Mitglieder der Vereinigung, die im Mutterhaus oder in dessen Betrieben tätig sind. Wo die Verhältnisse es rechtfertigen, kann die religiöse Gemeinschaft im Einverständnis mit der Ausgleichskasse solche Mitglieder als Erwerbstätige behandeln (siehe die WML).
- 2022 Im Dienste eines Dritten stehende Mitglieder gelten als unselbstständig Erwerbstätige¹⁰⁵.
- 2023 Novizinnen und Novizen, Kandidatinnen und Kandidaten sowie Auszubildende im Pflegebereich sind als Nichterwerbstätige zu betrachten.

1.2.2.4 Beschränkt arbeitsfähige Versicherte

- 2024 Die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über die Abgrenzung der erwerbstätigen von den nichterwerbstätigen Versicherten (siehe Rz 2003 ff.) sind auch auf die beschränkt arbeitsfähigen Versicherten anwendbar. Dazu gehören insbesondere Personen, die in „Geschützten Werkstätten“ und

¹⁰⁴ 10. August 1949 ZAK 1949 S. 407 EVGE 1949 S. 172

¹⁰⁵ 27. Januar 1950 ZAK 1950 S. 117 EVGE 1950 S. 32

„Beschäftigungsstätten“ arbeiten sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen eingesetzt werden.

- 2025 1/13 Personen, die in „Geschützten Werkstätten“ und „Beschäftigungsstätten“ arbeiten oder im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen eingesetzt werden, gelten als nichterwerbstätig, sofern sie weniger als 18.80 Franken pro Tag erhalten. Gleich zu behandeln sind auch Beschäftigte, deren Vergütung diesen Ansatz zwar überschreitet, aber wegen nur zeitweiliger Arbeitsfähigkeit den Betrag von 4 667 Franken im Kalenderjahr (= dem Mindestbeitrag entsprechender IK-Eintrag) nachgewiesenermassen nicht erreicht. Der Tagesansatz wird ermittelt, indem der auf das nächste Hundert aufgerundete, dem Mindestbeitrag entsprechende IK-Eintrag durch die Jahresstundenzahl 2000 dividiert und mit der Tagesstundenzahl 8 multipliziert wird¹⁰⁶.
- 2026 Zum massgebenden Lohn gehören auch Vergütungen für Arbeitsleistungen sowie der Wert der Ermässigung des Pensionspreises, die den Versicherten als Entgelt für die geleistete Arbeit gewährt wird.
- 2027 Nicht als Erwerbseinkommen gelten Vergütungen, die kein Entgelt für die Arbeitsleistungen der Versicherten bilden, sondern Sozialleistungen darstellen (z.B. Taschengeld, Aufmunterungsprämien aus therapeutischen Gründen).
- 2028 Übersteigen die Vergütungen den in Rz 2025 vorgesehenen Betrag, gelten die Versicherten als erwerbstätig¹⁰⁷.
- 2029 Ist ungewiss, ob die Beschäftigten den erwähnten Grenzbetrag erreichen, so überprüft die Werkstatt die Verhältnisse am Jahresende. Entfällt eine Lohnabrechnung, weil der Betrag nicht erreicht wird, so meldet die Werkstatt die Versi-

¹⁰⁶ 26. Mai 1987 ZAK 1987 S. 420

¹⁰⁷ 26. Mai 1987 ZAK 1987 S. 420

cherten der zuständigen kantonalen Ausgleichskasse im Wohnsitzkanton der Versicherten.

- 2030 Die von beschränkt arbeitsfähigen Personen als Nicht-erwerbstätige geschuldeten Beiträge sind durch eine Beitragsverfügung geltend zu machen. Diese ist der oder dem Versicherten selbst bzw. der gesetzlichen Vertreterin oder dem gesetzlichen Vertreter zuzustellen. Im Einverständnis mit der Ausgleichskasse können die Werkstätten die geschuldeten Beiträge ohne Beitragsverfügung anstelle der Versicherten abrechnen und überweisen. Die Werkstätten haben wesentliche Änderungen der Ausgleichskasse zu melden.

1.2.2.5 Inhaftierte und Internierte

- 2031 Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz, die sich in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft, zur Verbüßung einer Strafe oder zum Vollzug einer Massnahme im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches oder aufgrund der Verfügung einer Administrativbehörde in einer Anstalt (siehe Rz 2048) aufhalten, gelten als nichterwerbstätig, wenn sie während des Anstaltsaufenthalts kein Erwerbseinkommen im Dienste von Dritten oder der Anstalt erzielen. Das Arbeitsentgelt im Sinne von [Art. 83 StGB](#) gilt nicht als Erwerbseinkommen.
- 2032 Die Ausgleichskassen haben sich zu vergewissern, dass die Anstalt der Wohnsitzfrage die nötige Beachtung schenkt (siehe Rz 2054 und 2058).

1.3 Nicht dauernd voll erwerbstätige Versicherte

1.3.1 Wer gilt als nicht dauernd voll erwerbstätig?

- 2033 Zu dieser Kategorie gehören Personen, die zwar dauernd, aber nicht voll, oder zwar voll, aber nicht dauernd erwerbstätig sind. Sie leisten unter Umständen (siehe Vergleichsrech-

nung, Rz 2041 ff.) als Nichterwerbstätige Beiträge ([Art. 28^{bis} AHVV](#)).

- 2034 Unerheblich ist, ob die Merkmale einer selbstständigen oder einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit vorliegen¹⁰⁸.
- 2035 Als *nicht dauernd* gilt eine Erwerbstätigkeit, die während weniger als neun Monaten im Kalenderjahr ausgeübt wird.
- 2036 *Beispiel:* Eine geschiedene Frau, die am Jahresende während der Festzeit als Verkäuferin tätig ist und sich sonst der Kinderbetreuung widmet.
- 2037 Personen, die nur während einem Teil des Kalenderjahres der Beitragspflicht unterstehen, gelten dann als nicht dauernd erwerbstätig, wenn die Erwerbstätigkeit während weniger als drei Vierteln der Dauer der Beitragspflicht ausgeübt wird.
- 2038 *Beispiel:* A erreicht im August das Rentenalter und ist nur bis Ende August beitragspflichtig. In den Monaten Januar bis Mai (also während fünf Monaten) übte er eine Erwerbstätigkeit aus.
Da A während weniger als sechs Monaten (3/4 der achtmonatigen Beitragsdauer) erwerbstätig war, gilt er als nicht dauernd erwerbstätig. Zur Durchführung der Vergleichsrechnung siehe Anhang 6, Beispiel 5. Siehe auch Rz 2044.
- 2039 Als *nicht voll* erwerbstätig gelten Versicherte, die nicht während mindestens der halben üblichen Arbeitszeit tätig sind.
- 2040 *Beispiel:* Vorzeitig Pensionierte, die Verwaltungsratsmitglied bei einer oder mehreren Aktiengesellschaften geblieben sind, üben diese Tätigkeit zwar dauernd, aber nicht voll aus. Gleiches gilt für nebenberufliche Funktionäre.

¹⁰⁸ 23. Juni 1989 ZAK 1989 S. 492 BGE 115 V 161

1.3.2 Vergleichsrechnung

- 2041 1/13 Versicherte, die nicht dauernd voll erwerbstätig sind, gelten in jedem Fall als Nichterwerbstätige, wenn die Beiträge vom Erwerbseinkommen (zusammen mit den Beiträgen der Arbeitgebenden) im Kalenderjahr den Mindestbeitrag (480 Franken) nicht erreichen. Sie gelten auch als Nichterwerbstätige, wenn die Beiträge vom Erwerbseinkommen (zusammen mit den Beiträgen der Arbeitgebenden) tiefer sind als die Hälfte der Beiträge, die sie als Nichterwerbstätige bezahlen müssten.

Beitrag aus Erwerbseinkommen	<	Mindestbeitrag oder ½ des NE-Beitrags	→ Beitragspflicht als <i>Nichterwerbstätige/r</i>
	= oder >	½ des NE-Beitrags (aber wenigstens Mindestbeitrag)	→ Beitragspflicht als <i>Erwerbstätige/r</i>

- 2042 1/13 Um festzustellen, ob die auf dem Erwerbseinkommen ermittelten Beiträge die Hälfte des Nichterwerbstätigenbeitrags erreichen oder nicht, ist eine Vergleichsrechnung vorzunehmen
- 2043 1/11 Beispiele für die Vergleichsrechnung (für ausführlichere Beispiele siehe Anhang 6)

Beispiel 1: A übt in der Regel keine Erwerbstätigkeit aus. Während der Festzeit am Jahresende ist sie als Verkäuferin erwerbstätig. Ihr Vermögen beträgt 300 000 Franken.

Beitrag aus Erwerbseinkommen: 303 Franken	Beitrag als Nichterwerbstätige: 515 Franken	Beitrag aus Erwerbseinkommen < Mindestbeitrag	→ Beitragspflicht als <i>Nicht-erwerbstätige</i>
---	---	---	---

Beispiel 2: B arbeitet während dem ganzen Kalenderjahr jeweils während einem Tag pro Woche. Sein Vermögen beträgt 200 000 Franken.

Beitrag aus Erwerbseinkommen: 1 200 Franken	Beitrag als Nichterwerbstätiger: Mindestbeitrag	Beitrag aus Erwerbseinkommen > $\frac{1}{2}$ des NE-Beitrags bzw. Mindestbeitrag	→ Beitragspflicht als <i>Erwerbstätiger</i>
---	---	--	---

Beispiel 3: C arbeitet während dem ganzen Kalenderjahr jeweils während einem Tag pro Woche. Ihr Vermögen beträgt 500 000 Franken.

Beitrag aus Erwerbseinkommen: 1 200 Franken	Beitrag als Nichterwerbstätige: 927 Franken	Beitrag aus Erwerbseinkommen > $\frac{1}{2}$ des NE-Beitrags ($\frac{1}{2}$ von 927 Franken = 463.50 Franken)	→ Beitragspflicht als <i>Erwerbstätige</i>
---	---	--	--

Beispiel 4: D ist im Kalenderjahr einen Monat lang erwerbstätig. Sein Vermögen beträgt 1 500 000 Franken.

Beitrag aus Erwerbseinkommen: 1 200 Franken	Beitrag als Nichterwerbstätiger: 2 987 Franken	Beitrag aus Erwerbseinkommen < $\frac{1}{2}$ des NE-Beitrags ($\frac{1}{2}$ von 2 987 Franken = 1 493.50 Franken)	→ Beitragspflicht als <i>Nicht-erwerbstätiger</i>
---	--	--	---

- 2044 Bei Personen, welche die Altersgrenze gemäss [Art. 3 Abs. 1 AHVG](#) überschritten haben, wird keine Vergleichsrechnung durchgeführt. Im Kalenderjahr, in dem die Versicherten das Rentenalter erreichen, kann bis zum Ende des entsprechenden Monats von der Vergleichsrechnung nicht abgesehen werden.

Beispiel: Die 70-jährige E ist während zwei Tagen pro Woche erwerbstätig. Ungeachtet von der Höhe ihres Vermögens oder Renteneinkommens leistet sie Beiträge als Erwerbstätige. Siehe auch Rz 2038.

- 2045 Gelten die Versicherten aufgrund der Vergleichsrechnung als nichterwerbstätig, können sie sich die Beiträge vom Erwerbseinkommen anrechnen oder zurückerstatten lassen (siehe Rz 2139 ff.).
- 2046 Die Vergleichsrechnungen sind nur durchzuführen, wenn die Beiträge nicht nach Rz 2071 ff. als bezahlt gelten.

Beispiel: Die verheiratete F übt jeweils an einem Tag pro Woche eine unselbstständige Erwerbstätigkeit aus. Ihr Ehegatte leistet auf seinem Erwerbseinkommen Beiträge, die den doppelten Mindestbeitrag übersteigen. F schuldet – ungeachtet der Höhe des Vermögens oder Renteneinkommens – nur Lohnbeiträge auf ihrem Erwerbseinkommen.

2. Kassenzugehörigkeit und Erfassung der Nichterwerbstätigen

2.1 Kassenzugehörigkeit

2.1.1 Grundsatz

- 2047 Die Nichterwerbstätigen gehören grundsätzlich der Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons an ([Art. 118 Abs. 1 erster Satz AHVV](#)).

2.1.2 Ausnahmen

- 2048 Für die folgenden Personen gelten besondere Regelungen:
- 1/12 – nichterwerbstätige Ehefrauen und Ehemänner bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen, die der Versicherung im Sinne von [Art. 1a Abs. 4 Bst. c AHVG](#) beitreten (siehe Rz 2049);
- vorzeitig pensionierte Versicherte und ihre beitragspflichtigen nichterwerbstätigen Ehegatten oder ihre eingetragene Partnerinnen bzw. ihre eingetragenen Partner (siehe Rz 2050 f.);
- nichterwerbstätige Studierende (siehe Rz 2051);

- Mitglieder religiöser Gemeinschaften (siehe Rz 2052 f.);
- Inhaftierte und Internierte (siehe Rz 2054 f.).

- 2049 *Nichterwerbstätige Ehefrauen und Ehemänner bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen, die der Versicherung im Sinne von [Art. 1a Abs. 4 Bst. c AHVG](#) beitreten*, gehören der Ausgleichskasse ihrer Ehefrau oder ihres Ehemannes bzw. ihrer Partnerin oder ihres Partners an ([Art. 118 Abs. 1 zweiter Satz AHVV](#); siehe dazu die WVP).
- 2050 *Vorzeitig pensionierte Versicherte* gehören weiterhin der bisherigen Ausgleichskasse an, falls die folgenden Bedingungen erfüllt sind:
- Sie gelten erst ab dem Kalenderjahr, in welchem sie das 58. Altersjahr vollenden, oder später als Nichterwerbstätige;
 - sie schuldeten der betreffenden Ausgleichskasse schon bisher Beiträge vom Erwerbseinkommen, sei es als Selbstständigerwerbende, sei es – über den Arbeitgeber bzw. die Arbeitgeberin – als Unselbstständigerwerbende.
2050. Partner oder Partnerinnen der vorzeitig pensionierten
1 Versicherten nach Rz 2050 gehören derselben Ausgleichs-
1/12 kasse an wie diese (siehe dazu die WKB).
- 2051 *Nichterwerbstätige Studierende* (siehe Rz 2012 ff.) gehören der Ausgleichskasse des Kantons an, in dem sich die Lehranstalt befindet. Nach [Art. 1a Abs. 3 Bst. b AHVG](#) versicherte Studierende gehören der Schweizerischen Ausgleichskasse an (siehe dazu die WVP).
- 2052 Die *Mitglieder religiöser Gemeinschaften* (siehe Rz 2020 ff.) gehören der Ausgleichskasse des Kantons an, in dem sich das Kloster oder das Mutterhaus befindet, oder in dem die Leitung der Gemeinschaft ihren Sitz hat. Befindet sich das Kloster oder das Mutterhaus im Ausland, so ist die Ausgleichskasse des Kantons zuständig, in dem die Leitung der Gemeinschaft für die Schweiz ihren Sitz hat. Fehlt eine solche Leitung, so gelten die allgemeinen Regeln ([Art. 118 Abs. 4 AHVV](#); siehe auch die WKB).

- 2053 Die zuständige Ausgleichskasse kann in einzelnen Fällen im Einverständnis mit der religiösen Gemeinschaft und den beteiligten Ausgleichskassen eine abweichende Regelung treffen.
- 2054 *Inhaftierte und Internierte* (siehe Rz 2031 f.) gehören der Ausgleichskasse des Kantons an, in dem sich die Anstalt befindet, sofern die Anstalt für ihre Insassinnen und Insassen zentral mit der kantonalen Ausgleichskasse abrechnet ([Art. 118 Abs. 4 AHVV](#); siehe das Verzeichnis der Anstalten in Anhang 2)¹⁰⁹.
- 2055 Für den Erlass der Beiträge gemäss [Art. 11 Abs. 2 AHVG](#) (siehe Rz 3070 ff.) ist dagegen die Ausgleichskasse des Kantons zuständig, in dem sich der Wohnsitz der Inhaftierten oder der Anstaltsinsassinnen und Anstaltsinsassen befindet. Sind Ausgleichskasse des Anstaltskantons und Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons nicht identisch, so hat erstere der letzteren die Akten für die Prüfung der Erlasse zu überweisen.

2.2 Erfassung der Nichterwerbstätigen

2.2.1 Allgemeines

- 2056 Für die Erfassung der Nichterwerbstätigen sind grundsätzlich die kantonalen Ausgleichskassen zuständig. Vorbehalten sind die Rz 2049–2051.
- 2057 Die Verbandsausgleichskassen und die Eidgenössische Ausgleichskasse haben der Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons diejenigen Versicherten zu melden, die ihnen als Nichterwerbstätige angeschlossen sind (siehe Rz 2050).
- 2058 Die kantonalen Ausgleichskassen haben den zuständigen Ausgleichskassen (siehe Rz 2047 und 2050) die Nichter-

¹⁰⁹ 7. Oktober 1960 ZAK 1961 S. 125 –

werbstätigen zu melden, von denen sie annehmen müssen, dass sie noch nicht erfasst sind.

- 2059 Anlässlich der Rentenfestsetzung haben die Ausgleichskassen zu prüfen, ob Versicherte ihre Erwerbstätigkeit vor Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente aufgegeben haben. Ist die Ausgleichskasse, bei welcher die Rentenanmeldung eingereicht wurde, für die Beitragsfestsetzung nicht selber zuständig, so meldet sie die Versicherte oder den Versicherten der zuständigen Ausgleichskasse (siehe Rz 2047 und 2050). Diese klärt die Beitragspflicht ab und erfasst die betreffende Person allenfalls als Nichterwerbstätige oder als Nichterwerbstätigen. Damit wird in der Regel diese Ausgleichskasse auch für die Rentenfestsetzung zuständig.
- 2060 Das Kreisschreiben über das Verfahren in der IV verpflichtet die IV-Stellen, der kantonalen Ausgleichskasse am Wohnsitz der bzw. des Versicherten in bestimmten Fällen eine Kopie des Beschlusses über die Zustellung einer IV-Rente zuzustellen, damit diese Ausgleichskasse die Erfassung der oder des Versicherten abklären kann.
- 2061 Behaupten Versicherte, sie seien nichterwerbstätig, so haben sie dafür den Nachweis zu erbringen (siehe Rz 2003 ff.).

2.2.2 Nichterwerbstätige verheiratete bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen oder verwitwete Versicherte

- 2062 Nichterwerbstätige Ehefrauen oder Ehemänner bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende nichterwerbstätige Personen und nichterwerbstätige Witwen oder Witwer bzw. nichterwerbstätige überlebende Partner, deren Beiträge nicht für ein bestimmtes Kalenderjahr gemäss Rz 2071 ff. als bezahlt gelten, haben sich bei der zuständigen Ausgleichskasse (siehe Rz 2056) zu melden ([Art. 28 Abs. 5 AHVV](#)).
- 2063 Einmal von der Ausgleichskasse erfasste nichterwerbstätige Ehefrauen oder Ehemänner bzw. in eingetragener Partner-

schaft lebende Personen werden von dieser auch für die Folgejahre als beitragspflichtige Nichterwerbstätige behandelt, sofern sie nicht nachweisen, dass ihre Beiträge gemäss Rz 2071 ff. als bezahlt gelten.

- 2064 Will eine versicherte Person abklären lassen, ob die Ehefrau oder der Ehemann bzw. ihre Partnerin oder ihr Partner, mit der sie in eingetragener Partnerschaft lebt, genügend Beiträge aus Erwerbstätigkeit bezahlt hat, reicht sie innert der Festsetzungsverwirkungsfrist von [Art. 16 Abs. 1 AHVG](#) der zuständigen Ausgleichskasse (siehe Rz 2056) ein entsprechendes Gesuch ein. Diesem ist eine Kopie des Versicherungsausweises des Ehegatten bzw. der Partnerin oder des Partners oder ein Personenstandsausweis oder Familienschein beizulegen.
- 2065 Erhält die Ausgleichskasse Kenntnis davon, dass die Beiträge einer nichterwerbstätigen Person nicht gemäss Rz 2071 ff. als bezahlt gelten, so veranlasst sie umgehend deren Erfassung.
- 2066 Die Ausgleichskassen haben in ihren Merkblättern, in amtlichen Publikationen und im Zusammenhang mit Beitragsverfügungen in geeigneter Weise auf die Beitrags- und Meldepflicht nichterwerbstätiger Ehegatten und in eingetragener Partnerschaft lebender Personen hinzuweisen.

3. Beitragspflicht

3.1 Beginn der Beitragspflicht

- 2067 Für Nichterwerbstätige beginnt die Beitragspflicht am 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres ([Art. 3 Abs. 1 AHVG](#)).
- 2068 Nichterwerbstätige, die in der Schweiz Wohnsitz erwerben, haben die Beiträge ab dem ersten Tag des darauf folgenden Kalendermonats zu entrichten.

3.2 Ende der Beitragspflicht

- 2069 Die Beitragspflicht der Nichterwerbstätigen endet mit dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters ([Art. 3 Abs. 1 AHVG](#)), mit der Aufgabe des Wohnsitzes in der Schweiz oder mit dem Tod (siehe die WVP und die WKB).
- 2070 Die Beiträge sind geschuldet bis zum Ende des Monats, in dem das die Beitragspflicht beendende Ereignis (Eintritt in das Rentenalter, Aufgabe des Wohnsitzes in der Schweiz, Tod) eintritt.

3.3 Personen, deren Beiträge als bezahlt gelten

- 2071 Die Beiträge gelten als bezahlt bei:
- 1/13 – nichterwerbstätigen Personen, deren Ehefrau oder Ehemann bzw. eingetragene Partnerin oder eingetragener Partner im Sinne der AHV als erwerbstätig gilt (siehe Rz 2003 ff.; 2041 ff. [Vergleichsrechnung]; [Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG](#));
- Personen, die ohne Barlohn im Betrieb ihrer Ehefrau oder ihres Ehemannes bzw. ihres eingetragenen Partners arbeiten ([Art. 3 Abs. 3 Bst. b AHVG](#));
- sofern der Ehegatte oder die Ehegattin bzw. die Partnerin oder der Partner auf dem Erwerbseinkommen Beiträge – unter Berücksichtigung derjenigen der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers – von mindestens der *doppelten Höhe des Mindestbeitrags von 480 Franken* entrichtet hat (vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Beitragspflicht bei Ehepaaren bzw. in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen in Anhang 5).
- 2072 Dies gilt auch dann, wenn der nichterwerbstätige Ehegatte
- 1/13 oder die nichterwerbstätige Ehegattin bzw. die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner nicht während dem ganzen Jahr der Beitragspflicht untersteht. Auch in diesem Fall muss der Ehemann oder die Ehefrau bzw. die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner mindestens

das Doppelte des Mindestbeitrags von 480 Franken geleistet haben, damit die Beiträge als bezahlt gelten¹¹⁰.

Beispiel: A ist im ganzen Jahr 2013 als Selbstständigerwerbende tätig und leistet auf dem Erwerbseinkommen Beiträge in der Höhe von 712 Franken. Ihre eingetragene Partnerin B ist nichterwerbstätig. Im Oktober 2013 erreicht sie das ordentliche Rentenalter.

Damit B für die Zeit von Januar bis Oktober 2013 von der Beitragspflicht befreit ist, muss A im Jahr 2013 Beiträge von mindestens der doppelten Höhe des Mindestbeitrags, also mindestens 2 x 480 Franken = 960 Franken, geleistet haben. Da dies nicht der Fall ist, ist B für die Monate Januar bis Oktober als Nichterwerbstätige beitragspflichtig¹¹¹.

- 2073 Die Regel von Rz 2071 gilt auch im Kalenderjahr der Heirat
1/13 bzw. Eintragung der Partnerschaft, der Scheidung bzw. gerichtlichen Auflösung der Partnerschaft und der Verwitwung bzw. des Todes einer eingetragenen Partnerin oder eines eingetragenen Partners ([Art. 3 Abs. 4 Bst. a AHVG](#)).

Beispiele:

Heirat: A und B heiraten im Mai 2013. A übt eine Erwerbstätigkeit aus. B ist nichterwerbstätig. Damit die Beiträge von B als bezahlt gelten, muss A im Jahr 2013 auf seinem Erwerbseinkommen Beiträge von mindestens dem doppelten Mindestbeitrag (960 Franken) leisten. Ist dies der Fall, gelten die Beiträge von B für das *ganze Kalenderjahr* als bezahlt.

Leistet A hingegen Beiträge von weniger als dem doppelten Mindestbeitrag, ist B für das *ganze Jahr* als Nichterwerbstätige beitragspflichtig (zur Bemessung der Beiträge im Kalenderjahr der Heirat siehe Rz 2079).

Scheidung: C und D werden im Mai 2013 geschieden. C übt eine Erwerbstätigkeit aus. D ist nichterwerbstätig. Damit die Beiträge von D als bezahlt gelten, muss C im Jahr 2013 auf seinem Erwerbseinkommen Beiträge von mindestens dem

¹¹⁰ 7. Dezember 2000 [AHI 2001 S. 179](#) BGE 126 V 417

¹¹¹ 7. Dezember 2000 [AHI 2001 S. 179](#) BGE 126 V 417

doppelten Mindestbeitrag (960 Franken) leisten. Ist dies der Fall, gelten die Beiträge von D für das *ganze Kalenderjahr* als bezahlt.

Leistet C hingegen Beiträge von weniger als dem doppelten Mindestbeitrag, ist D für das *ganze Jahr* als Nichterwerbstätige beitragspflichtig (zur Bemessung der Beiträge im Kalenderjahr der Scheidung siehe Rz 2079).

Verwitwung: Im Mai 2013 verwitwet die nichterwerbstätige E. Die mit ihr in eingetragener Partnerschaft lebende F leistete in den Monaten Januar bis Mai Lohnbeiträge von mehr als 960 Franken. Die Beiträge von E gelten somit für das *ganze Jahr* 2013 als bezahlt.

Leistete F hingegen Beiträge von weniger als dem doppelten Mindestbeitrag, ist E für das *ganze Jahr* als Nichterwerbstätige beitragspflichtig (zur Bemessung der Beiträge im Kalenderjahr der Verwitwung siehe Rz 2079 sowie 2101 und 2122).

- 2074 Die Regeln von Rz 2071 gelten auch, wenn die Ehefrau oder
1/12 eingetragene Partnerin bzw. der Ehemann oder eingetragene Partner nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters gemäss [Art. 21 AHVG](#) oder nach Vorbezug oder Aufschiebung der Altersrente weiterarbeitet ([Art. 3 Abs. 4 Bst. b AHVG](#)).
- 2075 Personen, deren Beiträge als bezahlt gelten, können keine freiwilligen Beiträge entrichten. Eine freiwillige Beitragsentrichtung von nicht beitragspflichtigen Nichterwerbstätigen ist nicht möglich¹¹².

¹¹² 28. Februar 1949 ZAK 1949 S. 169 –
8. März 1949 ZAK 1949 S. 209 –
24. April 1950 ZAK 1950 S. 274 EVGE 1950 S. 28

4. Berechnungsgrundlagen und Berechnung der Nicht-erwerbstätigenbeiträge

4.1 Grundsätze der Beitragsbemessung

4.1.1 Mindestbeitrag

2076 Den Mindestbeitrag entrichten:

- 1/12 – Nichterwerbstätige Studierende bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem sie das 25. Altersjahr vollenden ([Art. 10 Abs. 2 Bst. a AHVG](#))¹¹³. Nach diesem Datum haben nicht-erwerbstätige Studierende Beiträge aufgrund ihrer sozialen Verhältnisse zu bezahlen;
- Nichterwerbstätige Personen, die ein Mindesteinkommen oder andere Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe erhalten ([Art. 10 Abs. 2 AHVG](#));
- Nichterwerbstätige Personen, die von Drittpersonen finanziell unterstützt werden ([Art. 10 Abs. 2 Bst. c AHVG](#)). Nicht zu dieser Gruppe gehören Versicherte, die aus freiem Willen oder ohne wirtschaftliche Zwänge Leistungen von Dritten erhalten¹¹⁴;
- Nichterwerbstätige Personen, die Ergänzungsleistungen nach dem ELG beziehen ([Art. 28 Abs. 6 AHVV](#)). Bei der Bedarfsrechnung nach ELG kann es in Grenzfällen zu folgender Situation kommen: die anerkannten Ausgaben (Sozialversicherungsbeiträge sind nach [Art. 10 Abs. 3 Bst. c ELG](#) zu berücksichtigen) übersteigen die anrechenbaren Einnahmen, solange der nach [Art. 28 Abs. 1–4 AHVV](#) berechnete Nichterwerbstätigenbeitrag berücksichtigt wird. Überprüft man den Anspruch auf EL aber unter Einsetzung des Mindestbeitrags, ergäbe sich kein EL-Anspruch. Deshalb sieht [Art. 28 Abs. 6 AHVV](#) für solche Grenzfälle die Berücksichtigung des nach den üblichen Regeln berechneten, höheren Nichterwerbstätigenbeitrages vor. In Grenzfällen muss zur Beitragsfestsetzung daher ein Ver-

¹¹³	30. Mai	1989	ZAK 1989	S. 503	BGE	115	V	65
¹¹⁴	10. Januar	1973	ZAK 1973	S. 426	BGE	99	V	145
	18. April	1983	ZAK 1983	S. 532	–			

gleich gemacht werden (Beispiel eines solchen Grenzfalls und Berechnung vgl. Anhang 7).

4.1.2 Abgestufte Beiträge

2077 Die Beiträge der Nichterwerbstätigen, welche nicht gemäss Rz 2076 den Mindestbeitrag schulden, sind nach den sozialen Verhältnissen abgestuft. Als Ausdruck der sozialen Verhältnisse gelten das Vermögen und das Renteneinkommen ([Art. 10 Abs. 1 AHVG](#); [Art. 28 Abs. 1 AHVV](#))¹¹⁵.

4.1.3 Verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende Versicherte

2078 Bei verheirateten und in eingetragener Partnerschaft lebenden Versicherten gelten jeweils die Hälfte des gemeinsamen Vermögens und Renteneinkommens der Ehegatten bzw. der Partnerinnen oder der Partner als soziale Verhältnisse ([Art. 28 Abs. 4 erster Satz AHVV](#)). Ihre Beiträge bemessen sich deshalb – unabhängig des Güterstandes – nach Massgabe der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen und Partner¹¹⁶. Dies gilt auch im Falle einer gerichtlichen Ehe- bzw. Partnerschaftstrennung¹¹⁷. Dies gilt auch dann, wenn nur ein Ehegatte bzw. eine Partnerin oder ein Partner in der AHV versichert und beitragspflichtig ist¹¹⁸.

¹¹⁵	20. Juni	1964	ZAK 1965	S. 96	–			
	11. Oktober	1985	ZAK 1986	S. 334	–			
¹¹⁶	24. März	1972	ZAK 1972	S. 576	BGE	98	V	92
	6. Juni	1975	ZAK 1976	S. 145	BGE	101	V	177
	4. Mai	1977	ZAK 1977	S. 383	–			
	13. September	1977	ZAK 1978	S. 29	BGE	103	V	49
	29. Juli	1991	ZAK 1991	S. 415	–			
	3. März	1994	AHI 1994	S. 168	–			
	3. März	1999	AHI 1999	S. 116	–			
¹¹⁷	17. Juli	2009	9C_572/2008		BGE	135	V	361
¹¹⁸	28. Juli	1999	VSI 1999	p. 198	BGE	125	V	230

- 2079 Im ganzen *Kalenderjahr der Heirat* bzw. der Eintragung der Partnerschaft ist für die Beitragsbemessung die Hälfte des ehelichen Vermögens und Renteneinkommens massgebend ([Art. 28 Abs. 4 zweiter Satz AHVV](#)).
- Im ganzen *Kalenderjahr der Scheidung* bzw. der gerichtlichen Auflösung der eingetragenen Partnerschaft hingegen ist das individuelle Vermögen und Renteneinkommen massgebend ([Art. 28 Abs. 4 dritter Satz AHVV](#)).
- Im *Kalenderjahr der Verwitwung* bzw. des Todes einer eingetragenen Partnerin oder eines eingetragenen Partners ist für die Zeit bis zum Todestag die Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen massgebend; für die Zeit nach dem Todestag ist das individuelle Vermögen und Renteneinkommen massgebend ([Art. 28 Abs. 4 letzter Satz AHVV](#)).

4.2 Massgebendes Vermögen und Renteneinkommen

4.2.1 Was gehört zum massgebenden Vermögen?

- 2080 Zum massgebenden Vermögen gehört das gesamte reine in- und ausländische Vermögen der Nichterwerbstätigen.
- 2081 Zum massgebenden Vermögen der Nichterwerbstätigen gehört ferner:
- das Vermögen, an dem ihnen die Nutzniessung zusteht¹¹⁹;
 - das Kindesvermögen, an dem ihnen die Nutzung zusteht¹²⁰. Das Nutzungsrecht wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet;
 - vermögensrechtliche Ansprüche einer geschiedenen Person oder einer Person, deren eingetragene Partnerschaft gerichtlich aufgelöst wurde, bzw. entsprechende Ratenzahlungen, wenn sie nicht auf die vereinbarten Termine hin

119	3. Februar	1969	ZAK 1969	S. 370	–
	6. Juni	1975	ZAK 1976	S. 145	BGE 101 V 177
120	6. Juni	1975	ZAK 1976	S. 145	BGE 101 V 177

beglichen werden, aber fällig und eintreibbar sind¹²¹;
 – der Rückkaufswert von Lebensversicherungen¹²².

- 2082 Vom rohen Vermögen abzuziehen sind die Schulden. Dazu gehören auch auf dem Vermögen lastende wiederkehrende Leistungen, die auf Vertrag oder Rechtsgeschäft von Todes wegen beruhen (z.B. Leibrenten, Nutzniessung) und ziffernmässig bestimmt sind. Nicht abgezogen werden können Unterhalts- und Unterstützungsleistungen familienrechtlicher Natur.
- 2083 Die wiederkehrenden Leistungen an Dritte sind mit 20 zu multiplizieren und mit diesem Betrag vom massgebenden Vermögen abzuziehen¹²³.
- 2084 Wiederkehrende Leistungen der versicherten Person aus ihrem Vermögen an ihre geschiedene Frau oder ihren geschiedenen Mann bzw. an eine Person, mit der die eingetragene Partnerschaft gerichtlich aufgelöst wurde, können vom Vermögen nicht abgezogen werden¹²⁴.
- 2085 Für verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende Versicherte siehe Rz 2078 f.
- 2086 Für die zeitliche Bemessung vgl. Rz 2095 ff., für die Ermittlung des massgebenden Vermögens siehe Rz 2102 ff.

4.2.2 Was gehört zum massgebenden Renteneinkommen?

- 2087 Als massgebendes Renteneinkommen gelten wiederkehrende Leistungen (in der Schweiz und im Ausland), die weder

¹²¹	12. Dezember	1978	ZAK 1979	S. 346	BGE	104	V	181
¹²²	5. März	2001	AHI 2001	S. 187	–			
¹²³	26. April	1954	ZAK 1954	S. 261	–			
	11. Oktober	1985	ZAK 1986	S. 334	–			
¹²⁴	10. März	1960	ZAK 1960	S. 313	EVGE	1960	S.	38
	7. Mai	2001	AHI 2001	S. 189	–			

durch eine Erwerbstätigkeit erzielt werden noch den Ertrag massgebenden Vermögens darstellen.

2088 Zum Renteneinkommen gehören alle Leistungen, welche die sozialen Verhältnisse von Nichterwerbstätigen beeinflussen, auch wenn sie in unterschiedlicher Höhe und unregelmässig erbracht werden. Ohne Bedeutung ist, ob die Leistungen aufgrund einer Rechtspflicht oder freiwillig gewährt werden¹²⁵.

2089 Zum massgebenden Renteneinkommen gehören insbesondere:

- Alters-, Witwer- und Witwenrenten der AHV;
- der „AHV-Vorschuss“ einer beruflichen Vorsorgeeinrichtung¹²⁶;
- Renten und Pensionen aller Art an die Beitragspflichtigen, inklusive diejenigen einer ausländischen Sozialversicherung¹²⁷;
- periodische Leistungen, die Arbeitgebende an ehemalige Arbeitnehmende ausrichten und die nicht nach [Art. 7 Bst. g AHVV](#) beitragspflichtig waren;
- periodische Leistungen von Arbeitgebenden an die Hinterlassenen ehemaliger Arbeitnehmender¹²⁸;
- Zuwendungen für die Aus- und Weiterbildung im Sinne von [Art. 6 Abs. 2 Bst. g AHVV](#) (siehe die WML);
- Taggelder von Krankenkassen und anderen Versicherungseinrichtungen¹²⁹;

125	5. Juli	1974	ZAK 1975	S. 26	–	
	12. Dezember	1978	ZAK 1979	S. 346	BGE	104 V 181
	28. März	1979	ZAK 1979	S. 558	–	
	29. Juli	1991	ZAK 1991	S. 415	–	
	3. März	1994	AHI 1994	S. 168	–	
	3. März	1994	AHI 1994	S. 199	–	
126	12. August	1987	ZAK 1988	S. 169	–	
127	13. Oktober	1949	ZAK 1949	S. 504	EVGE	1949 S. 175
	17. Oktober	1984	ZAK 1985	S. 117	–	
	12. August	1987	ZAK 1988	S. 169	–	
	29. Juli	1991	ZAK 1991	S. 415	–	
	3. März	2004	AHI 2004	S. 168	–	
128	27. April	1951	ZAK 1951	S. 270	EVGE	1951 S. 126
	9. Oktober	1952	–		EVGE	1952 S. 183
129	18. September	1950	ZAK 1950	S. 493	–	
	29. Oktober	1979	ZAK 1980	S. 224	–	

- die Arbeitslosenunterstützung nach kantonalem Recht;
- Leibrenten, deren Vermögenswert nicht bezifferbar ist, wobei die für die Finanzierung von Leibrenten aufzubringenden Darlehenszinsen nicht vom Renteneinkommen abgezogen werden können ([Art. 516 ff. OR](#))¹³⁰;
- Leistungen aus Verpfändungsvertrag ([Art. 521 ff. OR](#)) und ähnlichen Vereinbarungen, die auf einer Übertragung von Vermögenswerten beruhen;
- der Mietwert der Wohnung der Wohnungsberechtigten ([Art. 776 ff. ZGB](#));
- der Mietwert der unentgeltlich zur Verfügung gestellten Wohnung¹³¹;
- die Lebenshaltungskosten nach Aufwand gemäss Schätzung der Steuerbehörden im Sinne von [Art. 14 DBG](#);
- der Bürgerinnen- bzw. Bürgernutzen in Geld oder in natura;
- wiederkehrende Leistungen aus dem Verkauf von Patenten, aus der Verleihung von Lizenzen oder der Übertragung von Urheberrechten, soweit sie nicht zum Erwerbseinkommen gehören (siehe die WML)¹³²;
- regelmässig erbrachte Zuwendungen von Dritten, z.B. einer Freundin oder eines Freundes¹³³;
- Kinderrenten der AHV, welche mit der Altersrente an die Beitragspflichtigen ausbezahlt werden;
- Kinderrenten, auf welche die Kinder keinen eigenen Rechtsanspruch haben (z.B. Kinderrenten zur BVG-Altersrente nach [Art. 17 BVG](#) oder zur BVG-Invalidenrente nach [Art. 25 BVG](#))¹³⁴;
- Kinder- und Ausbildungszulagen, auf die die nichterwerbstätige Person Anspruch hat;
- Leistungen, die eine versicherte Person aufgrund einer Scheidung oder der gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft erhält; die für die Kinder entrichteten

¹³⁰	2. Februar	2006	H 160/05	–
¹³¹	20. Juni	1964	ZAK 1965 S. 96	–
¹³²	18. April	1951	ZAK 1951 S. 262	–
¹³³	5. Juli	1974	ZAK 1975 S. 26	–
¹³⁴	24. Juli	1990	ZAK 1990 S. 429	–

Unterhaltsleistungen gehören nicht dazu¹³⁵;

- das Erwerbseinkommen der Ehefrau oder des Ehemannes bzw. der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners, mit dem diese oder dieser nicht der Beitragspflicht in der schweizerischen Versicherung unterliegt¹³⁶.

2090 Nicht zum massgebenden Renteneinkommen gehören:

- 1/12 – familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge, soweit sie nicht unter Rz 2089 fallen ([siehe Art. 328 ff. ZGB](#));
- Leistungen nach dem ELG;
 - regelmässige Unterstützungsleistungen der Sozialhilfe;
 - Sämtliche Rentenleistungen der eidgenössischen IV ([Art. 28 Abs. 1 AHVV](#));
 - Kinderrenten und -pensionen, sofern die Kinder einen eigenen Rechtsanspruch darauf haben (z.B. Waisenrenten nach dem AHVG, BVG und UVG)¹³⁷;
 - der Vermögensertrag, wenn die Höhe des Vermögens bekannt ist oder von der Ausgleichskasse festgestellt werden kann¹³⁸;
 - periodische Leistungen des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin, die infolge Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgerichtet werden und auf deren kapitalisiertem Wert zum Zeitpunkt der erstmaligen Auszahlung die Beiträge gemäss [Art. 7 Bst. g AHVV](#) erhoben wurden¹³⁹
 - Hilflosenentschädigungen der Sozialversicherungen.

2091 Zum massgebenden Renteneinkommen gehört auch die Rente, die eine versicherte Person dem ehemaligen Ehegatten oder der ehemaligen Ehegattin bzw. ihrer ehemaligen

135	15. Oktober	1957	ZAK 1958	S. 68	EVGE 1957	S. 256
	27. Juni	1959	ZAK 1959	S. 436	EVGE 1959	S. 124
136	3. März	1994	AHI 1994	S. 168	–	
	28. Juli	1999	AHI 1999	S. 198	BGE	125 V 230
137	24. Juli	1990	ZAK 1990	S. 429	–	
138	11. April	1953	ZAK 1953	S. 230	–	
	6. Juni	1975	ZAK 1976	S. 145	BGE	101 V 177
	28. März	1979	ZAK 1979	S. 558	–	
	3. März	1994	AHI 1994	S. 199	–	
139	8. September	2005	H 242/04		–	

eingetragenen Partnerin oder ihrem ehemaligen eingetragenen Partner aus dem eigenen Renteneinkommen ausgerichtet. Mit anderen Worten kann die aus dem eigenen Renteneinkommen ausgerichtete Rente nicht vom massgebenden Renteneinkommen abgezogen werden¹⁴⁰.

- 2092 Der Begriff des Renteneinkommens im Sinne des AHV-Rechts ist nicht identisch mit demjenigen der direkten Bundessteuer¹⁴¹.
- 2093 Für Verheiratete bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen siehe Rz 2078 f.
- 2094 Für die zeitliche Bemessung des massgebenden Renteneinkommens vgl. Rz 2095 ff. für die Ermittlung siehe Rz 2102 f. und 2108 ff.

4.3 Zeitliche Bemessung der Beiträge

- 2095 Die Beiträge werden jeweils für ein Beitragsjahr festgelegt. Als Beitragsjahr gilt das Kalenderjahr.

4.3.1 Bei ganzjähriger Beitragspflicht

- 2096 Bei *ganzjähriger Beitragspflicht* sind für die Beitragsbemessung massgebend:
- das Vermögen (s. Rz 2080 ff.) am 31. Dezember des Beitragsjahres und
 - das im Beitragsjahr erzielte, mit 20 multiplizierte Renteneinkommen (s. Rz 2087 ff.).

140	10. März 7. Mai	1960 2001	ZAK 1960 S. 313 AHI 2001 S. 189	EVGE 1960 S. 38 –
141	7. Juni 12. Dezember 17. Oktober 29. Juli	1956 1978 1984 1991	ZAK 1956 S. 346 ZAK 1979 S. 346 ZAK 1985 S. 117 ZAK 1991 S. 415	EVGE 1956 S. 113 BGE 104 V 181 – –

4.3.2 Bei unterjähriger Beitragspflicht

- 2097 Unterjährige Beitragspflicht liegt vor, wenn die versicherte Person
- zwar während dem ganzen Beitragsjahr versichert, aber nur während einem Teil davon beitragspflichtig ist (Eintritt in das Rentenalter);
 - nur während einem Teil des Beitragsjahres versichert und damit beitragspflichtig ist (Zuzug aus dem Ausland; Wegzug ins Ausland; Todesfall).
- 2098 Bei *unterjähriger Beitragspflicht* wird das während der Monate der Beitragspflicht erzielte, mit 20 multiplizierte Renteneinkommen auf zwölf Monate umgerechnet¹⁴². Das Renteneinkommen, das während den Monaten erzielt wird, in denen der Versicherte der Beitragspflicht *nicht* untersteht, darf für die Beitragsberechnung nicht berücksichtigt werden.
2098. *Beispiel* :
- 1 Am 1. April erreicht X das ordentliche Rentenalter. Bis zu
1/12 diesem Zeitpunkt bezog er eine vorzeitige AHV-Rente sowie eine BVG-Rente. Das Renteneinkommen von Januar bis März hat Fr. 9'000 betragen. Per 31. Dezember weist X ein Vermögen von Fr. 600'000 aus.
- Das dreimonatige Renteneinkommen wird auf ein Jahr aufgerechnet: (pro Mt.: Fr. 9'000 : 3) x 12 = Fr. 36'000.
- Dieses wird mit 20 multipliziert (20-faches Renteneinkommen) und dazu das Vermögen addiert: Fr. 36'000 x 20 = Fr. 720'000 + Fr. 600'000 = Fr. 1'320'000.
- Gemäss Beitragsskala für NE (man rundet auf Fr. 1'300'000 ab) macht dies einen Jahresbeitrag von Fr. 2'575 aus. Da X nur während 3 Monaten der Beitragspflicht untersteht, hat er hiervon nur 3/12 (Quartal) zu bezahlen: **Fr. 643.80.**
- 2099 Massgebend ist auch bei unterjähriger Beitragspflicht grundsätzlich das von den Steuerbehörden für dieses Kalenderjahr ermittelte Vermögen. Der Beitragspflichtige kann aber verlangen, dass auf das Vermögen am Ende der Beitragspflicht

142

6. Juni

2007

H 200/06

BGE

133 V 394

(Datum des Wegzugs oder des Todesfalles) abgestellt wird, falls dieses vom Vermögen, das die Steuerbehörden ermittelt haben, erheblich abweicht.

2100 aufgehoben
1/09

4.3.3 Sonderfall: Im Jahr der Verwitwung

- 2101 Im Jahr der *Verwitwung* sind für die Beitragsberechnung bei der verwitweten Person zwei separate Grundlagen massgebend (vgl. Beispiel in Rz 2122):
1. bis zum Todestag die Hälfte des gemeinsamen Vermögens am Todestag sowie die Hälfte des mit 20 multiplizierten, auf zwölf Monate umgerechneten gemeinsamen Renteneinkommens ([Art. 28 Abs. 4, 1. Satz AHVV](#))
 2. ab dem Todestag das individuelle Vermögen am 31. Dezember und das mit 20 multiplizierte, auf zwölf Monate umgerechnete individuellen Renteneinkommen, welches die verwitwete Person vom Todestag bis am 31. Dezember erzielt ([Art. 28 Abs. 4, 3. Satz i.V.m. Abs. 1 AHVV](#)).

4.4 Ermittlung des massgebenden Vermögens und Renteneinkommens

4.4.1 Allgemeines

- 2102 Für die Ermittlung des massgebenden Vermögens und Renteneinkommens sind die für die Selbstständigerwerbenden geltenden Bestimmungen und Weisungen über das Verfahren zur Ermittlung des massgebenden Einkommens (insbesondere Rz 1208 bis 1229 und 1241 bis 1263) sinngemäss anwendbar ([Art. 29 Abs. 7 AHVV](#)). Bei der Bestellung ist anzugeben, dass eine Steuermeldung für Nichterwerbstätige verlangt wird („2“ = NE, nichterwerbstätig inklusive Basisdaten).

1/11 **4.4.2 Ermittlung des massgebenden Vermögens**

- 2103 Das Vermögen wird durch die kantonalen Steuerbehörden
1/11 aufgrund der entsprechenden rechtskräftigen kantonalen
Veranlagung ermittelt und der Ausgleichskasse gemeldet
([Art. 29 Abs. 3 AHVV](#)).
- 2104 Die kantonalen Steuerbehörden berücksichtigen bei Liegen-
1/11 schaften die interkantonalen Repartitionswerte. Die Meldun-
gen sind verbindlich.
- 2105 Können die Steuerbehörden das Vermögen nicht melden, so
1/11 ermittelt die Ausgleichskasse dieses selbst.
- 2106 Beträgt das Vermögen inklusive das kapitalisierte Renten-
1/11 einkommen einer versicherten Person offensichtlich weniger
als 300 000 Franken, so können die Ausgleichskassen darauf
verzichten, eine Steuermeldung zu bestellen, sofern sie die
massgebenden Daten auf anderem Weg erhältlich machen
können.
- 2107 Für den für die Ermittlung des Vermögens massgebenden
1/11 Stichtag siehe Rz 2096, 2098, 2099 und 2101.

4.4.3 Ermittlung des massgebenden Renteneinkommens

- 2108 Das Renteneinkommen ist von den Ausgleichskassen zu er-
1/13 mitteln. Die Renten der AHV sind auf Grund des zentralen
Rentenregisters der AHV/IV zu ermitteln. Hierfür steht den
Ausgleichskassen ein Web Service zur Verfügung. Für die
Ermittlung der übrigen Renten arbeiten die Ausgleichskassen
soweit wie möglich mit den Steuerbehörden des Wohnsitz-
kantons zusammen ([Art. 29 Abs. 4 AHVV](#)). Deren Meldungen
sind jedoch wegen begrifflicher Unterschiede für die Aus-
gleichskassen nicht verbindlich.
- 2109 Die nicht der direkten Bundessteuer unterliegenden Renten-
1/11 zahlungen der Militärversicherung werden von dieser perio-
disch der ZAS mitgeteilt, welche eine Aufteilung nach Wohn-

sitzkantonen der Leistungsbezüger vornimmt und die Daten den jeweiligen kantonalen Ausgleichskassen im EDV-Verfahren meldet. Hierfür sind die Technischen Weisungen für den Datenaustausch mit der ZAS im EDV-Verfahren (Dok. 318.106.04) und die Technischen Weisungen für den Datenaustausch in XML mit der ZAS (Dok. 318.106.03) massgebend.

- 2110 Die in ausländischer Währung ausgerichteten Renteneinkommen sind anhand der in den Kurslisten der ESTV publizierten „Devisen-Jahresmittelkurse in der Schweiz“ in Schweizer Franken umzurechnen. Die Kurslisten finden sich im Internet unter: www.estv.admin.ch (Dienstleistungen / Kurse / Direkte Bundessteuer).
- 1/11
- 2111 Gehören die Nichterwerbstätigen einer Verbandsausgleichskasse an, so informiert die kantonale Ausgleichskasse die zuständige Verbandsausgleichskasse über den Eingang der Steuermeldung.
- 1/11
- 2112 Im Falle der unterjährigen Beitragsdauer ist das im entsprechenden Zeitabschnitt tatsächlich erzielte Renteneinkommen zu ermitteln.

4.5 Berechnung der Beiträge

- 2113 Für Nichterwerbstätige, die mehr als den Mindestbeitrag zu entrichten haben, werden die Beiträge nach der in [Art. 28 AHVV](#) enthaltenen Tabelle berechnet. Dabei wird das Renteneinkommen mit 20 multipliziert und dem Vermögen zugezählt¹⁴³. Für die Bemessungsgrundlage (massgebendes Vermögen und Renteneinkommen) siehe Rz 2080 ff. sowie Rz 2095 ff. (zeitliche Bemessung).
- 2114 Bei *ganzjähriger* Beitragspflicht kann die Höhe des geschuldeten Beitrags der Beitragstabelle direkt (Form. 318.114 dfi) entnommen werden.

¹⁴³ 20. Juni 1964 ZAK 1965 S. 96 –

- 2115 Bei *unterjähriger* Beitragspflicht wird der Beitrag gemäss Beitragstabelle nach Anzahl der beitragspflichtigen Monate proratisiert¹⁴⁴.
- 2116 Die Beiträge einer *verwitweten* Person setzen sich im Jahre der Verwitwung zusammen aus:
- den proratisierten Beiträgen, die gestützt auf die Bemessungsgrundlagen bis zum Todestag geschuldet sind, und
 - den proratisierten Beiträgen, die gemäss den für die Dauer nach dem Todestag ermittelten Bemessungsgrundlagen geschuldet sind (Rz 2101; vgl. auch das Beispiel in Rz 2122).

¹⁴⁴

6. Juni

2007

H 200/06

BGE

133 V 394

4.6 Beispiele zur zeitlichen Bemessung und zur Berechnung der Beiträge

4.6.1 Beispiele mit ganzjähriger Beitragspflicht

2117 *Beispiel 1: unverheiratete Person*

1/13 A ist nicht verheiratet und während dem ganzen Jahr 2013 als Nichterwerbstätiger beitragspflichtig. Er verfügt über ein monatliches Renteneinkommen von 3 000 (Variante: 1 000) Franken. Sein Vermögen am 31. Dezember beträgt 500 000 (Variante: 50 000) Franken.

<i>Bemessungsgrundlage / massgebendes Vermögen und Renteneinkommen</i>	<i>Höhe des Beitrags</i>
<p><i>Beispiel 1</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Vermögen am 31.12.2013: 500 000 Franken und – 20-faches Renteneinkommen der Monate Januar bis Dezember 2013: 20 x 36 000 Franken = 720 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 1 220 000 Franken</i></p>	<p>Jahresbeitrag gemäss Tabelle: 2 369 Franken</p>
<p><i>Variante mit Mindestbetrag</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Vermögen am 31.12.2013: 50 000 Franken und – 20-faches Renteneinkommen der Monate Januar bis Dezember 2013: 20 x 12 x 1 000 Franken = 240 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 290 000 Franken</i></p>	<p>Jahresbeitrag gemäss Tabelle: 480 Franken (Mindestbeitrag)</p>

2118 *Beispiel 2: verheiratete / in eingetragener Partnerschaft*
 1/13 *lebende Person*

B und C sind verheiratet und während dem ganzen Jahr 2013 als Nichterwerbstätige beitragspflichtig. Das Ehepaar erzielt zusammen während dem ganzen Jahr ein Renteneinkommen von 40 000 Franken. Das eheliche Vermögen am 31. Dezember beläuft sich auf 1 Mio. Franken.

<i>Bemessungsgrundlage / massgebendes Vermögen und Renteneinkommen</i>	<i>Höhe des Beitrags</i>
<i>Beiträge B:</i> – ½ des ehelichen Vermögens am 31.12.2013: 500 000 und – ½ des 20-fachen ehelichen Renteneinkommens im Jahr 2013: 400 000 Franken <i>Bemessungsgrundlage: 900 000 Franken</i>	Jahresbeitrag gemäss Tabelle: 1 751 Franken
<i>Beiträge C:</i> identisch mit der Bemessungsgrundlage von B.	C zahlt den gleichen Beitrag wie B.

4.6.2 Beispiele mit unterjähriger Beitragspflicht (Wegzug, Zuzug, Erreichen Rentenalter, Todesfall)

2119 *Beispiel 3: Zuzug einer unverheirateten Person*

1/13 D ist nicht verheiratet. Er zieht auf den 1. August 2013 in die Schweiz. Er ist von August bis Dezember versichert und beitragspflichtig. In den fünf Monaten, in denen er der Beitragspflicht untersteht, bezieht er ein Renteneinkommen von insgesamt 15 000 (Variante 1: 5 000; Variante 2: 90 000) Franken. Sein Vermögen am 31. Dezember beträgt 500 000 (Variante 1: 50 000; Variante 2: 5 Mio.) Franken.

<i>Bemessungsgrundlage / massgebendes Vermögen und Renteneinkommen</i>	<i>Höhe des Beitrags</i>
<ul style="list-style-type: none"> – Vermögen am 31.12.2013: 500 000 Franken und – 20-faches Renteneinkommen der Monate August bis Dezember 2013 (20 x 15 000 Franken = 300 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 720 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 1 220 000 Franken</i></p>	<p>5/12 des Jahresbeitrages gemäss Tabelle (2 369 Franken): <i>987 Franken</i></p>
<p><i>Variante 1 mit Proratisierung des Mindestbeitrages</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Vermögen am 31.12.2013: 50 000 Franken und – 20-faches Renteneinkommen der Monate August bis Dezember 2013 (20 x 5 000 Franken = 100 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 240 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 290 000 Franken</i></p>	<p>5/12 des Jahresbeitrages gemäss Tabelle (480 Franken): <i>200 Franken</i></p>
<p><i>Variante 2 mit Proratisierung des Maximalbeitrages</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – Vermögen am 31.12.2013: 5 Mio. Franken und – 20-faches Renteneinkommen der Monate August bis Dezember 2013 (20 x 90 000 = 1 800 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 4 320 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 9 320 000 Franken</i></p>	<p>5/12 des Jahresbeitrages gemäss Tabelle (24 000 Franken): <i>10 000 Franken</i></p>

2120 *Beispiel 4: Eintritt in das Rentenalter einer Person, die in*
 1/13 *eingetragener Partnerschaft lebt*

E lebt mit seinem Lebenspartner F in eingetragener Partnerschaft. E ist nicht erwerbstätig und erreicht im Mai 2013 das Rentenalter. F ist während dem ganzen Kalenderjahr als Nichterwerbstätiger beitragspflichtig. In den Monaten Januar bis Mai erzielen die beiden gemeinsam ein Renteneinkommen von 15 000 Franken, in den Monaten Juni bis Dezember ein solches von 21 000 Franken. Das Vermögen am 31. Dezember beträgt 800 000 Franken.

<i>Bemessungsgrundlage / massgebendes Vermögen und Renteneinkommen</i>	<i>Höhe des Beitrags</i>
<p><i>Beiträge E:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – ½ des Vermögens der eingetragenen Partnerschaft am 31.12.2013: 400 000 und – ½ des 20-fachen Renteneinkommens der eingetragenen Partnerschaft aus den Monaten Januar bis Mai 2013 (½ 20 x 15 000 Franken = 150 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 360 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 760 000 Franken</i></p>	<p>5/12 des Jahresbeitrages gemäss Tabelle (1 442 Franken): <i>601 Franken</i></p>
<p><i>Beiträge F:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – ½ des Vermögens der eingetragenen Partnerschaft am 31.12.2013: 400 000 und – ½ des 20-fachen Renteneinkommens der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2009 (=insgesamt 36 000): 360 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 760 000 Franken</i></p>	<p>Jahresbeitrag gemäss Tabelle 1 442 Franken</p>

2121 *Beispiel 5: Wegzug einer verheirateten Person*

1/13 G ist verheiratet mit H. Die beiden wohnen in der Schweiz. H arbeitet in einem Vertragsstaat und ist dort der Sozialversicherung unterstellt. G ist nichterwerbstätig. Im September zieht das Paar ins Ausland. Das eheliche Vermögen am Tag des Wegzuges beläuft sich auf 2 Mio. Franken. Das Erwerbseinkommen, das H von Januar bis September 2013 erzielt beträgt 9 000 Franken monatlich. Die Hälfte dieses Erwerbseinkommen wird bei der Berechnung der Beiträge von G als massgebendes Renteneinkommen berücksichtigt.

<i>Bemessungsgrundlage / massgebendes Vermögen und Renteneinkommen</i>	<i>Höhe des Beitrags</i>
<p><i>Beiträge G:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – ½ des ehelichen Vermögens am Wegzugsdatum: 1 Mio. Franken und – ½ des 20-fachen ehelichen Renteneinkommens aus den Monaten Januar bis September 2013 (½ x 20 x 81 000 Franken = 810 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 1.08 Mio. Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 2.08 Mio. Franken</i></p>	<p>9/12 des Jahresbeitrages gemäss Tabelle (4 429 Franken): 3 321.90 Franken</p>

4.6.3 Beispiel für die Berechnung der Beiträge im Jahr der Verwitwung

2122 *Beispiel 6: Verwitwung im Beitragsjahr*

1/13 I verstirbt im Juni 2013. Er hinterlässt seine Ehefrau K. Bis zum Todestag erzielten die beiden gemeinsam ein Renteneinkommen von 2 000 Franken monatlich. Das eheliche Vermögen betrug am Todestag 400 000 Franken. Nach dem Tod von I bis Ende Jahr erhält K ein Renteneinkommen von 1 500 Franken monatlich. Am 31.12. beläuft sich ihr Vermögen auf 300 000 Franken.

<i>Bemessungsgrundlage / massgebendes Vermögen und Renteneinkommen</i>	<i>Höhe des Beitrag</i>
<p><i>Verstorbener Ehemann I:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – ½ des ehelichen Vermögens am Todestag: 200 000 und – ½ des 20-fachen Renteneinkommen der Monate Januar bis Juni 2013 ($\frac{1}{2} \times 20 \times 12\,000$ Franken = 120 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 240 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 440 000 Franken</i></p>	<p>6/12 des Beitrages gemäss Tabelle (721 Franken): 360.60 Franken</p>
<p><i>Verwitwete K:</i></p> <p>1. Beitrag von Januar bis Juni 2013</p> <ul style="list-style-type: none"> – ½ des ehelichen Vermögens am Todestag: 200 000 und – ½ des 20-fachen Renteneinkommen der Monate Januar bis Juni 2013 ($\frac{1}{2} \times 20 \times 12\,000$ Franken = 120 000 Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 240 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 440 000 Franken</i></p> <p>2. Beitrag von Juli bis Dezember 2013</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vermögen am 31.12.2013: 300 000 Franken und – 20-faches Renteneinkommen der Monate Juli bis Dezember 2013 ($20 \times 9\,000 = 180\,000$ Franken), auf zwölf Monate umgerechnet: 360 000 Franken <p><i>Bemessungsgrundlage: 660 000 Franken</i></p> <p>Beitrag K für 2013 insgesamt</p>	<p>6/12 des Beitrages gemäss Tabelle (721 Franken): 360.60 Franken</p> <p>6/12 des Beitrages gemäss Tabelle (1 236 Franken): 618 Franken</p> <p>360.60 + 618 = 978.60 Franken</p>

5. Festsetzung der Beiträge (Beitragsverfügung)

- 2123 Die gemäss Rz 2113 ff. berechneten Beiträge sind mittels Verfügung festzusetzen.
- 2124 Die Beitragsverfügung muss enthalten:
- 1/11
- das Beitragsjahr, für das sie gilt;
 - die Höhe des massgebenden Vermögens und Renteneinkommens sowie den Stichtag oder die Stichtage für die Vermögensermittlung;
 - die Höhe des jährlichen Beitrages und des Verwaltungskostenbeitrages;
 - den Hinweis, dass die Versicherten den Beitrag als Nichterwerbstätige zu entrichten haben, wenn sie im Laufe des Kalenderjahres kein Erwerbseinkommen erzielt haben, oder zwar ein solches erzielt haben, aber gemäss Rz 2033 ff. (nicht dauernd voll Erwerbstätige) trotzdem als Nichterwerbstätige gelten;
 - den Hinweis, dass von Erwerbseinkommen entrichtete Beiträge an den Beitrag angerechnet werden können, den die Versicherten als Nichterwerbstätige schulden (siehe Rz 2045);
 - den Hinweis, dass die Versicherten die Herabsetzung oder den Erlass der Beiträge verlangen können;
 - die Rechtsmittelbelehrung (siehe Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL).

6. Bezug der Beiträge

6.1 Im Allgemeinen

- 2125 Die Beiträge sind grundsätzlich vierteljährlich zu bezahlen ([Art. 34 Abs. 1 Bst. b AHVV](#)).
- 2126 Die Beiträge können jährlich bezahlt werden,
- wenn der Beitrag erlassen wurde und daher vom Wohnsitzkanton zu entrichten ist;
 - wenn erst am Ende des Kalenderjahres festgestellt werden kann, ob die Versicherten als Nichterwerbstätige Beiträge

- zu entrichten haben;
- wenn es sich um den Mindestbeitrag handelt.

2127 Im Allgemeinen gelten die Bestimmungen der WBB.

2128 Besondere Bestimmungen gelten für den Bezug der Beiträge von

- Studierenden (siehe Rz 2147 ff.);
- Inhaftierten und Internierten (siehe Rz 2170 f.);
- Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung (siehe Rz 2172 f.).

6.2 Akontobeiträge

6.2.1 Grundsatz

2129 Im laufenden Beitragsjahr haben die Beitragspflichtigen periodisch (in der Regel quartalsweise; vgl. die WBB) Akontobeiträge zu leisten ([Art. 24](#) und [Art. 25](#) i.V.m. [Art. 29 Abs. 7 AHVV](#)). Akontobeiträge sind von der Ausgleichskasse provisorisch festgesetzte Beiträge.

2130 Nach der definitiven Festsetzung der Beiträge nimmt die Ausgleichskasse den Ausgleich vor (siehe Rz 2137 f.).

6.2.2 Festsetzung der Akontobeiträge

2131 Die Ausgleichskassen bestimmen die Akontobeiträge aufgrund des voraussichtlichen massgebenden Vermögens und des Renteneinkommens des Beitragsjahres. Dabei stützen sie sich grundsätzlich auf das Vermögen und das Renteneinkommen, das der letzten Beitragsverfügung zu Grunde lag ([Art. 24 Abs. 2](#) i. V. m. [Art. 29 Abs. 7 AHVV](#)).

2132 Im Übrigen gelten die Bestimmungen betreffend die Festsetzung der Akontobeiträge bei den Selbstständigerwerbenden sinngemäss (Rz 1146 ff.).

6.2.3 Wesentliche Abweichung vom voraussichtlichen Renteneinkommen und Vermögen

- 2133 1/10 Zeigt sich während oder nach dem Beitragsjahr, dass das voraussichtlich massgebende Vermögen inkl. kapitalisiertem Renteneinkommen wesentlich vom tatsächlichen abweicht, so passen die Ausgleichskassen die Akontobeiträge an ([Art. 24 Abs. 3](#) i.V.m. [Art. 29 Abs. 7 AHVV](#)).
- 2134 Die Beitragspflichtigen haben den Ausgleichskassen wesentliche Abweichungen während und nach der Beitragsperiode zu melden.
- 2135 Als wesentlich gilt eine Abweichung von mindestens 25 Prozent.
- 2136 Im Übrigen gelten die Bestimmungen betreffend die wesentliche Abweichung vom voraussichtlichen Renteneinkommen und Vermögen bei den Selbstständigerwerbenden sinngemäss (Rz 1153 ff.).

6.3 Auszugleichende Beiträge

- 2137 1/11 Gestützt auf die Beitragsverfügung (Rz 2123 f.) nimmt die Ausgleichskasse den Ausgleich mit den geleisteten Akontobeiträgen vor ([Art. 25](#) i.V.m. [Art. 29 Abs. 7 AHVV](#)).
- 2138 Die Bestimmungen betreffend die auszugleichenden Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden gelten sinngemäss (Rz 1185 ff.).

6.4 Anrechnung und Rückerstattung der vom Erwerbseinkommen entrichteten Beiträge

- 2139 Haben die Versicherten, die für ein Kalenderjahr als nicht erwerbstätig gelten (siehe Rz 2033 ff.) für dieses Kalenderjahr Beiträge von Erwerbseinkommen entrichtet, so sind diese Beiträge zusammen mit jenen ihrer Arbeitgeberin bzw. ihres

Arbeitgebers auf Verlangen an die Nichterwerbstätigenbeiträge anzurechnen ([Art. 30 AHVV](#)).

- 2140 Die Versicherten haben der Ausgleichskasse, die für die Erhebung der Nichterwerbstätigenbeiträge zuständig ist (siehe Rz 2047 ff.), die vom Erwerbseinkommen entrichteten Beiträge nachzuweisen.
Das kann durch die Vorlage von Lohnabrechnungen, aus denen der Beitragsabzug hervorgeht, oder durch eine Bestätigung der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers oder der Ausgleichskasse geschehen, welche die betreffenden Beiträge erhoben hat.
- 2141 Die Anrechnung oder die Rückerstattung von Beiträgen setzt den Erlass der Verfügung über die Nichterwerbstätigenbeiträge voraus.
- 2142 Sind beim Erlass der Verfügung die anzurechnenden Beiträge bekannt, so sind nur noch die geschuldeten Beiträge in Rechnung zu stellen.
- 2143 Sind Beiträge anzurechnen, nachdem die Verfügung über die Nichterwerbstätigenbeiträge erlassen wurde, so ist über die Anrechnung der Beiträge eine Verfügung zu erlassen.
Dasselbe gilt, wenn Beiträge zurückzuerstatten sind, weil die verfügbaren Nichterwerbstätigenbeiträge bereits entrichtet wurden.
- 2144 Ergibt sich, dass die Beiträge von Erwerbseinkommen so hoch sind, dass die Versicherten nicht als nichterwerbstätig gelten, so ist die über die Nichterwerbstätigenbeiträge erlassene Verfügung auf dem Wege der Wiedererwägung aufzuheben (siehe das Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL). Zuviel entrichtete Beiträge sind zurückzuerstatten.
- 2145 Der Anspruch auf Anrechnung oder Rückerstattung erlischt innert fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Verfügung der Nichterwerbstätigenbeiträge rechtskräftig wurde.

- 2146 Für die volle oder teilweise Rückerstattung von Beiträgen, die Studierende als Nichterwerbstätige entrichtet haben, siehe Rz 2162 ff.

6.5 Besondere Bestimmungen für den Bezug der Beiträge von Lehranstalten und Studierenden

6.5.1 Begriff der Lehranstalt

- 2147 Als Lehranstalt gilt jede öffentliche oder private Institution, die voll- oder teilzeitliche Kurse respektive Ausbildungen anbietet, welche auf ein berufliches Ziel ausgerichtet sind (zur Definition von Studierenden vgl. Rz 2012 ff.).

6.5.2 Meldepflicht der Lehranstalten

- 2148 Die Lehranstalten melden der an ihrem Sitz zuständigen kantonalen Ausgleichskasse alle Studierenden, welche im vorangehenden Kalenderjahr das 20. Altersjahr erreicht haben.
- 2149 Keine Meldepflicht besteht für Lehranstalten, wenn
- ihr Besuch eine Erwerbstätigkeit der Studierenden voraussetzt;
 - alle Studierenden die angebotenen Kurse, Aus- oder Weiterbildungen berufsbegleitend absolvieren.
- 2150 Dauert die Ausbildung weniger als ein Jahr, so hat die Meldung spätestens zwei Monate nach Ausbildungsbeginn zu erfolgen. Bei einer mehrjährigen Ausbildung erfolgt die Meldung einmal pro Jahr und zwar bis spätestens Ende des betreffenden Kalenderjahres.
- 2151 Die Ausgleichskasse fordert folgende Daten über die Studierenden bei den Lehranstalten an:
- den Namen;
 - das Geburtsdatum;
 - die Adresse;
 - den Zivilstand;

- die AHV-Versichertennummer;
- die Nationalität.

- 2152 Ausgleichskasse und Lehranstalt vereinbaren gemeinsam die Art der Übermittlung der angeforderten Daten.
- 2153 Verfügen die Lehranstalten über Dokumente, welche die Erwerbstätigkeit der Studierenden belegen, so werden dieselben auch an die Ausgleichskasse weitergeleitet.
- 2154 Die Lehranstalten haben die Studierenden über alle an die Ausgleichskassen übermittelten Angaben in Kenntnis zu setzen.

6.5.3 Bezug der Beiträge im Allgemeinen

- 2155 Der Bezug der Beiträge richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen für Nichterwerbstätige (für die Ausnahme siehe Rz 2156).
- 2156 Der Mindestbeitrag wird den nichterwerbstätigen Studierenden grundsätzlich ohne Erlass einer Verfügung in Rechnung gestellt. Wird die Rechnung bestritten oder nicht innert Frist bezahlt, so ist nachträglich eine Verfügung zu erlassen.

6.5.4 Bezug der Beiträge durch die Lehranstalten

- 2157 Der Bezug der Beiträge kann einer Lehranstalt übertragen werden, wenn sie mit der Ausgleichskasse eine schriftliche Vereinbarung trifft, in der sie sich verpflichtet:
- namens der Ausgleichskasse und nach den gesetzlichen Bestimmungen zu handeln;
 - die zwischen der Ausgleichskasse und Lehranstalt vereinbarte Arbeitsteilung einzuhalten;
 - der Ausgleichskasse bei Unstimmigkeiten Einsicht in die massgebenden Akten zu gewähren.
- 2158 Kann die Lehranstalt den Beitragsbezug nicht gewährleisten, löst die Ausgleichskasse die Vereinbarung auf.

6.5.5 Befreiung von der Beitragspflicht als Nichterwerbstätige

- 2159 Haben Studierende im Kalenderjahr vom Erwerbseinkommen (einschliesslich beitragspflichtigem Ersatzeinkommen) allein oder zusammen mit den Beiträgen ihrer Arbeitgeberin bzw. ihres Arbeitgebers wenigstens den Mindestbeitrag entrichtet, so sind sie von der Beitragspflicht befreit.
- 2160 Die Studierenden, die die Befreiung geltend machen, haben den Nachweis dafür zu erbringen (siehe Rz 2140).
- 2161 Weitere Befreiungsgründe liegen vor, wenn
- die erwerbstätige Ehepartnerin eines nichterwerbstätigen Studenten bzw. der erwerbstätige Ehepartner einer nichterwerbstätigen Studentin im betreffenden Kalenderjahr den doppelten Mindestbeitrag bezahlt hat; dasselbe gilt für in eingetragener Partnerschaft lebende Personen.
 - die Studentin bzw. der Student während der Ausbildung keinen Wohnsitz in der Schweiz begründet.

6.5.6 Volle oder teilweise Rückerstattung der entrichteten Beiträge

- 2162 Haben Studierende den Beitrag als Nichterwerbstätige entrichtet und haben sie im gleichen Kalenderjahr, gegebenenfalls zusammen mit den Beiträgen der Arbeitgebenden AHV/IV/EO-Beiträge vom Erwerbseinkommen von weniger als dem jährlichen Mindestbeitrag bezahlt, so können sie von dem Beitrag, den sie als Nichterwerbstätige entrichtet haben, den Teil zurückfordern, der den vom Erwerbseinkommen entrichteten Beiträgen entspricht.
- 2163 Haben die Studierenden trotz Vorliegens eines Befreiungsgrundes die Beiträge als Nichterwerbstätige bezahlt, so können sie diese zurückfordern.

- 2164 In beiden Fällen haben die Studierenden nachzuweisen, dass und welche Beiträge vom Erwerbseinkommen in dem betreffenden Kalenderjahr entrichtet worden sind.
- 2165 Die Gesuche um Rückerstattung der Nichterwerbstätigenbeiträge sind zu richten an:
- die für die Lehranstalt zuständige Ausgleichskasse oder
 - die Ausgleichskasse, welcher die Versicherten im Zeitpunkt des Gesuches angeschlossen sind.

6.5.7 Verbuchung, Eintrag ins IK

- 2166 Für die Verbuchung der bezahlten Beiträge als Nichterwerbstätige siehe die Weisungen über Buchführung und Geldverkehr.
- 2167 Für den Eintrag ins IK und die Anrechnung der als Erwerbstätige entrichteten Beiträge siehe VA/IK.

6.5.8 Verlust des ehemaligen Markenhefts

- 2168 Verlieren Versicherte ihr unter altem Recht bezogenes Markenheft, so werden ihnen die darin eingeklebten Beitragsmarken nicht ersetzt. Das Einkommen, das den durch Beitragsmarken entrichteten Beiträgen entspricht, wird jedoch in das IK eingetragen, soweit nachgewiesen werden kann, dass Beitragsmarken bezogen wurden. Der Nachweis über bezogene Beitragsmarken gilt als erbracht, wenn die drei nachfolgenden Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt sind:
- Die Versicherten waren während der fraglichen Zeit an der betreffenden Lehranstalt immatrikuliert (Bestätigung der Lehranstalt);
 - die Immatrikulation war ohne Nachweis genügender Beitragszahlungen nicht möglich (Erklärung der Lehranstalt) und
 - die Versicherten hatten in der fraglichen Zeit in der Schweiz ihren zivilrechtlichen Wohnsitz (bei Schweizerinnen bzw. Schweizern wird dies vermutet, bei Ausländerin-

nen bzw. Ausländern ist aufgrund der Umstände im fraglichen Zeitraum zu entscheiden).

Zweifelhafte Fälle können dem Bundesamt für Sozialversicherungen vorgelegt werden.

- 2169 Verfahrensmässig ist dabei Folgendes zu beachten:
- Die Ausgleichskasse, die für den Eintrag des Einkommens in das IK zuständig ist, teilt den Versicherten in der Form der Verfügung mit, welche Beiträge sie als entrichtet betrachtet und daher einträgt.
 - Die eingetragenen Einkommen sind nach den Weisungen über Buchführung und Geldverkehr der Ausgleichskassen zu verbuchen. An Stelle des Markenheftes gilt das Verfügungsdoppel als Buchungsbeleg.

6.6 Besondere Bestimmungen für den Bezug der Beiträge von Inhaftierten und Internierten

- 2170 Die Beiträge von Inhaftierten und Internierten sind von der Ausgleichskasse bei der Anstalt zu erheben, in der die Versicherten sich aufhalten. Die Anstalt entrichtet den Beitrag für die Versicherten. Sie ist befugt, den Beitrag dem Arbeitsentgelt gemäss [Art. 83 StGB](#) zu entnehmen¹⁴⁵.
- 2171 Dieses Verfahren ist nur anwendbar, wenn die bzw. der Inhaftierte oder die bzw. der Internierte sich mindestens während eines Kalenderjahres ununterbrochen in einer oder mehreren Anstalten aufgehalten hat. Der Beitrag ist von der Anstalt zu entrichten, in der sich die bzw. der Versicherte am Ende des Kalenderjahres aufhält.

¹⁴⁵ 7. Oktober 1960 ZAK 1961 S. 125 –

6.7 Besondere Bestimmungen für Asylsuchende, vorläufig
Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthalts-
bewilligung
([Art. 14 Abs. 2^{bis} AHVG](#))

- 2172 Nichterwerbstätige Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung entrichten erst dann Beiträge, wenn
- sie als Flüchtlinge anerkannt wurden;
 - ihnen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt wird oder
 - aufgrund ihres Alters, ihres Todes oder ihrer Invalidität ein Leistungsanspruch im Sinne des AHVG oder des IVG entsteht.
- 2173 Tritt einer der unter Rz 2172 aufgezählten Fälle ein, werden die Beiträge unter Vorbehalt der Verjährung nach [Art. 16 Abs. 1 AHVG](#) rückwirkend ab ihrer Wohnsitznahme in der Schweiz erhoben.
2173. Die Sistierung des Beitragsbezuges endet mit der Aufnahme
1 einer Erwerbstätigkeit und der Erfassung bei der AHV definiti-
1/10 tiv. Falls die Person die Erwerbstätigkeit nachträglich wieder
aufgibt, muss sie aufgrund ihres Wohnsitzes Beiträge ent-
richten.

3. Teil: Herabsetzung und Erlass der Beiträge

1. Grundsätzliches

- 3001 Rückständige persönliche Beiträge können auf begründetes Gesuch hin für bestimmte oder unbestimmte Zeit angemessen, jedoch nicht unter den gesetzlichen Mindestbeitrag herabgesetzt werden, wenn deren Bezahlung für die Versicherten unzumutbar ist ([Art. 11 Abs. 1 AHVG](#); [Art. 3 Abs. 2 IVG](#); [Art. 27 Abs. 3 EOG](#)).
- 3002 Vor einer allfälligen Herabsetzung ist zunächst ein Zahlungsplan ins Auge zu fassen, wobei bei der Festsetzung der Ratenzahlungen auf die fünfjährige Vollstreckungsverjährung Rücksicht zu nehmen ist.
- 3003 Der Mindestbetrag kann in grossen Härtefällen auf begründetes Gesuch hin und nach Anhörung einer vom Wohnsitzkanton bezeichneten Behörde erlassen werden. Voraussetzung ist die Übernahme durch den Wohnsitzkanton. Die Kantone sind befugt, die Wohnsitzgemeinden zur Mittragung heranzuziehen ([Art. 11 Abs. 2 AHVG](#), [Art. 32 AHVV](#))¹⁴⁶.
- 3004 Die Herabsetzung oder der Erlass der Beiträge kann gewährt werden:
- selbstständigerwerbenden Versicherten, welche von ihrem Erwerbseinkommen den Beitrag selbst zu bezahlen haben. Arbeitnehmende nicht beitragspflichtiger Arbeitgebender sind Selbstständigerwerbenden gleichzustellen¹⁴⁷, es sei denn, die Arbeitgebenden hätten dem Quellenbezug zugestimmt ([Art. 6 Abs. 2 AHVG](#));
 - nichterwerbstätigen Versicherten, welche die aufgrund ihrer sozialen Verhältnisse festgesetzten Beiträge selbst zu bezahlen haben.
- 3005 Unselbstständigerwerbenden Versicherten, welchen die Beiträge von der Arbeitgeberin bzw. vom Arbeitgeber bei der

¹⁴⁶ 29. Dezember 1956 ZAK 1957 S. 260 –

¹⁴⁷ 11. Mai 1950 ZAK 1950 S. 319 EVGE 1950 S. 121

Lohnzahlung abgezogen werden, kann die Herabsetzung oder der Erlass der Beiträge gemäss [Art. 11 AHVG](#) nicht gewährt werden.

- 3006 Verheiratete bzw. in eingetragener Partnerschaft lebende Personen sind auf die Folgen hinzuweisen, welche die Herabsetzung des Beitrags unter den doppelten Mindestbeitrag nach sich ziehen kann.
- 3007 Schadenersatzansprüche nach [Art. 52 AHVG](#) sind nicht herabsetzbar.
- 3008 Gegenstand der Herabsetzung (und des Erlasses) können in der Regel nur rechtskräftig festgesetzte Beitragsforderungen sein. Eine Ausnahme bildet die Herabsetzung im hängigen Verfahren vor erster Instanz.
- 3009 Rückständige persönliche Beiträge können nur auf dem Wege der Herabsetzung gemäss [Art. 11 Abs. 1 AHVG](#) ermässigt werden. Ein Erlass nachzuzahlender persönlicher Beiträge gemäss [Art. 40 AHVV](#) ist nicht möglich¹⁴⁸.
- 3010 Herabsetzung und Erlass bedingen keine Neuberechnung der Beiträge. Die Berichtigung unrichtiger, in Rechtskraft erwachsener Beitragsverfügungen auf diesem Wege ist unzulässig. Dies gilt insbesondere auch für persönliche Beiträge, die aufgrund einer steuerlichen Ermessenstaxation festgesetzt wurden. Durch Gewährung einer Herabsetzung bzw. eines Erlasses wird lediglich auf den Bezug eines Teiles bzw. der ganzen ursprünglichen, durch Verfügung rechtskräftig festgesetzten Beitragsschuld verzichtet.
- 3011 Eine Herabsetzung der persönlichen Beiträge ist nach Eintritt des Konkurses nicht mehr zulässig, da nur die übrigen Gläubigerinnen und Gläubiger davon profitieren würden¹⁴⁹.

¹⁴⁸	16. Februar	1959	ZAK 1959	S. 139	EVGE 1959	S. 47
	6. November	1987	ZAK 1988	S. 117	BGE 113	V 248
¹⁴⁹	28. Juni	1951	ZAK 1951	S. 369	–	

- 3012 Herabsetzung und Erlass beziehen sich nicht nur auf AHV-, sondern auch auf IV- und EO-Beiträge.

2. Herabsetzung von Beiträgen

2.1 Formelle Voraussetzungen

- 3013 Die Herabsetzung der Beiträge ist nur auf Gesuch hin möglich. Die Versicherten haben daher ein Gesuch um Herabsetzung der Beiträge einzureichen.
- 3014 Das Gesuch um Herabsetzung der Beiträge ist von den Versicherten selbst bzw. von der gesetzlichen oder gewillkürten Vertretung einzureichen.

2.1.1 Form und Inhalt des Herabsetzungsgesuches

- 3015 Das Gesuch ist schriftlich einzureichen, braucht jedoch nicht als solches gekennzeichnet zu sein. Es genügt, wenn daraus hervorgeht, dass eine Herabsetzung verlangt wird. Die zur Beurteilung notwendigen Unterlagen (z.B. Steuererklärung, Geschäftsabschlüsse) sind dem Gesuch beizulegen oder darin zu bezeichnen.
- 3016 Die Versicherten haben das Gesuch zu begründen und nachzuweisen, dass sie sich in einer Notlage befinden, und dass ihnen die Bezahlung der vollen Beiträge nicht zugemutet werden kann. Die Notlage kann bedingt sein durch aussergewöhnlich hohe Familienlasten (z.B. Erziehungskosten für Kinder), durch hohe Verschuldung, durch aussergewöhnliche, nicht durch eine Versicherung gedeckte Arztkosten als Folge von Krankheit oder Unfall sowie durch Elementarschäden (Wasser, Feuer, Hagel usw.) verursachte oder aus Schadens- oder Kausalhaftung resultierende Kosten¹⁵⁰.

¹⁵⁰ 1. März 1949 ZAK 1949 S. 175 –
28. Februar 1949 ZAK 1949 S. 173 EVGE 1949 S. 50

- 3017 Ist das Gesuch ungenügend begründet, so müssen die Versicherten aufgefordert werden, es unter Ansetzung einer angemessenen Frist zu ergänzen oder zu verbessern.
- 3018 Geht aus der Eingabe nicht eindeutig hervor, ob die Versicherten die Grundlagen der Beitragsberechnung bestreiten, m.a.W. Beschwerde gegen die Beitragsverfügung erheben oder wegen Unzumutbarkeit die Beitragsherabsetzung verlangen, so hat die Ausgleichskasse sie zur Präzisierung ihres Gesuches aufzufordern¹⁵¹.
- 3019 Die Ausgleichskassen können entsprechende Gesuchsformulare verwenden.

2.1.2 Zeitpunkt der Gesuchseinreichung

- 3020 Die Einreichung eines Herabsetzungsgesuches ist solange möglich, als die Versicherten nicht in irgendeiner Form auf die Geltendmachung ihres Rechts verzichtet haben (z.B. durch vorbehaltlose Zahlung der Beitragsschuld)¹⁵².

2.2 Unzumutbarkeit (materielle Voraussetzung)

2.2.1 Begriff der Unzumutbarkeit

- 3021 Die Herabsetzung der Beiträge ist eine ausserordentliche Massnahme, die eine aussergewöhnliche finanzielle Bedrängnis, eine wirkliche Notlage der Versicherten voraussetzt¹⁵³. Eine solche kann insbesondere dann vorliegen, wenn die Versicherten schwere Schicksalsschläge erlitten haben oder wirtschaftlich ruiniert sind¹⁵⁴.

¹⁵¹	28. November	1950	ZAK 1951	S. 43	–
	15. Mai	1951	ZAK 1951	S. 325	EVGE 1951 S. 130
¹⁵²	28. November	1950	ZAK 1951	S. 43	–
	15. Mai	1951	ZAK 1951	S. 325	EVGE 1951 S. 130
¹⁵³	11. Mai	1950	ZAK 1950	S. 356	–
¹⁵⁴	21. November	1953	ZAK 1954	S. 72	EVGE 1953 S. 281

- 3022 Die Voraussetzung der Unzumutbarkeit ist erfüllt, wenn durch die Bezahlung des vollen Beitrages der Notbedarf der Versicherten und ihrer Familie bzw. ihrer eingetragenen Partnerschaft nicht befriedigt werden könnte¹⁵⁵, d.h. der notwendige Lebensunterhalt (Existenzminimum) durch die verfügbaren Mittel nicht gedeckt wäre.
- 3023 Als verfügbare Mittel sind – nebst dem Vermögen – nicht die steuerbaren Einkommen, sondern die erzielten Bruttoeinkünfte anzurechnen.
- 3024 Ob eine Notlage besteht, ist aufgrund der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse und nicht allein anhand des Erwerbseinkommens zu beurteilen¹⁵⁶.
- 3025 Zu den massgebenden wirtschaftlichen Verhältnissen gehören auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners. Dies unabhängig von dem zwischen den Eheleuten geltenden Güterstand, so namentlich auch bei Vorliegen von Gütertrennung¹⁵⁷.
- 3026 Unter Notbedarf ist das Existenzminimum im Sinne des SchKG zu verstehen¹⁵⁸. Abgesehen von ganz besonderen Umständen bildet der betriebsrechtliche Notbedarf eine Grenze, bei deren Unterschreitung das Bezahlen der vollen Beiträge zu einer nicht zumutbaren Belastung führt¹⁵⁹.
- 3027 Der angewandte Begriff der Unzumutbarkeit schliesst bewusst die Berücksichtigung von anderen Elementen bzw. von subjektiven Aspekten aus, welche eine Beitragszahlung als

155	31. Dezember	1948	ZAK 1949	S. 170	EVGE 1948	S. 142
	5. August	1952	ZAK 1952	S. 354	EVGE 1952	S. 189
	28. September	1988	ZAK 1989	S. 111	–	
156	21. Oktober	1983	ZAK 1984	S. 171	–	
	28. September	1988	ZAK 1989	S. 111	–	
157	10. April	1981	ZAK 1981	S. 545	–	
158	6. November	1987	ZAK 1988	S. 117	BGE 113 V	252
	28. September	1988	ZAK 1989	S. 111	–	
159	7. Dezember	1979	ZAK 1981	S. 341	–	

hart erscheinen lassen. Aus Gründen rechtsgleicher Behandlung bedarf es einer objektiven Notlage¹⁶⁰.

- 3028 Keine Unzumutbarkeit liegt vor, wenn sich die Versicherten angesichts ihres gewohnten gehobenen Lebensstandards subjektiv in einer bedrängten Lage wähnen, die Zahlung des vollen Beitrages sie jedoch tatsächlich nicht in eine Notlage versetzen würde¹⁶¹.
- 3029 Die blossе Verminderung des Einkommens in der Beitragsperiode gegenüber demjenigen in der Periode, die der Beitragsberechnung zugrunde lag, ist an sich kein Herabsetzungsgrund. Das gleiche gilt auch bei Erhöhung der Ausgaben der Versicherten. Eine Herabsetzung ist unter solchen Umständen nur gerechtfertigt, wenn die Versicherten dadurch in eine Notlage im Sinne von Rz 3021 ff. geraten würden. Private Schulden bilden für sich allein noch keinen Herabsetzungsgrund¹⁶².
- 3030 Die persönlichen Beiträge von Versicherten, welche Vermögenswerte (Liegenschaften, Wertschriften usw.) besitzen, können mangels Unzumutbarkeit grundsätzlich nicht herabgesetzt werden, auch wenn sie über diese nicht verfügen können. Bei Grundstückeigentum kann eine Herabsetzung in Betracht gezogen werden, wenn eine höhere hypothekarische Belastung nicht möglich ist.
- 1/09 3031 Blockierte Vermögenswerte (z.B. Lebensversicherungspolice) können allenfalls belehnt werden und geben höchstens Anlass für die Gewährung eines Zahlungsaufschubs (s. [Art. 34b Abs. 1 AHVV](#))¹⁶³.

¹⁶⁰	21. Oktober	1983	ZAK 1984	S. 171	–
¹⁶¹	5. August	1952	ZAK 1952	S. 354	EVGE 1952 S. 189
¹⁶²	12. Mai	1950	ZAK 1950	S. 357	EVGE 1950 S. 139
	5. August	1952	ZAK 1952	S. 354	EVGE 1952 S. 189
¹⁶³	7. Mai	1951	ZAK 1951	S. 265	EVGE 1951 S. 109
	7. Juni	1978	ZAK 1978	S. 511	BGE 104 V 61

Gegebenenfalls darf sogar die Aufnahme eines Darlehens zur Bezahlung der geschuldeten Beiträge erwartet werden¹⁶⁴.

2.2.2 **Betriebsrechtlicher Notbedarf (Existenzminimum) gemäss [Art. 93 SchKG](#)**

- 3032 Das Existenzminimum ist nach den Regeln des Schuldbetriebsrechts abzuklären.
- 3033 Zum Notbedarf (Existenzminimum) gehören ausser dem persönlichen Grundbetrag der oder des Zahlungspflichtigen und deren bzw. dessen familienrechtlichen Unterhaltspflichten insbesondere auch die Miet- und Heizungskosten, die Sozialabgaben sowie allfällige Berufsauslagen und ungedeckte Krankheitskosten. Für Einzelheiten zur Bestimmung des betriebsrechtlichen Existenzminimums vgl. Anhang 4¹⁶⁵.
- 3034 Nicht zu diesen Verpflichtungen des täglichen Lebens gehören indessen – sowenig wie Steuerschulden – die noch offenen Beitragsschulden¹⁶⁶.
- 3035 Passivzinsen (dazu gehören auch solche für beruflich begründete Schulden) dürfen nicht in die Berechnung des Existenzminimums einbezogen werden, zumal sie nicht mit lebensnotwendigen Gütern und auch nicht mit einer selbstbewohnten Liegenschaft in Zusammenhang stehen¹⁶⁷.

2.2.3 **Anrechenbares Vermögen bzw. Schulden**

- 3036 Laut [Art. 92 Ziff. 3 SchKG](#) sind Werkzeuge, Gerätschaften, Instrumente und Bücher, soweit sie die Schuldnerin bzw. der Schuldner und ihre bzw. seine Familie zur Ausübung des Berufes benötigen, unpfändbar.

¹⁶⁴	27. März	1980	ZAK 1980	S. 531	–
¹⁶⁵	28. September	1988	ZAK 1989	S. 111	–
¹⁶⁶	21. Oktober	1983	ZAK 1984	S. 171	–
	28. September	1988	ZAK 1989	S. 111	–
¹⁶⁷	21. Oktober	1983	ZAK 1984	S. 171	–

Geschäftsvermögen darf bei der Würdigung der materiellen Verhältnisse der bzw. des Gesuchstellenden und ihrer bzw. seiner Familie nur beschränkt berücksichtigt werden. Eine wirkliche Notlage im Sinne von [Art. 11 Abs. 1 AHVG](#) liegt auch dann vor, wenn die Versicherten zur Begleichung ihrer Beitragsschuld gezwungen wären, berufsnotwendige Vermögensgegenstände zu veräussern. Angerechnet werden kann deshalb, vorbehaltlich Rechtsmissbrauch, grundsätzlich nur das Privatvermögen; das betriebsnotwendige Geschäftsvermögen nur insoweit, als es allenfalls belehnt werden könnte.

2.2.4 Ausschlussgründe

- 3037 Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Herabsetzung
1/11 sind grundsätzlich dann nicht als erfüllt zu betrachten,
– wenn das Einkommen der Beitragspflichtigen durch die Steuerbehörde offensichtlich zu hoch eingeschätzt wurde und diese der Ausgleichskasse eine neue, korrigierte Steuermeldung übermittelt (s. Rz 1237); oder
– wenn die Möglichkeit besteht, durch eine Stundung die Bezahlung der vollen Beiträge zu erwirken.
- 3038 Die Möglichkeit, einen AHV/IV/EO-Beitrag mit einer AHV-Rente zu verrechnen, entbindet die Verwaltung, die sich mit einem Gesuch um Beitragsherabsetzung zu befassen hat, nicht von der Verpflichtung, zu prüfen, ob nicht eine unzumutbare Belastung vorliegt.
- 3039 Ist eine Verrechnung mit Leistungen nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft möglich, so ist die Frage der Unzumutbarkeit trotzdem zu prüfen¹⁶⁸.
- 3040 Der Verrechnungsmöglichkeit ist namentlich auch dann Beachtung zu schenken, wenn das Alter oder der Gesundheitszustand der Beitragspflichtigen den Eintritt des Rentenfalles

¹⁶⁸ 18. November 1954 ZAK 1955 S. 112 –
3. Oktober 1980 ZAK 1981 S. 339 BGE 106 V 137
1. Juli 1982 ZAK 1983 S. 205 BGE 108 V 49

vor Ablauf der Verwirkungsfrist der Beiträge als wahrscheinlich erscheinen lässt.

2.2.5 Abklärung durch die Ausgleichskasse

- 3041 Bei der Beurteilung der Unzumutbarkeit bzw. der vorhandenen materiellen Mittel der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers darf nicht auf durchschnittliche wirtschaftliche Verhältnisse abgestellt werden. Massgebend sind ihre bzw. seine ökonomischen Verhältnisse im Zeitpunkt, da sie bzw. er bezahlen sollte. Dies kann nur der Zeitpunkt der Eröffnung der Verfügung über das Herabsetzungsgesuch bzw. des Einspracheentscheids sein¹⁶⁹.
- 3042 Die Gerichte können aus prozessökonomischen Gründen spätere Tatsachen berücksichtigen. Sie können es aber auch den Versicherten überlassen, aufgrund der veränderten Tatsachen eine neue Verfügung zu verlangen¹⁷⁰.
- 3043 Die Ausgleichskassen haben die persönlichen Verhältnisse der Versicherten (tatsächliche Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Kosten der Unterstützung und der Ausbildung) eingehend abzuklären¹⁷¹. Massgebend ist die gesamte wirtschaftliche Lage der Versicherten, so auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Ehefrau oder des Ehemannes bzw. der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners und der im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen¹⁷². Dies gilt unabhängig vom Güterstand der Ehe-

169	7. November	1972	ZAK 1973	S. 569	BGE	98	V	251
	18. April	1979	ZAK 1979	S. 423	–			
	10. April	1981	ZAK 1981	S. 545	–			
	28. September	1988	ZAK 1989	S. 111	–			
170	20. September	1977	ZAK 1978	S. 216	BGE	103	V	52
	7. Juni	1978	ZAK 1978	S. 511	BGE	104	V	61
171	20. Februar	1951	ZAK 1951	S. 171	–			
172	1. Februar	1950	ZAK 1950	S. 208	–			
	11. September	1951	ZAK 1951	S. 464	EVGE	1951	S.	260
	26. Oktober	1951	ZAK 1951	S. 495	–			
	10. April	1981	ZAK 1981	S. 545	–			

leute oder der in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen.

- 3044 Auch dem Umstand der Selbstverpflegung der Versicherten aus dem eigenen Betrieb (z.B. Milch, Gemüse, Fleisch) ist Rechnung zu tragen. Die Versicherten sind dadurch in der Regel in der Lage, ihre Familienlasten zu vermindern¹⁷³.
- 3045 Es ist abzuklären, ob die insgesamt verfügbaren Mittel (Erwerbseinkommen, Wertschriften- und Vermögensertrag) der Versicherten das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht erreichen oder übersteigen.
- 3046 Der Erlass der Steuerschuld (aus Kommiserationsgründen) bildet zwar ein Indiz für die Zahlungsunfähigkeit der Versicherten, zieht jedoch nicht zwangsläufig eine Herabsetzung des AHV-Beitrages nach sich¹⁷⁴. Die Gründe für die Gewährung oder Verweigerung des Erlasses können aber im Zweifelsfalle wertvolle Hinweise für die Beurteilung der Herabsetzung sein.

2.3 Mass der Herabsetzung

2.3.1 Allgemeines

- 3047 Der Beitrag darf nicht weiter herabgesetzt werden, als es die Gesuchstellenden verlangen.
- 3048 Vorbehaltlos bezahlte Beiträge sind nicht herabsetzbar, d.h. ein Herabsetzungsgesuch kann sich nur auf offene Beitragschulden beziehen¹⁷⁵.
- 3049 Massstab für den Umfang der Herabsetzung bildet in der Regel das Verhältnis zwischen der Gesamtheit der wirtschaftli-

¹⁷³	18. November	1954	ZAK 1955	S. 112	–
¹⁷⁴	17. März	1954	ZAK 1954	S. 234	–
	2. November	1994	AHI 1995	S. 152	–
¹⁷⁵	17. Oktober	1952	ZAK 1952	S. 475	EVGE 1952 S. 255

chen Mittel der Versicherten und deren Notbedarf¹⁷⁶ bzw. das Ausmass, in welchem das Einkommen das betriebsrechtliche Existenzminimum unterschreitet.

- 3050 Schulden und deren Verzinsung rechtfertigen an sich noch nicht die Annahme einer aussergewöhnlichen Existenzgefährdung und damit eine Herabsetzung unter den Ansatz des üblichen Beitrages der Arbeitnehmenden, wie dies bei schweren Schicksalsschlägen, Krankheiten oder finanziellen Katastrophen zutrifft¹⁷⁷.
- 3051 Die Herabsetzung bezieht sich auf den ganzen Jahresbeitrag. Wenn die Versicherten vor der Gesuchseinreichung bereits einen Teil des Jahresbeitrages bezahlt haben, so ist der schon bezahlte Teil des Beitrages bei der Berechnung mit zu berücksichtigen¹⁷⁸.
- 3052 aufgehoben
1/09
- 3053 Wird der Beitrag bei einer verheirateten oder in eingetragener Partnerschaft lebenden Person unter den doppelten Mindestbeitrag herabgesetzt, ist die Ehefrau oder der Ehemann bzw. der eingetragene Partner oder die eingetragene Partnerin der gesuchstellenden Person mit eingeschriebenem Brief darüber zu informieren, dass sie oder er für das betreffende Kalenderjahr auf jeden Fall die (Mindest-)Beitragspflicht selber zu erfüllen hat.
- 3054 Bei der Bemessung des herabgesetzten Beitrages sind die Wirkungen der Herabsetzung auf den Rentenanspruch zu berücksichtigen (vgl. auch Rz 3006).

¹⁷⁶	16. Februar	1949	ZAK 1949	S. 172	EVGE 1949	S. 54
¹⁷⁷	21. November	1953	ZAK 1954	S. 72	EVGE 1953	S. 281
¹⁷⁸	21. November	1953	ZAK 1954	S. 72	EVGE 1953	S. 281

1/09 **2.3.2 Titel aufgehoben**

3055–

3056 aufgehoben

1/09

2.4 Festsetzung der herabgesetzten Beiträge

2.4.1 Berechnung der Beiträge

3057 Ist sich die Ausgleichskasse über das Ausmass der Herabsetzung schlüssig geworden (z.B. Herabsetzung um ein Viertel, ein Drittel des ursprünglichen Beitrages oder unter den üblichen Ansatz für Arbeitnehmende; s. Rz 3049), so kann sie, ausgehend vom ursprünglichen Beitrag oder der Höhe des Erwerbseinkommens, den herabgesetzten Beitrag errechnen.

3058 *Beispiel:*

1/11 Massgebendes Erwerbseinkommen 60 000 Franken. Der Beitrag von 9,7 Prozent beträgt 5 820 Franken. Die Herabsetzung auf 5,15 Prozent ergibt 3 090 Franken. Das für den IK-Eintrag massgebende Einkommen wird gemäss Rz 2344 VA/IK bestimmt.

3059 Bevor eine Herabsetzung verfügt wird, hat die Ausgleichskasse die Versicherten auf allfällig nachteilige Folgen aufmerksam zu machen.

2.4.2 Herabsetzungsverfügung

3060 Der Entscheid über die Bewilligung oder die Verweigerung der Herabsetzung ist den Versicherten in Form einer Verfügung im Sinne von [Art. 49 ATSG](#) mitzuteilen.

3061 Die Verfügung muss enthalten:

1/11 – den Entscheid über das Gesuch (ganze oder teilweise Gutheissung, Abweisung);

- die Herabsetzungsgründe (z.B. Unterschreitung des Existenzminimums) oder die Begründung der Abweisung;
 - die Höhe des ursprünglich verfügbaren Beitrages;
 - die Höhe des herabgesetzten Beitrages;
 - die Gültigkeitsdauer der Herabsetzungsverfügung;
 - einen Hinweis, dass die herabgesetzten Beiträge nicht rentenbildend sind und allenfalls nachteilige Auswirkungen auf eine spätere Rentenberechnung haben können;
 - eine Rechtsmittelbelehrung (s. das Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL).
- 3062 Das Herabsetzungsverfahren steht einer allfälligen Zwangsvollstreckung an sich nicht im Wege. Die Gesuchstellenden können allerdings die Anordnung vorsorglicher Massnahmen auf Unterlassung der Zwangsvollstreckung verlangen¹⁷⁹.
- 3063 Der Zahlungsaufschub und das Herabsetzungsverfahren hemmen den Lauf der Verwirkungsfristen nach [Art. 16 Abs. 2 AHVG](#) nicht¹⁸⁰.
- 3064 Die Ausgleichskassen haben dem Bundesamt für Sozialversicherungen laufend ein Doppel aller Verfügungen und Einspracheentscheide zuzustellen, in welchen die Herabsetzung ganz oder teilweise gewährt worden ist.
- 3065 Nimmt die Ausgleichskasse in ihrer Vernehmlassung zur Beschwerde gegen einen Einspracheentscheid zur allfälligen Herabsetzung der streitigen Beiträge Stellung, so gilt dies als eine „pendente lite“ erlassene Verfügung, d.h. es kommt dies einer rechtsgültigen, förmlichen Herabsetzungsverfügung gleich¹⁸¹ (s. Rz 3008).

¹⁷⁹	10. September	1991	ZAK 1991	S. 496	BGE	117	V	185
¹⁸⁰	21. April	1980	ZAK 1982	S. 117	–			
¹⁸¹	26. November	1948	ZAK 1949	S. 85	–			
	13. April	1950	ZAK 1950	S. 278	–			
	9. Dezember	1977	ZAK 1978	S. 249	BGE	103	V	113

2.5 Wirkungen der Herabsetzung von Beiträgen

2.5.1 Zeitlicher Geltungsbereich

- 3066 Die Herabsetzung wegen Unzumutbarkeit kann grundsätzlich nur für definitiv festgesetzte Beiträge zurückliegender Jahre gewährt werden (Rz 3009).
- 3067 Die Herabsetzung hat zur Folge, dass die Versicherten für die ganze in der Verfügung genannte Zeitdauer nur noch den herabgesetzten Beitrag zu bezahlen haben.

2.5.2 Zu Unrecht verfügte Herabsetzung

- 3068 Stellt die Ausgleichskasse nachträglich fest, dass eine Herabsetzung zu Unrecht verfügt worden ist, so hat sie die Verfügung zu annullieren.
- 3069 Falls die Herabsetzung aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben der Versicherten verfügt wurde, ist gegebenenfalls gestützt auf [Art. 87 zweites Lemma AHVG](#) Strafanzeige zu erstatten.

3. Erlass von Beiträgen

3.1 Formelle Voraussetzungen

- 3070 Der Erlass der Beiträge ist nur möglich, wenn die Versicherten lediglich den jährlichen Mindestbeitrag gemäss Rz 1180 schulden.
- 3071 Für die Gesuche um Beitragserlass sind die Rz 3013 bis 3020 betreffend Gesuch um Beitragsherabsetzung sinngemäss anwendbar¹⁸².

¹⁸² 22. Juli 1949 ZAK 1949 S. 412 EVGE 1949 S. 179

- 3072 Ein Erlassgesuch kann auch dann eingereicht werden, wenn der zu erlassende Beitrag durch Dritte schon bezahlt worden ist¹⁸³.
Vorbehalten bleibt das vereinfachte Erlassverfahren gemäss Rz 3086.

3.2 Materielle Voraussetzungen

- 3073 Der Mindestbeitrag kann nur bei Versicherten erlassen werden, die durch die Bezahlung dieses Beitrages in eine unerträgliche Situation geraten würden. Der Erlass stellt eine aussergewöhnliche Massnahme dar und kommt daher nur in Frage, wenn die bzw. der Versicherte in grosser Armut lebt was regelmässig bei Sozialhilfeabhängigkeit der Fall ist.
1/13
- 3074 Die grosse Härte als Voraussetzung für den Erlass von Beiträgen nach [Art. 11 Abs. 2 AHVG](#) ist ebenfalls aufgrund des betriebsrechtlichen Existenzminimums zu beurteilen¹⁸⁴.
- 3075 Der Erlass kann nicht mit der Begründung verweigert werden, die Beiträge könnten mit sozialversicherungsrechtlichen Forderungen nach der Wegleitung über die Renten in der Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung verrechnet werden¹⁸⁵.
1/11
- 3076 Der von einer nichterwerbstätigen, vermögenslosen, volljährigen, in gemeinsamem Haushalt mit dem Vater oder der Mutter lebenden Person geschuldete Mindestbeitrag ist durch die Eltern zu bezahlen¹⁸⁶. Er ist zu erlassen, wenn dessen Bezahlung für die Eltern eine grosse Härte bedeutet. Weiter kann er in Fällen erlassen werden, da der Kanton dies für angebracht erachtet.
1/11

¹⁸³	7. Oktober	1960	ZAK 1961	S. 125	–
¹⁸⁴	6. November	1987	ZAK 1988	S. 117	BGE 113 V 252
¹⁸⁵	1. Juli	1982	ZAK 1983	S. 205	BGE 108 V 49
¹⁸⁶	2. Februar	1951	ZAK 1951	S. 172	EVGE 1951 S. 27
	21. Juni	1955	ZAK 1955	S. 406	–
	9. März	1990	ZAK 1990	S. 469	–

3077 Für die Insassinnen und Insassen einer Strafanstalt bedeutet es keine grosse Härte im Sinne von [Art. 11 Abs. 2 AHVG](#), wenn sie von ihrem Arbeitsentgelt gemäss [Art. 83 StGB](#) den Mindestbeitrag bezahlen müssen¹⁸⁷ (für die Beiträge von Inhaftierten und Internierten s. Rz 2031 f.).

3.3 Abklärung durch die Ausgleichskassen

3.3.1 Prüfung des Gesuches und Wohnsitzkanton

3078 Erfüllen Versicherte, die bisher mehr als den jährlichen Mindestbeitrag bezahlt hatten (s. Rz 1180), die Voraussetzungen für einen Erlass, bevor ein Herabsetzungsgesuch gestellt worden ist, so können sie auf dem gleichen Formular sowohl die Herabsetzung wie den Erlass der Beiträge verlangen. In solchen Fällen hat die Ausgleichskasse zunächst zu prüfen, ob der Beitrag auf den jährlichen Mindestbeitrag ermässigt werden kann. Allenfalls ist eine entsprechende Verfügung zu erlassen. Sodann ist abzuklären, ob Gründe vorliegen, die einen Erlass rechtfertigen.

3079 Die Ausgleichskassen haben alle Erlassgesuche der vom Wohnsitzkanton bezeichneten Behörde zu unterbreiten (s. Anhang 3).

3080 Welcher Kanton als Wohnsitzkanton im Sinne von [Art. 11 Abs. 2 AHVG](#) anzusprechen ist, bestimmt sich nach [Art. 23 ff. ZGB](#)¹⁸⁸.

3081 Das Mitspracherecht der vom Wohnsitzkanton bezeichneten Behörde gemäss [Art. 32 AHVV](#) ist zu wahren.

3082 Die vorstehenden Bestimmungen sowie Rz 3083 gelten nur, soweit nicht ein vereinfachtes Erlassverfahren gemäss Rz 3086 stattfindet.

¹⁸⁷ 1. März 1962 ZAK 1962 S. 309 EVGE 1961 S. 284

¹⁸⁸ 2. Februar 1951 ZAK 1951 S. 172 EVGE 1951 S. 27

3.3.2 Erlassverfügung

- 3083 Die Regelung von Rz 3060 betreffend die Herabsetzungsverfügung gilt sinngemäss.
- 3084 Die Verfügung muss enthalten:
- 1/11 – den Entscheid über das Erlassgesuch;
 - gegebenenfalls die Angabe von Wohnsitzkanton und Wohnsitzgemeinde, welche an Stelle der Versicherten die Bezahlung des Beitrages übernehmen;
 - bei Abweisung die Angabe der Gründe, die zur Abweisung führten;
 - eine Rechtsmittelbelehrung (s. das Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL).
- 3085 Ein Doppel der Erlassverfügung ist dem Wohnsitzkanton zuzustellen.

3.4 Vereinfachtes Erlassverfahren

- 3086 Die kantonalen Ausgleichskassen können im Einvernehmen mit den zuständigen kantonalen oder Gemeindebehörden bei notorisch mittellosen Versicherten (in Anstalten und in psychiatrischen Kliniken untergebrachte bzw. durch öffentliche Mittel unterstützte Personen usw.) ein vereinfachtes Erlassverfahren anwenden¹⁸⁹.

¹⁸⁹ 29. Dezember 1956 ZAK 1957 S. 260 –

4. Teil: Anhänge

1/11 **1. Wegleitung für die Steuerbehörden über das elektronische Meldeverfahren mit den AHV-Ausgleichskassen**

1/11 **1.1 Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und den Steuerbehörden**

4001 Der Datenaustausch zwischen den Ausgleichskassen und
1/11 den Steuerbehörden (Bestellungen und Steuermeldungen) erfolgt ausschliesslich elektronisch.

4002 Die Daten werden einheitlich über die elektronische Daten-
1/11 austauschplattform (DAP) basierend auf Sedex ausgetauscht.

4003 Die Übermittlung von Daten über eine andere Datenaustausch-
1/11 plattform, auf Datenträgern oder auf Papier ist ausgeschlossen.

1/11 **1.2 Prüfung der Bestellungen für eine Steuermeldung**

4004 Die Steuerbehörde prüft die eingegangenen Bestellungen für
1/11 eine Steuermeldung der Ausgleichskassen. Diese sind zurückzuweisen, wenn

- die Steuerbehörde nicht zuständig ist,
- Pflichtige nicht zu eruieren sind,
- Versicherte nicht steuerpflichtig sind oder sonstige Voraussetzungen für eine Steuerveranlagung fehlen.

So ist beispielsweise bei Aufnahme der selbstständigen Erwerbstätigkeit im letzten Quartal des Jahres und Abschluss des ersten Geschäftsjahres im Folgejahr die Bestellung zurückzuweisen, wenn für die Steuerperiode der Tätigkeitsaufnahme kein Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit veranlagt wird.

Im Falle einer Rückweisung ist nicht ein Einkommen von null Franken zu melden, sondern es sind bloss die Gründe für die Rückweisung im Feld „Bemerkungen“ anzugeben, gegebenenfalls unter Bezeichnung der zuständigen Steuerbehörde.

1/11 **1.3 Ermittlungsgrundlagen**

1/11 **1.3.1 Erwerbs- und Renteneinkommen**

4005 Das massgebende Erwerbseinkommen von Selbstständig-
1/13 erwerbenden und von Arbeitnehmenden ohne beitragspflich-
tliche Arbeitgebende sowie das Renteneinkommen von Nicht-
erwerbstätigen (ohne Renten der schweizerischen AHV und
IV) ist aufgrund der rechtskräftigen Veranlagung für die direkte
Bundessteuer zu ermitteln ([Art. 23 Abs. 1 AHVV](#) i.V.m.
[Art. 16 Abs. 1](#) und [Art. 29 Abs. 6 AHVV](#)).

4006 Liegt keine rechtskräftige Veranlagung für die direkte Bun-
1/11 dessteuer vor, sind die Angaben der rechtskräftigen Veranla-
gung für die kantonale Einkommenssteuer zu entnehmen
([Art. 23 Abs. 2 AHVV](#)).

4007 Fehlt auch eine kantonale Veranlagung, ist das Erwerbs-
1/11 bzw. Renteneinkommen aufgrund der überprüften Erklärung
für die direkte Bundessteuer zu ermitteln ([Art. 23 Abs. 2
AHVV](#)).

1/11 **1.3.2 Investiertes Eigenkapital und Vermögen**

4008 Das im Betrieb investierte Eigenkapital ist aufgrund der
1/11 rechtskräftigen kantonalen Veranlagung unter Berücksichti-
gung der interkantonalen Repartitionswerte zu ermitteln
([Art. 23 Abs. 1 AHVV](#)). Die für die Steuern massgebliche Be-
wertung gilt auch für die AHV.

4009 Das Vermögen von Nichterwerbstätigen ist aufgrund der
1/11 rechtskräftigen kantonalen Veranlagung unter Berücksichti-
gung der interkantonalen Repartitionswerte zu ermitteln
([Art. 29 Abs. 3 AHVV](#)).

1/11 **1.4 Kennzeichnung der Steuermeldungen**

4010 Die Steuerbehörde hat anzugeben, um welche Art der
1/11 Steuerveranlagung und der Steuermeldung es sich handelt.

4011 Ein Verzeichnis der im Meldeverfahren verwendeten Kenn-
1/11 zahlen befindet sich im Anhang 1, Buschstabe A.

1/11 **1.5 Steuermeldungen für Selbstständigerwerbende**

4012 Die Steuermeldung hat Angaben zum im In- und im Ausland
1/11 erzielten Erwerbseinkommen, zum im Betrieb investierten Eigenkapital sowie zu allfälligen Einkäufen in die zweite Säule zu enthalten (s. Anhang 1, Buchstabe B).

1/11 **a) Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit**

1/11 **aa) Begriff**

4013 Der Begriff des Einkommens aus selbstständiger Erwerbs-
1/11 tätigkeit nach [Art. 17 AHVV](#) stimmt mit demjenigen der direkten Bundessteuer nach [Art. 18 DBG](#) überein. Nicht zum AHV-rechtlichen Erwerbseinkommen – darin besteht die einzige Abweichung zum Steuerrecht – gehören die Einkünfte aus zu Geschäftsvermögen erklärten Beteiligungen nach [Art. 18 Abs. 2 DBG](#) (gewillkürtes Geschäftsvermögen).

4014 Zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit gehören
1/11 namentlich auch:

- das Einkommen aus der Verwertung eigener Erfindungen;
- die Lizenzentnahmen aus eigenen Erfindungen, wenn der Erfinder an der Verwertung massgeblich beteiligt ist und zum auswertenden Unternehmen in keinem Unterordnungsverhältnis steht;
- die Entschädigung für die Aufgabe oder Nichtausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit;
- der Ertrag der zum Geschäftsvermögen gehörenden Grundstücke und Kapitalanlagen, mit Ausnahme der Einkünfte aus gewillkürtem Geschäftsvermögen (s. Rz 4013);
- der Ertrag aus Wertschriften, die zur Beschaffung von Fremdkapital zu Geschäftszwecken als Sicherheit hinterlegt wurden.

- 4015 Zu melden ist auch das im Ausland erzielte Einkommen aus
1/11 selbstständiger Erwerbstätigkeit.
- 4016 Die Abgrenzung des Einkommens aus selbstständiger Er-
1/11 werbstätigkeit vom massgebenden Lohn (s. dazu die WML)
bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Zu melden sind auch
Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit, die Steuer-
pflichtige zu Unrecht als massgebenden Lohn deklariert ha-
ben. Im Übrigen sei auf den Anhang 1, Buchstabe C „Ab-
grenzung des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstä-
tigkeit vom massgebenden Lohn in besonderen Fällen“ ver-
wiesen.
- 4017 Ist die Steuerbehörde nicht sicher, ob ein Einkommen zu dem
1/11 aus selbstständiger Erwerbstätigkeit gehört, so ist es zu mel-
den. Im Feld „Bemerkungen“ ist anzugeben, durch welche Art
von Tätigkeit das betreffende Einkommen erzielt wurde.

1/11 **bb) Höhe**

- 4018 Anzugeben ist das Einkommen nach dem Ergebnis des oder
1/11 der im Beitragsjahr abgeschlossenen Geschäftsjahre.
- 4019 Kapitalgewinne nach [Art. 18 DBG](#) sind zusammen mit dem
1/11 übrigen Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit zu
melden. Zu melden sind auch die Kapitalgewinne, die nicht in
unmittelbarem Anschluss an die Aufgabe der Erwerbstätigkeit
erzielt werden (s. Rz 4049).
Liquidationsgewinne sind immer in vollem Umfang beitrags-
pflichtig. Sie sind vor einer allfälligen Anwendung von
[Art. 37b DBG](#) – zusammen mit dem übrigen Einkommen aus
selbstständiger Erwerbstätigkeit – zu melden.
- 4020 Liquidationsgewinne, deren Besteuerung aufgeschoben wor-
1/11 den ist, sind nach erfolgter Besteuerung der kantonalen Aus-
gleichskasse am Wohnsitz der bzw. des Steuerpflichtigen zu
melden.

- 4021 Die Einkünfte aus Beteiligungen des Geschäftsvermögens
1/11 nach [Art. 18b DBG](#) sind brutto – d.h. vor den steuerrechtlichen Bemessungskorrekturen – zu melden.
- 4022 Das Einkommen, das eine Kommanditärin oder ein Kommanditär als TeilhaberIn bzw. als Teilhaber der Kommanditgesellschaft erzielt (Gewinnanteil), ist getrennt von einem allfälligen Lohn, der als Kommanditärin bzw. als Kommanditär erzielt wird, zu melden.
- 4023 Einkommen aus einer nebenberuflich ausgeübten selbstständigen Erwerbstätigkeit einer im Hauptberuf unselbstständig-erwerbenden Person ist unabhängig von dessen Höhe der Ausgleichskasse zu melden, wenn sie eine Bestellung aufgegeben hat.
- 1/11 **cc) persönliche Einlagen in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und der 3. Säule**
- 4024 Die laufenden Beiträge Selbstständigerwerbender in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge („2. Säule“) sind bei der Bestimmung ihres Erwerbseinkommens wie bei der direkten Bundessteuer soweit als geschäftsmässig begründeter Aufwand zu betrachten und abzuziehen, als sie üblicherweise dem Anteil der Arbeitgebenden für das Personal entsprechen.
- 4025 Summen für den Einkauf in die reglementarischen Leistungen sind separat zu melden (s. Anhang 1, Buchstabe B). Die Steuerbehörde bringt diese – anders als die laufenden Beiträge (s. Rz 4024) – nicht vom Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit in Abzug.
- 4026 Persönliche Einlagen an weitere anerkannte Vorsorgeformen („3. Säule“) stellen dagegen immer private Einkommensverwendung dar und dürfen wie bei der direkten Bundessteuer bei der Bestimmung des Erwerbseinkommens nicht als geschäftsmässig begründeter Aufwand berücksichtigt werden.

1/11 **dd) Geschäftsverluste**

4027 Vom rohen Einkommen abgezogen werden dürfen nur die im
1/11 jeweiligen Beitragsjahr und dem unmittelbar vorangegan-
nen Beitragsjahr eingetretenen und verbuchten Geschäfts-
verluste ([Art. 18 Abs. 1^{bis} AHVV](#)). Eine weiter gehende Ver-
lustverrechnung ist – anders als im Steuerrecht – nicht zuläs-
sig. Die Steuerbehörde meldet der Ausgleichskasse deshalb
das Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit ohne
Verrechnung mit Vorjahresverlusten. Erleidet die oder der
Beitragspflichtige im Beitragsjahr einen Verlust, ist ein Mi-
nuseinkommen und nicht ein Einkommen von null Franken zu
melden.

1/11 **ee) Persönliche AHV/IV/EO-Beiträge**

4028 Zu melden sind die Einkommen ohne Wiederaufrechnung der
1/12 persönlichen Beiträge an die AHV, die IV und die EO ([Art. 33
Abs. 1 Bst. d und f](#) i.V.m. [Art. 212 DBG](#)).

1/11 **ff) Weitere steuerliche Abzüge**

4029 Die weiteren steuerlichen Abzüge sind mit Ausnahme der
1/11 Abzüge für die persönlichen Einlagen in die „2. Säule“
(s. Rz 4024) nicht zulässig. Zu melden ist somit immer das
Einkommen ohne diese weiteren Abzüge.

1/11 **b) Investiertes Eigenkapital**

4030 Das im Betrieb investierte Eigenkapital ist nach dem Stand
1/11 am Ende des Geschäftsjahres zu melden.

4031 Bei der Ermittlung des im Betrieb investierten Eigenkapitals
1/11 sind das gewillkürte Geschäftsvermögen nach [Art. 18 Abs. 2
DBG](#) und die damit zusammenhängenden Schulden nicht zu
berücksichtigen.

- 4032 Die Steuerbehörde am Wohnsitz des Versicherten ist auch
1/11 für die Meldung ausserkantonaler Vermögensbestandteile
zuständig.
- 4033 Zu melden ist auch das in Betrieben oder Betriebsstätten im
1/11 Ausland investierte Eigenkapital.
- 4034 Die Bewertung des im Betrieb investierten Eigenkapitals hat
1/11 gemäss [Art. 23 Abs. 1 AHVV](#) unter Berücksichtigung der in-
terkantonalen Repartitionswerte zu erfolgen. Die für die
Steuern massgebliche Bewertung gilt auch für die AHV.
- 4035 Im Einzelnen gilt:
1/11 – Der Wert von Grundstücken ergibt sich, indem die amtli-
chen Werte unter Berücksichtigung der interkantonalen
Repartitionswerte umgerechnet werden.
- 4036 – Die Viehhabe ist grundsätzlich nach den Regeln zu bewer-
1/11 ten, die von der Schweizerischen Steuerkonferenz aufge-
stellt werden. Weicht die kantonale Veranlagung nur uner-
heblich von diesen Regeln ab, so kann auf die kantonale
Veranlagung abgestellt werden.
- 1/11 **1.6 Steuermeldungen für Arbeitnehmende ohne beitrags-
pflichtige Arbeitgebende**
- 4037 Die Ermittlung und Festsetzung der Beiträge der Arbeitneh-
1/12 menden ohne beitragspflichtige Arbeitgebende richtet sich
sinngemäss nach den für die Selbstständigerwerbenden gel-
tenden Regeln, wobei der für die Lohnbeiträge massgebende
Beitragssatz gilt und die Beitragspflichtigen der Arbeitslosen-
versicherung unterstellt und einer Familienausgleichskasse
angeschlossen sind ([Art. 6 AHVG](#) und [Art. 16 Abs. 1 AHVV](#)).
- 4038 Die Rz 4012 ff. sind sinngemäss anzuwenden.
1/11

4038. Im Falle von Vereinbarungen nach [Art. 109 Vo 574/72](#) wird
1 keine Steuermeldungen verlangt.
1/12

1/11 **1.7 Nichterwerbstätige**

- 4039 Die Steuermeldung hat Angaben zum Vermögen und zum
1/13 Renteneinkommen (ohne Renten der schweizerischen AHV
und IV) sowie zu allfälligen Überbrückungsrenten zu enthal-
ten (s. Anhang 1, Buchstabe B). Bei Letzteren handelt es sich
um periodische Leistungen der Arbeitgeberin bzw. des Ar-
beitgebers, die wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses
bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters ausgerich-
tet werden.

1/11 **a) Vermögen**

1/11 **aa) Stichtag**

- 4040 Das Vermögen ist nach dem Stand am Ende der Steuer-
1/11 periode (31.12.) bzw. am steuerrechtlich bestimmten Stichtag
zu melden.

1/11 **bb) Höhe**

- 4041 Zu melden ist das ganze in- und ausländische Vermögen, bei
1/11 verheirateten Personen dasjenige des Ehepaares, bei in ein-
getragener Partnerschaft lebenden Personen das Vermögen
beider Partnerinnen bzw. Partner zusammen.
- 4042 Der Wert von Grundstücken ergibt sich, indem die amtlichen
1/11 Werte mit den zum Zwecke der interkantonalen Besteuerung
erlassenen Repartitionswerte auf ein vergleichbares Niveau
umgerechnet werden (s. [Art. 29 Abs. 3 AHVV](#)).

1/11 **b) Renteneinkommen**

1/11 **aa) Begriff**

4043 Der Begriff des Renteneinkommens ist im weitesten Sinn zu
1/11 verstehen. Entscheidend ist nicht, ob die Leistungen mehr
oder weniger die Merkmale einer Rente aufweisen, sondern
vielmehr, ob sie zum Unterhalt der versicherten Person bei-
tragen.

4044 Zum Renteneinkommen gehören wiederkehrende in- und
1/11 ausländische Leistungen, die weder durch eine Erwerbstätig-
keit erzielt werden noch Vermögensertrag darstellen. Er-
werbseinkommen der Ehefrau oder des Ehemannes bzw. der
eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners,
mit dem diese bzw. dieser nicht der Beitragspflicht in der
schweizerischen Versicherung unterliegt, gehören jedoch
zum Renteneinkommen von deren Ehemann oder Ehefrau
bzw. eingetragenen Partnerin oder eingetragenen Partner
und sind deshalb – falls bekannt – zu melden.

4045 Renten der AHV und der IV sind nicht zu melden.
1/11

1/11 **bb) Höhe**

4046 Anzugeben ist in jedem Fall das tatsächlich in der einjährigen
1/11 Bemessungsperiode der AHV erzielte Renteneinkommen.
Eine Umrechnung darf nicht vorgenommen werden.

4047 Zu melden ist das Brutto-Renteneinkommen, nicht der
1/11 steuerbare Betrag.

1/11 **1.8 Die Meldungen über das Einkommen Steuerpflichtiger, für die von den Ausgleichskassen keine Bestellungen aufgegeben wurden**

4048 1/11 Liegt für eine steuerpflichtige Person von keiner Ausgleichskasse eine Bestellung für eine Steuermeldung vor, obwohl deren haupt- oder nebenberufliches Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit gemäss [Art. 23 AHVV](#) ermittelt werden kann, so hat die Steuerbehörde von sich aus Meldung über dieses Erwerbseinkommen zu erstatten. Solche Meldungen sind mit „Meldeart 2“ zu kennzeichnen.

4049 1/11 Zusatzmeldungen („Meldeart 2“) sind namentlich für Kapitalgewinne zu erstatten, die nicht in unmittelbarem Anschluss an die Aufgabe der Erwerbstätigkeit erzielt werden.

4050 1/11 Es ist darauf zu achten, dass auch für Versicherte, die das AHV-Rentenalter erreicht haben (Männer: 65. Altersjahr; Frauen: 64. Altersjahr) und noch eine Erwerbstätigkeit ausüben, Zusatzmeldungen („Meldeart 2“) erstattet werden.

4051 1/11 Bei nur nebenberuflich ausgeübter Tätigkeit s. Rz 4023.

1/11 **1.9 Die Meldungen bei Nachsteuerverfahren**

4052 1/11 Wurde bisher nicht erfasstes Erwerbseinkommen oder Vermögen in einem Nachsteuerverfahren ermittelt, so ist der zuständigen Ausgleichskasse Meldung zu erstatten über die Höhe dieser Steuerfaktoren, die der Nachsteuer unterliegen. Die Nachsteuermeldungen sind als solche zu bezeichnen („Veranlagungsart 5“).

1/11 **1.10 Das Einholen einer Sofortmeldung durch die Ausgleichskasse**

4053 1/11 Kann für die definitive Festsetzung der Beiträge die Steuermeldung nicht abgewartet werden (z.B. bei Einleitung eines Nachlass- oder Eröffnung eines Konkursverfahrens), bestellt

die Ausgleichskasse bei der zuständigen Steuerbehörde unverzüglich eine Sofortmeldung („Meldeart 8“).

1/11 **1.11 Nachfrage der Ausgleichskasse bei ausstehender Steuermeldung**

4054 Beiträge verjähren grundsätzlich, wenn sie nicht innert fünf
1/11 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, für welches sie geschuldet sind, durch Verfügung geltend gemacht werden. Beiträge von Selbstständigerwerbenden, Nichterwerbstätigen und Arbeitnehmenden ohne beitragspflichtige Arbeitgebende verjähren jedoch frühestens ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die massgebende Steuerveranlagung oder Nachsteuerveranlagung rechtskräftig geworden ist ([Art. 16 Abs. 1 AHVG](#)).

4055 Fragt die Ausgleichskasse im Hinblick auf die Wahrung der
1/11 Verjährungsfrist bei der Steuerbehörde nach, weil sie eine bestellte Steuermeldung noch nicht erhalten hat, und liegt noch keine rechtskräftige Steuerveranlagung vor, so hat dies die Steuerbehörde der Ausgleichskasse mitzuteilen („Veranlagungsart 11“).

1/11 **1.12 Übermittlung der Steuermeldungen**

4056 Die Steuermeldung ist in elektronischer Form im Format XML
1/11 an die Ausgleichskasse zu senden, welche die Bestellung aufgegeben hat.

4057 Bei der Steuermeldung sind einzugeben:
1/11 – das Veranlagungsdatum (Datum der Einschätzung);
– die Veranlagungsart (s. Anhang 1, Buchstabe A);
– die Meldeart (s. Anhang 1, Buchstabe A);
– die steuerpflichtige Person (Personalien und Bemessungsgrundlagen);
– die zu meldenden Daten (s. Anhang 1, Buchstabe B);
– der Ehepartner bzw. die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner (Personalien und Bemessungs-

grundlagen einer allfälligen Partnerin bzw. eines allfälligen Partners);

- die Daten des Ehepartners bzw. der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners sowie
- allfällige Bemerkungen (s. Rz 4004 und 4017).

Haben die Ausgleichskassen mit der zuständigen Steuerbehörde vereinbart, dass weitere „optionale“ Daten geliefert werden, sind auch diese zu übermitteln.

4058 Die Steuermeldungen dürfen erst nach Eintritt der Rechtskraft der massgebenden Steuerveranlagung an die Ausgleichskasse übermittelt werden.
1/11

4059 Sie sind den Ausgleichskassen laufend zuzustellen. Nicht vollständig ausgefüllte Steuermeldungen (s. Rz 4057) können nicht gesendet werden.
1/11

1/11 **1.13 Die Berichtigung und Änderung der Meldung**

4060 Ist die Steuermeldung offensichtlich falsch, nimmt die Ausgleichskasse mit der zuständigen Steuerbehörde Kontakt auf.
1/11

4061 Werden Steuerveranlagungen berichtigt, nachdem die Steuermeldung bereits an die Ausgleichskasse übermittelt worden ist, so hat die Steuerbehörde von sich aus eine berichtigende Zusatzmeldung zu erstatten.
1/11

4062 Berichtigende Meldungen sind mit „Meldeart 4“ zu kennzeichnen.
1/11

1/11 **1.14 Amtshilfe gegenüber den Steuerbehörden**

4063 Die Steuerbehörden, die von den Organen der AHV für die direkten Steuern eine Auskunft benötigen, stellen im Einzelfall ein schriftlich begründetes Gesuch an die für die Steuerpflichtigen zuständige Ausgleichskasse ([Art. 50a Abs. 1 Bst. e Ziff. 5 AHVG](#)). Ist diese nicht bekannt, richten sie das Gesuch an die Ausgleichskasse am Wohnsitz. Die Kasse lie-

fert nur Auskünfte, die sie bereits besitzt. Gegebenenfalls übermittelt sie das Gesuch der zuständigen Ausgleichskasse.

1/11 **1.15 Vergütungen für die Meldungen der kantonalen Steuerbehörden**

4064 Ab dem Jahr 2011 wird den kantonalen Steuerbehörden, die
1/11 die Steuermeldungen via DAP übermitteln, für jede selbstständigerwerbende versicherte Person und für jede nicht-erwerbstätige versicherte Person, die mehr als den Mindestbeitrag schuldet, sowie für jeden Arbeitnehmer eines nicht beitragspflichtigen Arbeitgebers pro Beitragsjahr eine Vergütung ausgerichtet ([Art. 27 Abs. 4 AHVV](#)).

4065 Die Vergütung beläuft sich auf 7 Franken.
1/11

4066 Das BSV berechnet die jeder Steuerbehörde zustehende
1/11 Vergütung aufgrund der statistischen Daten.

4067 Der AHV-Fonds überweist den kantonalen Steuerbehörden
1/11 die geschuldeten Vergütungen bis zum 30. Juni des Folgejahres.

1/11 **1.16 Inkrafttreten**

4068 Die Wegleitung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Sie ersetzt
1/11 die ab dem 1. Januar 2001 gültige Fassung.

4069 Die Steuerbehörden, welche die Steuermeldungen am 1. Ja-
1/11 nuar 2011 noch nicht über DAP senden können, können diese einstweilen noch auf Papier oder anderen Datenträgern übermitteln.

4070 Diesfalls erhalten die kantonalen Steuerbehörden für jede
1/11 selbstständigerwerbende versicherte Person und für jede nichterwerbstätige versicherte Person, die mehr als den Mindestbeitrag schuldet, sowie für jeden Arbeitnehmer eines

nicht beitragspflichtigen Arbeitgebers pro Beitragsjahr folgende Vergütungen:

- für die im Jahr 2011 übermittelten Meldungen: 7 Franken;
- für die im Jahr 2012 übermittelten Meldungen: 6 Franken;
- für die im Jahr 2013 übermittelten Meldungen: 5 Franken;
- für die ab dem Jahr 2014 übermittelten Meldungen: 3 Franken.

A. Verzeichnis der im Meldeverfahren verwendeten Kennzahlen
1/11

Meldeart:

1	Normale Steuermeldung
2	Zusatzmeldung (an die kantonale Ausgleichskasse)
4	Rektifikat (Neuveranlagung)
8	Sofortmeldung

Veranlagungsart:

1	Veranlagung der direkten Bundessteuer
2	Kantonale Veranlagung
3	überprüfte Steuerdeklaration
4	Ermessensveranlagung
5	Nachsteuermeldung
11	Ohne Veranlagung (Verwendung bei Sofortmeldung und Mahnung)

B. Von den Steuerbehörden zu meldende Daten

1/13

Die folgenden Daten bilden den zwingenden Teil der Steuermeldung:

Feld	Beschreibung
Einkommen Unselbstständig	Nettoeinkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit gemäss Lohnausweis der ausländischen Arbeitgeberin bzw. des ausländischen Arbeitgebers ohne Sozialabzüge. Die Einkünfte aus Haupt- und Nebenerwerb sind zu addieren.
Einkommen Selbstständig	Für die AHV massgebendes Einkommen aus haupt- und/oder nebenberuflich ausgeübter selbstständiger Erwerbstätigkeit <i>ohne</i> Wiederaufrechnung der persönlichen AHV/IV/EO-Beiträge. Die Einkommen aus Haupt- und Nebenerwerb sind zu addieren.
Renteneinkommen	Massgebendes Renteneinkommen für Nichterwerbstätige ohne Renten der schweizerischen AHV und IV
Kapital	Im Betrieb investiertes Eigenkapital
Vermögen	Höhe des beitragspflichtigen Vermögens bei Nichterwerbstätigen
EinkAuslandVorhanden	Sind im Ausland erzielte Einkommen vorhanden (ja/nein)?
EinkaufBVG	Einkauf BVG (zu melden ist der gesamte Betrag, allfällige Anpassungen, z.B. Halbieren des Betrages, werden von den Ausgleichskassen vorgenommen)
UBRente	Periodische Leistungen der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers, die wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgerichtet werden.

Erwachsenenschutz

Einkommen aus einer Tätigkeit im Bereich des Erwachsenenschutzes ist mit besonderem Hinweis zu melden. Nicht zu melden ist das Einkommen aus einer solchen Tätigkeit, wenn sie von Personen im öffentlichen Dienst ausgeübt wird, deren Funktion in der Führung von Beistandschaften besteht.

C. Abgrenzung des Einkommens aus selbstständiger Erwerbstätigkeit vom massgebenden Lohn in besonderen Fällen

[Art. 5](#) und [9 AHVG](#); [Art. 6–8](#) und Art. [17–25 AHVV](#); WML; WBB
1/11

Grundsatz

Bestehen Zweifel über die Natur eines Einkommens, so ist es den Ausgleichskassen mit einem entsprechenden Hinweis zu melden.

Einzelfälle

Ablagehalter/innen von Zeitschriften – siehe Zeitschriftenverträger/innen

Agentinnen/Agenten – siehe Reisevertreter/innen

Akkordantinnen/Akkordanten, Holzakkordantinnen/Holzakkordanten
Ihr Einkommen gehört in der Regel zum massgebenden Lohn. Es ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Amateurmusiker/innen

Ihr Einkommen gehört grundsätzlich zum massgebenden Lohn. Wirken sie an einem einzelnen besonderen Anlass mit, so ist ihr Verdienst zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit zu zählen.

Anwältinnen/Anwälte

Entgelte für die Führung von Sekretariaten und für ständige Rechtsberatungen sind mit besonderem Hinweis zu melden.

Artistinnen/Artisten

Ihr Einkommen gilt in der Regel als massgebender Lohn. Das Einkommen von Artisten, die eindeutig auf eigene Rechnung arbeiten (Schaubudenbesitzer), ist jedoch zu melden.

Ärztinnen/Ärzte, Tierärztinnen/Tierärzte, Zahnärztinnen/Zahnärzte

Ihr Einkommen ist zu melden, soweit es nicht aus einem haupt- oder einem nebenberuflichen Anstellungsverhältnis fliesst oder durch die Ausübung einer öffentlich-rechtlichen Funktion erzielt wird.

Bankeinnehmer/innen

Ihr Einkommen gehört in der Regel zum massgebenden Lohn. Es ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Barpianistinnen/Barpianisten

Ihr Einkommen gehört in der Regel zum massgebenden Lohn.

Baumwärter/innen

Ihr Einkommen ist zu melden, sofern sie nicht in einem Anstellungsverhältnis (beispielsweise zu einer Genossenschaft) stehen.

Dienstleute

Ihr Einkommen ist zu melden.

Domizilgebühren

Sie sind mit besonderem Hinweis zu melden.

Employés intéressés – gleich wie Kommanditärinnen/Kommanditäre

Feuerwehrosold

Er ist nicht zu melden.

Fleischschauer/innen

Ihr Einkommen gehört zum massgebenden Lohn. Es ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Förster/innen

Ihr Einkommen gehört zum massgebenden Lohn.

Gebäudeschätzer/innen

Ihr Einkommen gehört zum massgebenden Lohn.

Geschäftswert – siehe Goodwill

Goodwill

Der von der Käuferin oder vom Käufer für den Goodwill bezahlte Betrag ist zu melden.

Gutachten

Honorare für Gutachten sind mit besonderem Hinweis zu melden.

Handelsreisende – siehe Reisevertreter/innen

Hausmetzger/innen – siehe Störmetzger/innen

Hebammen/Geburtshelfer

Die Wartegelder gehören zum massgebenden Lohn; sie sind mit besonderem Hinweis zu melden.

Heimarbeiter/innen und Mittelpersonen in der Heimarbeit

Ihr Einkommen ist nur zu melden, wenn sie das Unternehmerrisiko tragen. Das ist namentlich anzunehmen, wenn sie ein eigenes Atelier mit fest angestellten Arbeitnehmenden besitzen.

Honorare für Gutachten und für Vorträge – siehe Gutachten und Vorträge

Klauenschneider/innen – gleich wie Baumwärter/innen

Kollektivgesellschafter/innen und unbeschränkt haftende Teilhaber von Kommanditgesellschaften

Ihr Einkommen ist in allen Fällen zu melden.

Kommanditärinnen/Kommanditäre

Ihr gesamtes Einkommen – aufgeteilt nach Gewinnanteil, Zins und allfälligem Arbeitsentgelt (namentlich Lohn) – ist zu melden und zwar für jede Gesellschaft gesondert.

Das Einkommen als Kommanditärin oder Kommanditär ist getrennt zu melden von allfälligem anderem Einkommen.

Kommissionärinnen/Kommissionäre – siehe Reisevertreter/innen

Kontrollstelle juristischer Personen

Das Einkommen ist zu melden.

Losverkäufer/innen – siehe Zeitungsverkäufer/innen

Makler/innen

Ihr Einkommen gehört in der Regel zum Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit. Es ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Milchführer/innen und Milcheinnehmer/innen
Ihr Einkommen ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Mittelspersonen – siehe Heimarbeiter/innen

Musikkapellen – siehe auch Amateurmusiker/innen, Barpianistinnen/Barpianisten, Orchesterzuzüger
Das Einkommen ihrer Mitglieder gehört zum massgebenden Lohn.

Orchesterzuzüger/innen
Ihr Einkommen gehört zum massgebenden Lohn, sofern es sich nicht um Einzelaufträge handelt.

Pilzkontrolle – gleich wie Fleischschauer/innen, Gebäudeschätzer/innen, Viehinspektorinnen/Viehinspektoren

Privatdozentinnen/Privatdozenten
Ihr Einkommen gehört zum massgebenden Lohn.

Provisionsreisende – siehe Reisevertreter/innen

Radiohörspieler/innen – gleich wie Orchesterzuzüger/innen

Radiomitarbeitende
Zu melden sind nur die sogenannten Autorenhonorare, nämlich Vergütungen für die Schaffung oder den Vortrag eigener Werke.

Reisevertreter/innen, Agentinnen/Agenten, Handelsreisende, Provisionsreisende
(siehe auch stille Vermittler/innen)
Ihr Einkommen gehört in der Regel zum massgebenden Lohn. Es ist nur zu melden, wenn die Ausgleichskasse es verlangt.

Sitzungsgelder und Taggelder
Sie sind grundsätzlich zu melden. Nicht zu melden sind jene, die gewährt werden:
– Mitgliedern der Verwaltung und der geschäftsführenden Organe juristischer Personen;
– Funktionärinnen oder Funktionären von öffentlichen oder von privaten Körperschaften oder Anstalten;

- Behördemitgliedern, nämlich den Mitgliedern der Bundesversammlung, des Bundesrates und der eidgenössischen Gerichte, der kantonalen Parlamente, kantonalen Regierungen und kantonalen Gerichte, der Stadt- und Gemeindeparlamente, der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Bezirks-, Amts- und Kreisgerichte.

Sticker/Stickerinnen – siehe Heimarbeiter/innen

Stürmetzger/innen

Ihr Einkommen ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Stille Vermittler/innen

Ihr Einkommen ist mit besonderem Hinweis zu melden.

Tierärztinnen/Tierärzte – siehe Ärztinnen/Ärzte

Taggelder – siehe Sitzungsgelder

Tantiemen

Sie sind nicht zu melden.

Versicherungsvertreter/innen

Das Einkommen von Generalagentinnen oder Generalagenten sowie von ähnlich gestellten Haupt- und Bezirksagentinnen oder -agenten ist zu melden, sofern sich aus dem Vertragsverhältnis zwischen Versicherungsgesellschaft und Agentin bzw. Agent nicht eindeutig ein Anstellungsverhältnis ergibt. Andere Versicherungsvertreter/innen werden wie Reisevertreter/innen behandelt.

Viehinspektorinnen/Viehinspektoren – gleich wie Fleischschauer/innen

Vormundschaft

Einkommen aus vormundschaftlicher Tätigkeit ist mit besonderem Hinweis zu melden. Nicht zu melden ist das Einkommen aus vormundschaftlicher Tätigkeit, wenn sie von Beamtinnen oder Beamten ausgeübt wird, deren Funktion in der Führung von Vormundschaften besteht (Amtsvormundschaft).

Vorträge

Honorare für nur gelegentlich gehaltene Vorträge sind zu melden.

Zahnärztinnen/Zahnärzte – siehe Ärztinnen/Ärzte

Zwischenmeister/innen – siehe Heimarbeiter/innen

2. Verzeichnis der Anstalten, die für ihre Insassinnen und Insassen mit der kantonalen Ausgleichskasse zentral abrechnen

(s. Rz 2054)

1/10

Zürich	Kant. Strafanstalt Pöschwies, Regensdorf ZH mit Aussenstation Arbeitskolonie Ringwil ZH
Bern	Anstalten Hindelbank, Hindelbank Massnahmevollzugszentrum St. Johanssen, Erlach Anstalten Thorberg, Krauchthal Anstalten Witzwil, Gampelen
Luzern	Strafanstalt Wauwilermoos, Wauwilermoos Zentralgefängnis, Löwengraben 18, Luzern
Zug	Kantonale Strafanstalt Zug Interkantonale Strafanstalt Bostadel, Menzingen
Freiburg	Anstalten Bellechasse, Sugiez
Solothurn	Strafanstalt Oberschöngrün, Solothurn Arbeitsanstalt Schachen, Deitingen
Basel-Landschaft	Arbeitserziehungsanstalt Arxhof, Bubendorf Landheim Erlenhof, Reinach Arbeiterkolonie Dietisberg, Läuelfingen
St. Gallen	Kantonale Strafanstalt, Saxerriet SG
Graubünden	Verwahrungsanstalt Realta
Aargau	Kantonale Strafanstalt, Lenzburg
Waadt	Etablissements de la Plaine de l'Orbe Prisons de Bois-Mermet, Lausanne
Wallis	Etablissements pénitentiaires (Pénitencier cantonal à Sion, Pénitencier de Crêtelongue à Granges et Maison d'éducation de Pramont à Granges)

Neuenburg

EEP Bellvue à Gorgier
EEP La Ronde à La Chaux-de-Fond
Prison préventive à la Chaux-de-Fond

3. Von den Wohnsitzkantonen bezeichnete Behörden für die Prüfung der Erlassgesuche

([Art. 32 AHVV](#))

Zürich	Stadt Zürich: AHV-Zweigstelle Stadt Winterthur: Abt. Zusatzleistungen für AHV/IV Übrige Gemeinden: Gemeinderat
Bern	Einwohnergemeinderat der Gemeinde des Wohnsitzes des Versicherten
Luzern	Gemeinderat des zivilrechtlichen Wohnsitzes
Uri	Ausgleichskasse des Kantons Uri
Schwyz	Gemeindekommission für die AHV
Obwalden	Einwohnergemeinderat
Nidwalden	Gemeinderat
Glarus	Ausgleichskasse, nach Anhören des Einwohnergemeinderates
Zug	Gemeinderat der Wohnsitzgemeinde
Freiburg	Gemeinderat
Solothurn	Gemeinderat der Wohnsitzgemeinde
Basel-Stadt	Ausgleichskasse Basel-Stadt
Basel-Landschaft	Gemeinderat der Wohnsitzgemeinde
Schaffhausen	Schaffhausen: Fürsorgereferat der Stadt Schaffhausen Neuhausen: Sozialreferat Neuhausen/RNF Übrige Gemeinden: Kantonale Ausgleichskasse
Appenzell A.Rh.	Gemeinderat der Wohnsitzgemeinde
Appenzell I.Rh.	Kantonale Fürsorgekommission
St. Gallen	Stadt St. Gallen: Verwaltung der Sozialen Dienste Gemeinde Wattwil: Fürsorgebehörde Wattwil Übrige Gemeinden: Gemeinderat

Graubünden	Vorstand der Wohnsitzgemeinde
Aargau	Gemeinderat des Wohnsitzes des Gesuchstellers
Thurgau	Departement des Innern und der Volkswirtschaft des Kantons Thurgau, Frauenfeld
Tessin	Dipartimento delle opere sociali, Ufficio d'assistenza sociale, Bellinzona
Waadt	Lausanne: Direction de la sécurité sociale de la Ville de Lausanne Übrige Gemeinden: Caisse cantonale vaudoise de compensation
Wallis	Gemeinderat der Wohnortsgemeinde des Versicherten
Neuenburg	Direction des services sociaux de la commune de domicile des assurés
Genf	Le maire ou le conseil administratif de la commune de domicile
Jura	Caisse de compensation du canton du Jura

4. Bestimmung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (Notbedarf) nach den Richtlinien der Konferenz der Betriebs- und Konkursbeamten der Schweiz

Die einschlägigen kantonalen Ansätze und Berechnungsregeln sind bei den entsprechenden Betriebs- und Konkursämtern zu erfragen.

I. Monatlicher Grundbetrag (ohne Wohnung)

Zum Grundbetrag gehören: Nahrung, Kleidung und Wäsche einschliesslich deren Instandhaltung, Körper- und Gesundheitspflege, Unterhalt der Wohnungseinrichtung, Kulturelles sowie Auslagen für Beleuchtung, Kochstrom und/oder Gas.

Je nach der Lebensform ergeben sich folgende Aufteilungen:

1. *alleinstehende Schuldnerin bzw. alleinstehender Schuldner*
2. *alleinstehende Schuldnerin bzw. alleinstehender Schuldner mit Unterstützungspflichten*
3. *Ehepaar oder zwei andere eine dauernde Haushaltsgemeinschaft bildende erwachsene Personen*
4. *Unterhalt der Kinder (abgestuft nach Alter)*

II. Zuschläge zum monatlichen Grundbetrag

1. Effektiver Mietzins

für Wohnung oder Zimmer ohne Auslagen für Beleuchtung, Kochstrom und/oder Gas, weil im Grundbetrag inbegriffen, unter Berücksichtigung von Ziffer V 2

Benützt die Schuldnerin oder der Schuldner lediglich zu ihrer/ seiner grösseren Bequemlichkeit eine teure Wohnung oder ein teures Zimmer, so kann der Mietzins nach Ablauf des nächsten Kündigungstermins auf ein Normalmass herabgesetzt werden (BGE 119 III 73 m. H.).

Generell gilt, dass die Schuldnerin bzw. der Schuldner ihre/seine Wohnkosten so tief wie möglich zu halten hat (BGE 57 III 207, 87 III 102).

Besitzt die Schuldnerin oder der Schuldner ein eigenes von ihr/ ihm bewohntes Haus, so ist anstelle des Mietzinses der Liegen-

schaftsaufwand zum Grundbetrag hinzuzurechnen. Dieser besteht aus dem Hypothekarzins (ohne Amortisation), den öffentlich-rechtlichen Abgaben und den (durchschnittlichen) Unterhaltskosten.

Lebt die Schuldnerin bzw. der Schuldner mit einer anderen erwerbstätigen Person zusammen, so ist bei der Berechnung des Notbedarfs nur der halbe Mietzins zu berücksichtigen.

2. Heizungskosten

Die durchschnittlichen, auf zwölf Monate verteilten Aufwendungen für Beheizung der Wohnräume.

Wohnt die Schuldnerin oder der Schuldner nicht allein, sind auch hier die Kosten zu teilen.

3. Sozialbeiträge

(soweit nicht vom Lohn bereits abgezogen) wie Beiträge bzw. Prämien an

- AHV, IV und EO
- Arbeitslosenversicherung
- Kranken- und Sterbekassen
- Unfallversicherung
- Pensions- und Fürsorgekassen
- Berufsverbände

Der Prämienaufwand für nichtobligatorische Versicherungen kann nur in begründeten Fällen berücksichtigt werden.

4. Unumgängliche Berufsauslagen (soweit der Arbeitgeber nicht dafür aufkommt)

a) Erhöhter Nahrungsbedarf

bei Schwerarbeit, Schicht- und Nachtarbeit, ferner für Schuldnerinnen resp. Schuldner, die einen sehr weiten Arbeitsweg zurücklegen müssen.

b) Auslagen für auswärtige Verpflegung

Bei Nachweis von Mehrauslagen für auswärtige Verpflegung (für jede Hauptmahlzeit).

c) Überdurchschnittlicher Kleider- und Wäscheverbrauch (beispielsweise bei Servierpersonal, Handelsreisenden u.a.m.).

d) Fahrten zum Arbeitsplatz

Effektive Auslagen für
– öffentliche Verkehrsmittel

- Fahrrad
- Mofa/Moped usw.
- Motorrad
- Automobil

Sofern ein Automobil Kompetenzcharakter trägt, sind die festen und veränderlichen Kosten ohne Amortisation zu berechnen. Bei Benützung eines Automobils ohne Kompetenzcharakter: Auslagenersatz wie bei Benützung öffentlicher Verkehrsmittel.

5. *Rechtlich oder moralisch geschuldete Unterstützungs- und/oder Unterhaltsbeiträge*

welche die Schuldnerin oder der Schuldner an nicht in seinem Haushalt wohnende Personen in der letzten Zeit vor der Pfändung nachgewiesenermassen geleistet hat und vorraussichtlich auch während der Dauer der Pfändung leisten wird (BGE 121 III 22). Für solche Zahlungen sind Unterlagen, wie Urteile und Quittungen und dergleichen vorzuweisen.

Eine moralische Pflicht zur Zahlung von Unterhaltsbeiträgen besteht nur in Ausnahmefällen. Freiwillig erbrachte Unterstützungszahlungen an Eltern und Kinder können nicht berücksichtigt werden.

6. *Schulung der Kinder*

Besondere Auslagen für Schulung der Kinder (öffentliche Verkehrsmittel, Schulmaterial und dergleichen). Das gilt auch für Studierende bis zu ihrer Volljährigkeit (BGE 98 III 34 ff., wobei allfällige Stipendien und anderweitige Einkünfte derselben angemessen zu berücksichtigen sind).

Auslagen für ein Hochschulstudium volljähriger Kinder gehören nicht zum Notbedarf (BGE 98 III 34 ff.; 40 III 154).

7. *Abzahlung oder Miete von Kompetenzstücken*

Gemäss Kaufvertrag, jedoch nur solange zu berücksichtigen, als die Schuldnerin bzw. der Schuldner bei richtiger Vertragserfüllung zur Abzahlung verpflichtet ist und sich über die Zahlungen ausweist. Voraussetzung: Die Verkäuferin oder der Verkäufer muss sich das Eigentum vorbehalten haben. Die gleiche Regelung gilt für gemietete Kompetenzstücke (BGE 82 III 26 ff.).

Auch Abzahlungsraten für ein Darlehen sind nur zu berücksichtigen, wenn dieses für den Erwerb eines Kompetenzstückes aufgenommen wurde.

8. *Auslagen für ärztliche Behandlung, Arzneien, Geburt, Wartung und Pflege; Wohnungswechsel*

Stehen der Schuldnerin bzw. dem Schuldner zur Zeit der Pfändung unmittelbar grössere Auslagen für Arzt, Arzneien, Geburt, Wartung und Pflege von Familienangehörigen oder für einen Wohnungswechsel bevor, so ist diesem Umstand in billiger Weise durch eine entsprechende zeitweise Erhöhung des Existenzminimums Rechnung zu tragen.

Gleiches gilt, wenn diese Auslagen der Schuldnerin oder dem Schuldner während der Dauer der Lohnpfändung erwachsen.

Eine Änderung der Lohnpfändung erfolgt hier in der Regel jedoch nur auf Antrag der Schuldnerin resp. des Schuldners.

III. Steuern

Diese sind bei der Berechnung des Notbedarfs nicht zu berücksichtigen (BGE 95 III 42 Erw. 3).

Bei ausländischen Arbeitnehmern, die der Quellensteuer unterliegen, ist bei der Berechnung der pfändbaren Quote vom Lohn auszugehen, der diesen tatsächlich ausbezahlt wird (BGE 90 III 34).

IV. Sonderbestimmungen über das anrechenbare Einkommen

1. *Beiträge gemäss [Art. 163 ZGB](#)*

Verfügt der Ehegatte der Schuldnerin oder des Schuldners über ein eigenes Einkommen, so ist das gemeinsame Existenzminimum von beiden Eheleuten (ohne Beiträge gemäss [Art. 164 ZGB](#)) im Verhältnis ihrer Nettoeinkommen zu tragen. Entsprechend verringert sich das der Schuldnerin oder dem Schuldner anrechenbare Existenzminimum (BGE 114 III 12 ff.).

2. *Beiträge gemäss [Art. 323 Abs. 2 ZGB](#)*

Die Beiträge aus dem Erwerbseinkommen minderjähriger Kinder, die in Haushaltgemeinschaft mit der Schuldnerin oder dem Schuldner leben, sind vorab vom gemeinsamen Existenzminimum abzuziehen (BGE 104 III 77 f.). Dieser Abzug ist in der Re-

gel auf einen Drittel des Nettoeinkommens der Kinder, höchstens jedoch auf den für sie geltenden Grundbetrag (Ziff. I 4) zu bemessen.

Der Arbeitserwerb volljähriger, in häuslicher Gemeinschaft mit der Schuldnerin oder dem Schuldner lebender Kinder ist bei der Berechnung des Existenzminimums desselben grundsätzlich nicht zu berücksichtigen. Dagegen ist ein angemessener Anteil der volljährigen Kinder an den Wohnkosten (Mietzins und Heizung, Ziff. V 2) in Abzug zu bringen.

V. Abzüge vom Existenzminimum

1. *Naturalbezüge* wie freie Kost, Dienstkleidung usw. sind entsprechend ihrem Geldwert vom Existenzminimum in Abzug zu bringen.
2. *Angemessener Anteil* an den Wohnkosten (Mietzins und Heizung) der in gemeinsamem Haushalt mit der Schuldnerin bzw. dem Schuldner lebenden volljährigen Kinder mit eigenem Erwerbseinkommen.
3. *Reisespesenvergütungen*, welche die Schuldnerin bzw. der Schuldner von den Arbeitgebenden erhält, soweit sie/er damit im Existenzminimum eingerechnete Nahrungsauslagen in nennenswertem Betrag einsparen kann.

VI. Barnotbedarf

Der Barnotbedarf – bei freier Kost – entspricht 50% des Grundbetrages (Ziff. I).

5. Beitragspflicht von Ehepaaren und in eingetragener Partnerschaft lebenden Personen

Alle Fälle beziehen sich auf Ehepaare, bei denen die Ehefrau das 64. bzw. der Ehemann das 65. Altersjahr noch nicht vollendet hat, sowie auf in eingetragenen Partnerschaften lebenden Frauen und Männer, die das 64. bzw. 65. Altersjahr noch nicht erreicht haben.

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindest- beitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindest- beitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll er- werbstätig
erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindest- beitrages	Bei A und B werden die Beiträge auf ih- rem Erwerbseinkom- men erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHV- G).	Bei A und B werden die Beiträge auf ihrem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	Die Beiträge von A gel- ten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG). Bei B werden die Bei- träge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	Bei A werden die Bei- träge auf ihrem/sei- nem Erwerbseinkom- men erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG). Die Beiträge von A als Nichterwerbstätige/r gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG). Bei B werden die Bei- träge auf ihrem/sei- nem Erwerbseinkom- men erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindestbeitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll erwerbstätig
erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindestbeitrag wird erreicht	Bei A und B werden die Beiträge auf ihrem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	Bei A und B werden die Beiträge auf ihrem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	<p>A schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r auf der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p>	<p>A schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r auf der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>A kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p> <p>Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p>

175 von 195

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindest- beitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindest- beitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll er- werbstätig
nichterwerbstätig	<p>Bei A werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>Die Beiträge von B gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG).</p>	<p>Bei A werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p>	<p>A und B schulden Beiträge als Nichterwerbstätige je aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p>	<p>A und B schulden Beiträge als Nichterwerbstätige je aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>A kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>

176 von 195

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindestbeitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll erwerbstätig
nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll erwerbstätig	<p>Bei A werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>Die Beiträge von B als Nichterwerbstätige/r gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG).</p>	<p>Bei A werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>B kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>	<p>A und B schulden Beiträge als Nichterwerbstätige je aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>B kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>	<p>A und B schulden grundsätzlich Beiträge als Nichterwerbstätige je aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>A und B können sich jedoch die Beiträge, die sie auf ihrem Erwerbseinkommen entrichtet haben, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindestbeitrag wird erreicht	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll erwerbstätig
im Betrieb der/des andern mitarbeitend ohne Barlohn	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>Die Beiträge von B gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. b AHVG).</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p>	<p>I. ¹⁹⁰¹ A und B schulden grundsätzlich Beiträge als Nichterwerbstätige je aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>A kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p> <p>II. ² Hat A (Betriebsführer/in) auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen Beiträge von mindestens der doppelten Höhe des Mindestbeitrages bezahlt, gelten die Beiträge von B als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. b AHVG).</p>

¹ I. = Grundsatz: Beitragspflicht Partner/in A und Partner/in B als Nichterwerbstätige.

² II. = Situation Partner/in B, wenn Partner/in A den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat.

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindest- beitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindest- beitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll er- werbstätig
im Betrieb der/des an- dern mitarbeitend, Bar- lohn beziehend/ein- facher Mindestbeitrag wird nicht erreicht	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B bezahlt Beiträge auf dem Barlohn (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHVG).</p> <p>Eine weitere Beitragspflicht von B als Nichterwerbstätige/r entfällt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und b AHVG).</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B bezahlt Beiträge auf dem Barlohn (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHVG).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>B kann sich jedoch die auf dem Barlohn entrichteten Beiträge anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>		<p>I. ³ A und B schulden grundsätzlich Beiträge als Nichterwerbstätige je aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>A und B können sich jedoch die Beiträge, die sie auf ihrem Erwerbseinkommen/auf dem Barlohn entrichtet haben, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p> <p>II. ⁴ Hat A (Betriebsführer/in) auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen Beiträge von mindestens der doppelten Höhe des Mindestbeitrages bezahlt, gelten die Beiträge von B als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. b AHVG).</p>

³ I. = Grundsatz: Beitragspflicht Partner/in A und Partner/in B als Nichterwerbstätige.

⁴ II. = Situation Partner/in B, wenn Partner/in A den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat.

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindest- beitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindest- beitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll er- werbstätig
				<p>B bezahlt Beiträge auf dem Bar- lohn (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHVG).</p> <p>Eine weitere Beitragspflicht von B als Nichterwerbstätige/r entfällt (Art. 3 Abs. 3 Bst. b AHVG).</p>
<p>im Betrieb der/des an- dern mitarbeitend, Bar- lohn beziehend/ein- facher, aber nicht dop- pelter Mindestbeitrag wird erreicht</p>	<p>Bei A und B werden Bei- träge auf ihrem Erwerbs- einkommen/Barlohn er- hoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHVG).</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) wer- den die Beiträge auf ihrem/sei- nem Erwerbseinkommen erhö- ben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).</p> <p>Bei B werden Beiträge auf dem Erwerbseinkommen/Barlohn erhoben.</p>		<p>A schuldet grundsätzlich Bei- träge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermö- gens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerin- nen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>A kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Er- werbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHV- V).</p> <p>Bei B werden die Beiträge auf dem Barlohn erhoben.</p>

Partner/in A Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindest- beitrages	erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindest- beitrag wird erreicht	nichterwerbstätig	nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll er- werbstätig
im Betrieb der/des an- dern mitarbeitend, Bar- lohn beziehend/Bezah- lung des doppelten Min- destbeitrages	Bei A und B werden Bei- träge auf ihrem Erwerbs- einkommen/Barlohn er- hoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHVG).	Bei A und B werden Beiträge auf ihrem Erwerbseinkommen/ Barlohn erhoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHVG).		Bei A werden Beiträge auf ih- rem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG). Die Beiträge von A als Nicht- erwerbstätige/r gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a AHVG). Bei B werden Beiträge auf dem Barlohn erhoben (Art. 5 Abs. 3 AHVG).

Alle Fälle beziehen sich auf Ehepaare bzw. eingetragene Partnerschaften, bei denen ein Teil bereits das Rentenalter erreicht hat.

Partner/in A Rentenalter Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht	nichterwerbstätig
erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV). Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV). Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	A ist nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG). Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).
erwerbstätig/einfacher, aber nicht doppelter Mindestbeitrag wird erreicht	Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV).	Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV).	A ist nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG).

Partner/in A Rentenalter Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht	nichterwerbstätig
	Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).	Bei B werden die Beiträge auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 Abs. 1 AHVG).

Partner/in A Rentenalter Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht	nichterwerbstätig
nichterwerbstätig	<p>Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Die Beiträge von B gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und 3 Abs. 4 Bst. b AHVG).</p>	<p>Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p>	<p>A ist nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p>

Partner/in A Rentenalter Partner/in B	erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages	erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht	nichterwerbstätig
nichterwerbstätig im Sinne von nicht dauernd voll erwerbstätig	<p>Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Die Beiträge von B gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und 3 Abs. 4 Bst. b AHVG).</p>	<p>Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>B kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>	<p>A ist nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>B kann sich jedoch die Beiträge, die sie/er auf ihrem/seinem Erwerbseinkommen entrichtet hat, anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>

<p>Partner/in A Rentenalter Partner/in B</p>	<p>erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages</p>	<p>erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht</p>
<p>im Betrieb der/des andern mitarbeitend ohne Barlohn</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Die Beiträge von B gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und 3 Abs. 4 Bst. b AHVG).</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p>

<p>Partner/in A Rentenalter Partner/in B</p>	<p>erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages</p>	<p>erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht</p>
<p>im Betrieb der/des andern mitarbeitend, Barlohn beziehend/einfacher Mindestbeitrag wird nicht erreicht</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>B bezahlt Beiträge auf dem Barlohn (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHV-G).</p> <p>Die Beiträge von B gelten als bezahlt (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und 3 Abs. 4 Bst. b AHVG).</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>B bezahlt Beiträge auf dem Barlohn (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHV-G).</p> <p>B schuldet Beiträge als Nichterwerbstätige/r aufgrund der Hälfte des Vermögens und Renteneinkommens der Eheleute bzw. der Partnerinnen oder Partner (Art. 10 Abs. 1 und 3 AHVG, Art. 28 Abs. 4 AHVV).</p> <p>B kann sich jedoch die auf dem Barlohn entrichteten Beiträge anrechnen lassen (Art. 30 AHVV).</p>

187 von 195

<p>Partner/in A Rentenalter Partner/in B</p>	<p>erwerbstätig/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages</p>	<p>erwerbstätig/doppelter Mindestbeitrag wird nicht erreicht</p>
<p>im Betrieb der/des andern mitarbeitend, Barlohn beziehend/einfacher, aber nicht doppelter Mindestbeitrag wird erreicht</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Bei B werden Beiträge auf dem Erwerbseinkommen/Barlohn erhoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHV-G).</p>	<p>Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Bei B werden Beiträge auf dem Erwerbseinkommen/Barlohn erhoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHV-G).</p>
<p>im Betrieb der/des andern mitarbeitend, Barlohn beziehend/Bezahlung des doppelten Mindestbeitrages</p>	<p>Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Bei B werden Beiträge auf dem Erwerbseinkommen/Barlohn erhoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHV-G).</p>	<p>Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG, Art. 6^{quater} AHVV).</p> <p>Bei B werden Beiträge auf dem Erwerbseinkommen/Barlohn erhoben (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 3 AHV-G).</p>

Alle Fälle beziehen sich auf Ehepaare bzw. eingetragene Partnerschaften, bei denen beide bereits das Rentenalter erreicht haben.

Partner/in A Rentenalter Partner/in B Rentenalter	erwerbstätig	nichterwerbstätig
erwerbstätig	Bei A und B werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV).	A ist nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG). Bei B werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV).
nichterwerbstätig	Bei A werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV). B ist nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG).	A und B sind nicht beitragspflichtig (Art. 3 Abs. 1 AHVG).

Partner/in A Rentenalter Partner/in B Rentenalter	erwerbstätig	nichterwerbstätig
im Betrieb der/des andern mitarbeitend ohne Barlohn	Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV). B ist nicht beitragspflichtig (Art. 5 Abs. 3 Bst. b AHVG ; e contrario).	
im Betrieb der/des andern mitarbeitend, Barlohn beziehend	Bei A (Betriebsführer/in) werden die Beiträge auf dem den Freibetrag übersteigenden Erwerbseinkommen erhoben (Art. 4 AHVG , Art. 6^{quater} AHVV). B bezahlt Beiträge auf dem Barlohn, soweit dieser den Freibetrag übersteigt (Art. 5 Abs. 3 Bst. b AHVG , Art. 6^{quater} AHVV).	

6. Beispiele zur Vergleichsrechnung

Beispiel 1: Teilzeittätigkeit

1/13

Ein Ehepaar wird im März 2013 geschieden. Der Frau werden nach Scheidungsurteil ein Vermögen von 1 000 000 Franken und eine monatliche Unterhaltsrente von 3 000 Franken zugesprochen. Bis zur Scheidung erhält sie Alimente von 3 500 Franken im Monat. Ab April ist sie zu 20% erwerbstätig und verdient 800 Franken im Monat.

Vorbemerkungen:

- Wenn der Mann erwerbstätig wäre und im Jahr 2013 Beiträge von mindestens 960 Franken leisten würde, würden die Beiträge der Frau für das ganze Jahr als bezahlt gelten (siehe Rz 2071 ff.). In diesem Beispiel ist dies nicht der Fall; die Frau ist deshalb beitragspflichtig.
- Aufgrund der 20%-Tätigkeit gilt die Frau als „nicht voll erwerbstätig“ (siehe Rz 2039). Somit muss eine Vergleichsrechnung durchgeführt werden:

a) Als Erwerbstätige geschuldete Beiträge:

Erwerbseinkommen April – Dezember: 9×800 Franken =
7 200 Franken

Beiträge: $7\,200 \text{ Franken} \times 10.3\% = 741.60 \text{ Franken}$

b) Als Nichterwerbstätige geschuldete Beiträge:

Im ganzen Kalenderjahr der Scheidung ist das individuelle Vermögen und Renteneinkommen massgebend (siehe Rz 2079):

– massgebendes Vermögen: 1 000 000 Franken

– massgebendes Renteneinkommen: $20 \times 3 \times 3500$ Franken +
 $20 \times 9 \times 3\,000$ Franken = 750 000 Franken

Somit beträgt die Bemessungsgrundlage 1 750 000 Franken. Der entsprechende Beitrag gemäss der Beitragstabelle beträgt
3 502 Franken.

c) Vergleich: 3 502 Franken : 2 > 741.60 Franken → Die Frau ist als Nichterwerbstätige beitragspflichtig.

Beispiel 2: Teilzeittätigkeit

1/13

Im März 2013 stirbt eine eingetragene Partnerin. Das Vermögen der eingetragenen Partnerinnen per Todestag beträgt 1 000 000 Franken, das Renteneinkommen der eingetragenen Partnerinnen beträgt 10 000 Franken im Monat. Ab dem Tod ihrer Partnerin erzielt die überlebende Frau ein Renteneinkommen von 5 000 Franken im Monat. Ihr Vermögen am 31.12.2013 beläuft sich auf 200 000 Franken. Während des ganzen Kalenderjahres 2013 wird sie für einen Nebenerwerb mit 1 000 Franken im Monat entschädigt.

Vorbemerkungen:

- Wenn die verstorbene eingetragene Partnerin erwerbstätig gewesen wäre und Beiträge von mindestens 960 Franken im Jahr 2013 geleistet hätte, würden die Beiträge ihrer Partnerin als bezahlt gelten (Rz 2071 ff.). In diesem Beispiel ist dies nicht der Fall; die Partnerin ist deshalb beitragspflichtig.
- Aufgrund des Nebenerwerbs gilt die Partnerin als „nicht voll erwerbstätig“ (Rz 2039). Somit muss eine Vergleichsrechnung durchgeführt werden:

a) Als Erwerbstätige geschuldete Beiträge:

Erwerbseinkommen Januar bis Dezember: $12 \times 1\,000$ Franken = 12 000 Franken.

Beiträge: $12\,000$ Franken $\times 10.3\%$ = *1 236 Franken*

b) Als Nichterwerbstätige geschuldete Beiträge:

Das *massgebende Vermögen* setzt sich zusammen aus der Hälfte des Vermögens der eingetragenen Partnerinnen am Todestag (es wird anteilmässig für die Monate bis zum Todestag berücksichtigt) und dem individuellen Vermögen am 31.12.2013 (anteilmässig für die Monate seit dem Todestag) (siehe Rz 2079):

- massgebendes Vermögen bis Todestag (Januar bis März):
 $(1\,000\,000 \text{ Franken} : 2) : 12 \times 3 = 125\,000$ Franken
- massgebendes Vermögen ab Todestag (April bis Dezember):
 $200\,000 \text{ Franken} : 12 \times 9 = 150\,000$ Franken
- massgebendes Vermögen insgesamt (Januar bis Dezember):
 $125\,000 \text{ Franken} + 150\,000 \text{ Franken} = 275\,000 \text{ Franken}$

Das *massgebende Renteneinkommen* setzt sich zusammen aus der Hälfte des tatsächlich erzielten Renteneinkommens der eingetragenen Partnerinnen bis zum Todestag und dem ab dem Todestag tatsächlich erzielten individuellen Renteneinkommen.

- massgebendes Renteneinkommen bis Todestag (Januar bis März): $20 \times (3 \times 10\,000 \text{ Franken}) : 2 = 300\,000 \text{ Franken}$
- massgebendes Renteneinkommen ab Todestag (April bis Dezember): $20 \times 9 \times 5\,000 \text{ Franken} = 900\,000 \text{ Franken}$
- massgebendes Renteneinkommen insgesamt (Januar bis Dezember): *1 200 000 Franken*
- Summe Vermögen und Renteneinkommen: $275\,000 \text{ Franken} + 1\,200\,000 \text{ Franken} = 1\,475\,000 \text{ Franken}$. Dem entspricht der Beitrag von *2 884 Franken*.

c) Vergleich: $2\,884 \text{ Franken} : 2 > 1\,236 \text{ Franken}$ → Die eingetragene Partnerin ist als Nichterwerbstätige beitragspflichtig.

Beispiel 3: Vorzeitige Pensionierung

1/13

Eine verheiratete 60-jährige Frau geht Ende April 2013 vorzeitig in Pension. Sie bezieht ab Mai ein monatliches Renteneinkommen von 10 000 Franken. Das eheliche Vermögen beläuft sich auf 400 000 Franken. Von Januar bis April verdiente sie 48 000 Franken (12 000 Franken monatlich).

a) Als Erwerbstätige geschuldete Beiträge:

$10.3\% \text{ von } 48\,000 \text{ Franken} = 4\,944 \text{ Franken}$.

b) Als Nichterwerbstätige geschuldete Beiträge:

Massgebend ist die Hälfte des ehelichen Vermögens sowie die Hälfte des im Beitragsjahr erzielten ehelichen Renteneinkommens: $(400\,000 \text{ Franken} : 2) + (20 \times 8 \times 10\,000 \text{ Franken}) : 2 = 200\,000 \text{ Franken} + 800\,000 \text{ Franken} = 1\,000\,000 \text{ Franken}$. Dem entspricht der Beitrag von *1 957 Franken*.

c) Vergleich: $1\,957 \text{ Franken} : 2 < 4\,944 \text{ Franken}$ → Die Frau ist als Erwerbstätige beitragspflichtig.

Beispiel 4: Teilzeittätigkeit

1/13

Eine selbstständigerwerbende, ledige Frau verdient im ganzen Jahr 2013 aus ihrer Dolmetschertätigkeit 10 000 Franken. Sie besitzt ein Vermögen von 40 000 Franken und erhält monatlich eine Rente eines ausländischen Staates von 1 500 Franken.

a) Als Erwerbstätige geschuldete Beiträge:

5.223% von 10 000 Franken = *522.30 Franken*.

b) Als Nichterwerbstätige geschuldete Beiträge:

40 000 Franken + 20 x 12 x 1 500 Franken = 400 000 Franken. Dem entspricht ein Beitrag von *721 Franken*.

c) Vergleich: 721 Franken : 2 < 522.30 Franken → Die Frau ist als Erwerbstätige beitragspflichtig.

Beispiel 5: Eintritt in das Rentenalter

1/13

Ein verheirateter Mann erreicht im August 2013 das Rentenalter. Bis Ende Mai 2013 übte er eine Erwerbstätigkeit aus und leistete dabei Lohnbeiträge in der Höhe von 3 000 Franken. Das eheliche Vermögen beträgt am 31.12.2013 600 000 Franken. Es wird kein Renteneinkommen erzielt.

Da der Mann während weniger als 6 Monaten (3/4 der Beitragsdauer von 8 Monaten) erwerbstätig war, gilt er als nicht dauernd erwerbstätig (siehe Rz 2037). Somit ist eine Vergleichsrechnung vorzunehmen:

a) Als Erwerbstätiger geschuldete Beiträge: *3 000 Franken*

b) Als Nichterwerbstätiger geschuldete Beiträge:

Für die Berechnung der Nichterwerbstätigenbeiträge des Mannes ist die Hälfte des ehelichen Vermögens massgebend, also 300 000 Franken. Der auf dieser Grundlage geschuldete Jahresbeitrag nach Beitragstabelle beträgt 515 Franken. Aufgrund der unterjährigen

Beitragspflicht von 8 Monaten beläuft sich der Nichterwerbstätigenbeitrag auf 343.35 Franken.

c) Vergleich: 343.20 Franken : 2 < 3 000 Franken → Der Mann ist als Erwerbstätiger beitragspflichtig.

7. Beispiel für die Berücksichtigung des ordentlich berechneten Beitrags für nichterwerbstätige EL-Bezüger anstelle des Mindestbeitrags (Art. 28 Abs. 6 AHVV)

1/13

Einnahmen	Pro Jahr	
AHV-Rente (1 500 p. Mt)	18 000	
BV-Rente (1 300 p. Mt)	15 600	
10% Vermögensverzehr von 42 500.– (Vermögen von 80 000.– abzüglich 37 500.– Freibetrag)	4 250	
Vermögensertrag	400	
Total Einnahmen	38 250	

Ausgaben pro Jahr	Variante 1 ordent. NE- Beiträge	Variante 2 Mindest- beitrag
Lebensbedarf	19 050	19 050
Mietzins brutto	13 200	13 200
Durchschnittl. Krankenkassenprä- mie	5 112	5 112
Nichterwerbstätigenbeiträge	1 442	480
Total Ausgaben	38 804	37 837

EL-Anspruch		
(Ausgaben minus Einnahmen)	554	0

Der ordentliche Nichterwerbstätigenbeitrag basiert auf einem Substrat von 752 000 Franken, das auf 750 000 Franken abgerundet wird (80 000 Franken Vermögen zuzüglich die mit 20 multiplizierte AHV- und BV-Rente, vgl. [Art. 28 Abs. 1–3 AHVV](#)).